

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

3 / 2005



Europäisches Erinnern



„Der verletzliche Mensch und die Gewalt – Europäische Erinnerungskultur als Fundament für die Zukunft“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion, die im Rahmen der „Europäischen Wochen“ stattfand und bereits zum achten Mal von der Akademie in Passau organisiert wurde. Unter der Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (Mitte) diskutierten der ehemalige Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, der 1977 aus der DDR emigrierte Schriftsteller Reiner Kunze, der frühere SPD-Vorsitzende und ehemalige Bundesminister Hans-Jochen Vogel, sowie Andor Izsák, Direktor des Europäischen Zentrums für Jüdische Musik in Hannover (von links).

Foto: Scholz

Siehe Seite 27

Ökosteuer:

Internationaler Erfahrungsaustausch

Dem Start des Emissionshandels in Europa und der unterschiedlichen Ausgestaltung von Ökosteuern in Europa war eine prominent besetzte Tagung gewidmet. Internationale Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Umweltverbänden sowie

Wissenschaftler kamen zu einem Erfahrungsaustausch über die deutsche Ökosteuer und über die Perspektiven einer harmonisierten Energiebesteuerung in Europa zusammen.

Siehe Seite 19

Weitere Themen im Heft:

Exportweltmeister oder Schlusslicht? Seite 12

Risiken der Mediokratie Seite 22

Kriegsende: Folgen der Katastrophe Seite 30

Europäische Zukunftsfragen Seite 35

Menschenwürde am Lebensende Seite 40

Regieren mit leeren Kassen

„Reformpolitik“ steht heute vor allem für Um- bzw. sogar Abbau des Sozialstaates. Die Ziele heißen Reduzierung von Staatsverschuldung und Haushaltssanierung. An die Stelle von Wohltaten treten Zumutungen. Wo soll gespart werden und wie werden die Lasten gerecht verteilt?

Siehe Seite 3

Theo Waigel mahnte vielfältige Reformen an zur Überwindung der aktuellen Krise



Foto: ms

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Regieren mit weniger Geld	3
Kurzer Abriss der Nationalökonomie	6
Führungswechsel im Beirat	7
<i><u>Akademiegespräch im Landtag:</u></i>	
Menschenwürde und Wirtschaftsordnung	8
„Der PH-Wert für die Akademie ist unermesslich“	10
Exportweltmeister oder Schlusslicht?	12
Gegen die Beliebigkeit der Inhalte	15
Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft – Zukunft ohne Arbeit?	17
<i><u>Ökosteuer:</u></i>	
Ökologische Finanzreform und Emissionshandel	19
Risiken der Mediokratie	22
Schaufenster-Politik als „Pressefutter“	25
<i><u>Passauer Tetralog:</u></i>	
„Erinnerung muss auf ein glaubhaftes Dur enden“	27
<i><u>Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg:</u></i>	
Folgen der Katastrophe – Chancen des Neubeginns	30
Die europäische Erfahrung überwinden	34
Weiter wachsen trotz der Krise?	35
Größer – besser – stärker?	37
Zwischen Legitimität und Effektivität	38
Der eigenen Endlichkeit den Schrecken nehmen	40
Arbeitslust statt Arbeitsfrust	43
Souveränität und Präzision	44
Themen – Tagungen – Termine	45
Rezension	50
Pressespiegel	51
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	52

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Saskia **Hieber**

Internationale Politik

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Partienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**
Ethik und Politik

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Regieren mit weniger Geld

Reformpolitik in Zeiten knapper Kassen

„Reformpolitik“ – früher ein Synonym für die Ausweitung sozialer Wohltaten, steht heute vor allem für Um- bzw. sogar Abbau des Sozialstaates. Statt Rentenerhöhung und Ausbau des Gesundheitssystems heißen die Ziele nun Reduzierung von Staatsverschuldung und Haushaltssanierung. An die Stelle von Wohltaten treten Zuminutungen. Und der politische Streit dreht sich um die Fragen: Wo soll gespart werden und wie werden die Lasten gerecht verteilt? Für die Politiker ergibt sich daraus eine erhebliche kommunikative Herausforderung, sind sie es doch, die den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit aller dieser Maßnahmen, die heute und morgen Einschränkung und Verzicht mit sich bringen, erklären müssen. Mit diesen Fragen grundsätzlich und anhand konkreter Politikfelder beschäftigte sich die Tagung „Regieren mit weniger Geld. Reformpolitik in Zeiten knapper Kassen“.

Ein schonungsloser Blick auf die Situation in Deutschland warf Thiess Büttner (LMU und ifo Institut für Wirtschaftsforschung München). „Jeder“, so Büttner, „der an staatliches Handeln glaubt, sollte die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Staates ernst nehmen.“ Diese Leis-



Wirtschaftsforscher Thiess Büttner: schonungsloser Blick auf Deutschland Fotos: Schröder/Schwarz.

tungsfähigkeit sieht der Ökonom durch die Einengung des finanziellen Spielraums ernsthaft gefährdet. Seiner Ansicht nach „sind Schulden kein Mittel der Finanzierung von Staatsaufgaben“. Die Verschiebung der Finanzierungslast auf der Zeitachse – nichts anderes seien Schulden – werde dann zum Problem, wenn es nicht gelinge, „zumindest regelmäßig mit den Primäreinnahmen die Schulden zu übertragen.“ (Siehe Diagramm S. 5).

Eine differenzierte Betrachtung der deutschen Bundesländer offenbart große Unterschiede: Um mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und damit „argentinische Verhältnisse von teilweiser Zahlungsunfähigkeit“ zu vermeiden, müsste Berlin beispielsweise die aktuellen Ausgaben um 25 bis 28 Prozent kürzen, Bayern um 6,48 Prozent.

Keine Alternative zum Sparen

Genau dieses Ziel habe die bayerische Staatsregierung vor Augen mit ihrer 2004 begonnenen Politik des ausgeglichenen Staatshaushalts ab 2006, betonte der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser. Nur so könne die Investitionsquote (derzeit 12,5 Prozent), die „Kennzeichen für Beweglichkeit in einem Haushalt ist“, wieder erhöht werden (Ziel: 15 Prozent). In der Vergangenheit wurde nur zu oft – und dann nahm sich Faltlhauser selbst nicht aus – „die Hand gehoben für mehr Verschuldung, um Verteilungskämpfe zu vermeiden.“ Zur Sparpolitik gebe es keine Alternative, betonte Faltlhauser, und Vorgaben in Gesetzesform stärkten ihm den Rücken bei den Verhandlungen mit den Ressortministern. Mit Nachdruck verwies er darauf, dass die Aufweichung der Konvergenzkriterien des EU-Stabilitätspakts den fal-

schen Weg weise. Er warnte eindringlich davor, dass das Haushaltsproblem zum Demokratieproblem werden könne, falls sich die Gestaltungschance der Politik immer mehr verenge.

Vertrauensverlust

Einen grenzüberschreitenden Blick auf die Entwicklung der Parteidemokratien eröffnete Uwe Jun (Universität Trier). Generell, so Jun, sei ein Bedeutungsverlust der großen Volksparteien auf gesellschaftlicher Ebene zu kon-



Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser: Das Haushaltsproblem kann zum Demokratieproblem werden.

statieren, wofür er drei Gründe ausfindig machte: Mitgliederrückgang, rückläufige langfristige Bindungsneigung der Wähler an Parteien und weniger national zugeschnittenes programmatisches Profil. Ebenfalls festzustellen sei ein grundlegender Vertrauensverlust in die Fähigkeit von Parteien, Probleme zu lösen: „Der Allzuständigkeits- und Allmachtseindruck wird konterkariert durch begrenzte Handlungsmöglichkeiten.“ Politische Parteien, die angesichts der Staatsverschuldung massive soziale Einschnitte umsetzen, müssten sich darüber im klaren sein, dass sie Gefahr laufen, nach vier Jahren wieder abgewählt zu werden. In diesem Sinne gab Jun Hans-Werner Sinn Recht, der von den Parteien in der aktuellen Krise den „Mut zum Untergang“ einforderte.

Unter dem Titel „In der Schuldenfalle – Rufe aus dem Jammerland“ beschrieb

der ehemalige langjährige Oberbürgermeister von Landshut und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer, die prekäre Situation der Kommunen. Durch den Wegfall bzw. die Reduzierung der Gewerbekapitalsteuer, der Vermögenssteuer sowie der Körperschaftssteuer brach den Kommunen ein Hauptpfeiler der Einnahmenseite weg. Auf der anderen Seite explodierten die Ausgaben. „Erst zieht man den Kommunen die Hosen aus und dann fordert man, dass sie den Gürtel enger schnallen!“, resümierte Deimer. Allein mit dem Ehrenamt, „das die Lücke schließt zwischen dem Einzelwohl und dem Gemeinwohl“, sei es nicht getan, zumal die Mittel hierfür ebenfalls laufend gekürzt werden.

Beispiel Bildung

Ein kostenintensiver Politikbereich, die Bildungspolitik, stand im Zentrum einer Podiumsdiskussion unter Leitung Werner Siebecks, Redaktionsleiter beim Bayerischen Fernsehen. Einhellig wurde von den Diskutanten der bayerische Vorstoß, aus Förstern Lehrer zu machen, abgelehnt. Für den Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag, Walter Eykmann würde damit die „Entprofessionalisierung des Lehrerberufes“ beginnen. Auch Albin Dannhäuser, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), sieht hierin keine Lösung. Es gebe sowieso schon viele Klischees über Lehrer, die weit von der Wirklichkeit entfernt lägen. Bildung, so das Plädoyer Margarete Bauses, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Grüne, sollte so ziemlich das Letzte sein, was einem beim Thema Sparen einfällt: „Jetzt wird an der Bildung gespart und dann schicken wir zehn Prozent der Haupt-

schüler, eben die, die keinen Abschluss schaffen, in die Sozialhilfe.“ In anderen Ländern, so Bause, gelte der Grundsatz „Kein Kind soll verloren gehen!“ und sie fuhr fort: „Eine höhere Rendite als im Bildungsbereich kenne ich nicht!“. Daniel Mannstedt, Vorsitzender Südbayern des Bundes Junger Unternehmer, plädierte vor allem für mehr und bessere Allgemeinbildung.



Josef Deimer: „Erst zieht man den Kommunen die Hosen aus und dann fordert man, dass sie den Gürtel enger schnallen!“



Margarete Bause: „Eine höhere Rendite als im Bildungsbereich kenne ich nicht!“



Walter Eykmann: Entprofessionalisierung des Lehrerberufes



Lehrerpräsident Albin Dannhäuser: ohne Geld keine vernünftigen Rahmenbedingungen

„Wenn der Mittelstand 20 Prozent der Ausbildungskosten in die Hebung der Allgemeinbildung stecken muss, dann stimmt da was nicht.“ Auf die Frage Eykmanns, ob denn Geld alles sei, entgegnete Dannhäuser, Geld sei nicht alles, aber ohne Geld wären keine vernünftigen Rahmenbedingungen möglich. Natürlich, so Dannhäuser, dürften auch die Eltern nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden: „Jeder, der ein Auto fahren will, braucht einen Führerschein. Wer aber ein Kind in die

Welt setzt, braucht nichts!“ Die Idee der Elternschulung unterstützte auch Walter Eykmann: „Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Lehrern wären sinnvoll.“ Im Übrigen sollte man schon auch sehen, dass in der Lehrerausbildung Einiges getan werde. Als Beispiel führte er die universitäre Didaktikausbildung für Gymnasium und Realschule an.

Bereitschaft zu persönlichen Konsequenzen

„Finanzpolitiker“, so der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel, „haben es nicht leicht, müssen sie doch dauernd abwägen zwischen investieren und sparen.“ Finanzpolitik müsse die voraussehbaren Folgen vorausschauend beachten, nichts anderes umfasse die Forderung nach Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Allerdings gebe es Ausnahmesituationen und die deutsche Einheit war eine solche, in denen diese Forderung an gewisse Grenzen stößt. Ohne erhebliche zusätzliche Verschuldung wäre die Wiedervereinigung nicht finanziert gewesen. Etwa die Hälfte der heutigen Haushaltsprobleme führte Waigel auf die Kosten der Einheit zurück. Aber auch das Verhalten der Politiker nahm er – Franz-Josef Strauß zitierend – ins Visier: „Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass Politiker Geld aus Überschüssen zurück legen.“ Das Denken in Vierjahreszyklen, das Festhalten an teilweise unrealistischen Prognosen sowie das Verschleppen von Strukturreformen nannte er hierfür als Gründe. Steuersenkungen durch Defizite zu finanzieren sei nicht vertretbar. Auch die aktuell intensiv diskutierte Frage der Mehrwertsteuererhöhung sei zu früh gestellt. Zuerst müssten die Ausgabenstrukturen durch Sozial- und Arbeitsmarktreformen verändert und eine umfassende Steuerreform durchgeführt werden. Aufgabe der Politik müsse es sein, durch „Verlässlichkeit und Vertrauen den Bürgern wieder „Licht am Ende“

des Tunnels' zu zeigen.“ Aber auch die Bürger müssten der Einsicht, dass etwas getan werden müsse, die Bereitschaft folgen lassen, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Es sei gut mög-



Ex-Bundesfinanzminister Theo Waigel forderte Veränderung der Ausgabenstrukturen durch Sozial- und Arbeitsmarktreformen und eine umfassende Steuerreform.

lich, dass eine neue Regierung ein Zeitfenster von lediglich einem Jahr habe, so Waigel, um ein großes Reformpaket erfolgreich durch Bundestag und Bundesrat zu bringen. Diese Chance gelte es zu nutzen.

„Dunkle Wolken am Horizont“

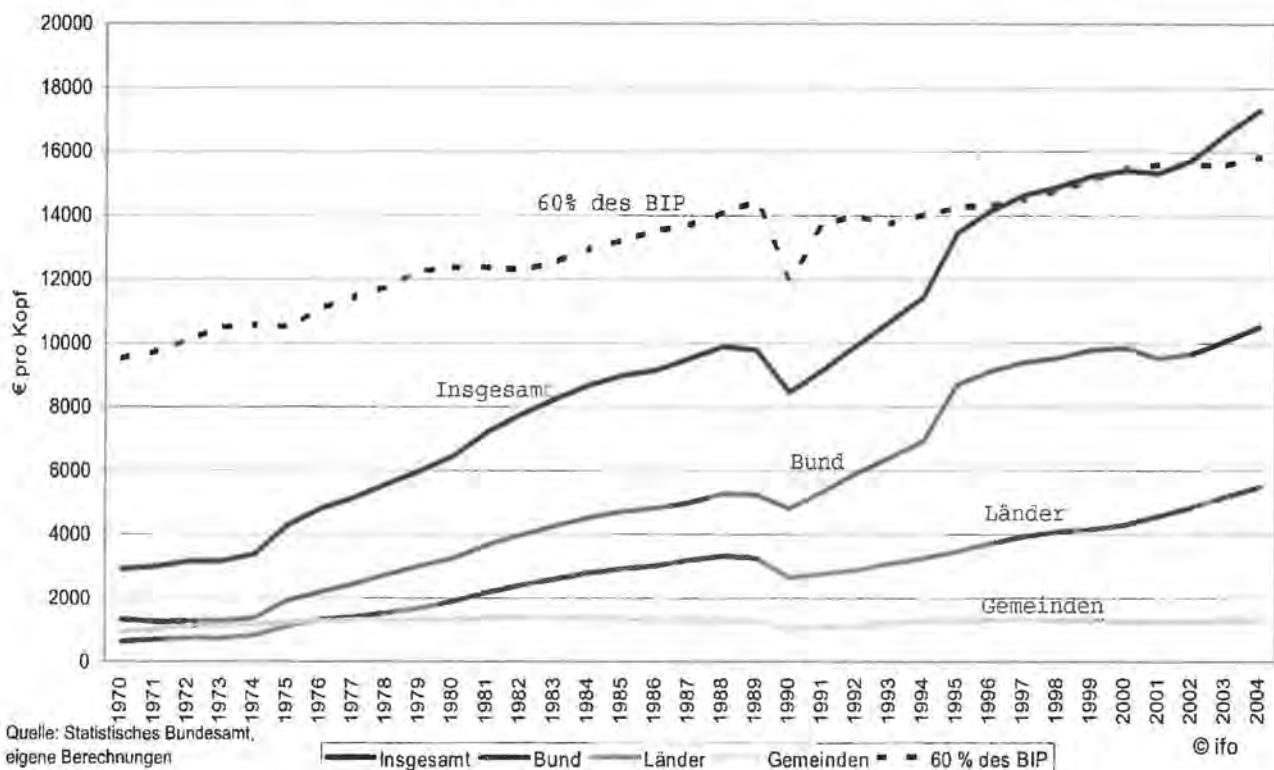
Auf den grundlegenden Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Demokratiegefährdung ging der Wahlforscher Dieter Roth anhand aktueller Umfrageergebnisse ein. Grundsätzlich, so Roth, sei im Durchschnitt gesehen eine schon lange feststellbare Diskrepanz zwischen der Einschätzung der allgemeinen Lage und der individuellen Lage feststellbar. Letztere werde regelmäßig erheblich besser eingeschätzt als Erstere. Weit verbreitet ist auch die Ansicht, dass unsere Gesellschaft in größeren Problemen stecke bzw. sich in einer ernsten Krise befin-

de. Fragt man die Menschen nach der Problemlösungskompetenz der Parteien in Wirtschaftsfragen, so ergibt sich folgendes Bild: Die SPD ist seit Beginn des Jahres 2003 massiv eingebrochen, was aber nicht zu einer Zunahme der im Niveau erheblich darüber liegenden Union geführt hat, sondern zu einer massiven Zunahme der Gruppe, die „keiner“ Partei derartige Kompetenz zuschreibt. Unter denjenigen, die entweder arbeitslos sind oder erhebliche Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes haben, sind folgende Verhaltensweisen weiter verbreitet als in anderen Bevölkerungsgruppen: höhere Wahlabstinentz, weniger Demokratiezufriedenheit, ausgeprägtere Neigung zum Wählen des „rechten Randes“.

Alles in allem sah Roth einige „dunkle Wolken am Horizont“, die Demokratie durch die leeren Kassen mit all ihren Folgen aber (noch) nicht fundamental gefährdet. ■

Manfred Schwarzmeier

Entwicklung des Schuldenstands pro Einwohner



ifo Institut für Wirtschaftsordnung an der Universität München

Kurzer Abriss der Nationalökonomie

von Kurt Tucholsky

Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe, doch können solche durch eine Notverordnung aufgehoben werden.

Über die ältere Nationalökonomie kann man ja nur lachen und dürfen wir selbe daher mit Stillschweigen übergehen. Sie regierte von 715 vor Christo bis zum Jahre nach Marx. Seitdem ist die Frage völlig gelöst: die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigstens, warum.

Die Grundlage aller Nationalökonomie ist das so genannte „Geld“. Geld ist weder ein Zahlungsmittel noch ein Tauschmittel, auch ist es keine Fiktion, vor allem aber ist es kein Geld. Für Geld kann man Waren kaufen, weil es Geld ist, und es ist Geld, weil man dafür Waren kaufen kann. Doch ist diese Theorie inzwischen fallen gelassen worden. Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da - meist nicht da. Das im Umlauf befindliche Papiergele ist durch den Staat garantiert; dieses vollzieht sich derart, dass jeder Papiergelebesitzer zur Reichsbank gehen und dort für sein Papier Gold einfordern kann. Das kann er. Die obren Staatsbankbeamten sind gesetzlich verpflichtet, Goldplombe zu tragen, die für das Papiergele haften. Dieses nennt man Goldeckung. Der Wohlstand eines Landes beruht auf seiner aktiven und passiven Handelsbilanz, auf seinen innern und äußern Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfuß der Lombardkredite; bei Regenwetter ist das umgekehrt. Jeden Morgen wird in den Staatsbanken der so genannte „Diskont“ ausgewürfelt; es ist den Deutschen neulich gelungen, mit drei Würfeln 20 zu trudeln.

Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten. Wenn die Ware den Unternehmer durch Verkauf verlassen hat, so ist sie nichts mehr wert, sondern ein Pofel, dafür hat aber der Un-

ternehmer das Geld, welches Mehrwert genannt wird, obgleich es immer weniger wert ist. Wenn ein Unternehmer sich langweilt, dann ruft er die andern und dann bilden sie einen Trust, das heißt, sie verpflichten sich, keinesfalls mehr zu produzieren, als sie produzieren können sowie ihre Waren nicht unter Selbstkostenverdienst abzugeben. Dass der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muss, ist eine Theorie, die heute allgemein fallen gelassen worden ist.



Mann der spitzen Feder: Kurt Tucholsky wurde 1890 in Berlin geboren und beging 1935 Selbstmord im schwedischen Exil

Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die andern kaufen sollen, was wir nicht kaufen können; auch ist es unpatriotisch, fremde Waren zu kaufen, daher muss das Ausland einheimische, also deutsche Waren konsumieren, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind. Wenn der Export andersrum geht, heißt er Import, welches im Plural eine Zigarette ist. Weil billiger Weizen ungern und lange nicht so bekömmlich ist wie teurer Roggen, haben wir den Schutzzoll, der den Zoll schützt sowie auch die deutsche Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft wohnt seit fünfundzwanzig Jahren am Rande des Abgrunds und fühlt sich dort ziemlich wohl. Sie ist verschuldet, weil die

Schwerindustrie ihr nichts übrig lässt, und die Schwerindustrie ist nicht auf der Höhe, weil die Landwirtschaft ihr zu viel fortnimmt. Dieses nennt man den Ausgleich der Interessen. Von beiden Institutionen werden hohe Steuern gefordert, und muss der Konsument sie auch bezahlen.

Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andre werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine so genannte „Stützungsaktion“, bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.

Wenn die Unternehmer alles Geld im Ausland untergebracht haben, nennt man dieses den Ernst der Lage. Geordnete Staatswesen werden mit einer solchen Lage leicht fertig; das ist bei ihnen nicht so wie in den kleinen Raubstaaten, wo Scharen von Briganten die Not leidende Bevölkerung aussaugen. Auch die Aktiengesellschaften sind ein wichtiger Bestandteil der Nationalökonomie. Der Aktionär hat zweierlei wichtige Rechte: er ist der, wo das Geld gibt, und er darf bei der Generalversammlung in die Opposition gehen und etwas zu Protokoll geben, woraus sich der Vorstand einen so genannten Sonnabend macht. Die Aktiengesellschaften sind für das Wirtschaftsleben unerlässlich: stellen sie doch die Vorzugsaktien und die Aufsichtsratsstellen her. Denn jede Aktiengesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der rät, was er eigentlich beaufsichtigen soll. Die Aktiengesellschaft haftet dem Aufsichtsrat für pünktliche Zahlung der Tantiemen. Diejenigen Ausreden, in denen gesagt ist, warum die AG keine Steuern bezahlen kann, werden in einer so genannten „Bilanz“ zusammengestellt.

Die Wirtschaft wäre keine Wirtschaft, wenn wir die Börse nicht hätten. Die Börse dient dazu, einer Reihe aufge-

reger Herren den Spielklub und das Restaurant zu ersetzen; Die Börse sieht jeden Mittag die Weltlage an: dies richtet sich nach dem Weitblick der Bankdirektoren, welche jedoch meist nur bis zu ihrer Nasenspitze sehen, was allerdings mitunter ein weiter Weg ist. Schreien die Leute auf der Börse außergewöhnlich viel, so nennt man das: die Börse ist fest. In diesem Fall kommt – am nächsten Tage – das Publikum gelaufen und engagiert sich, nachdem bereits das Beste wegverdient ist. Ist die Börse schwach, so ist das Publikum allemal dabei. Dieses nennt man Dienst am Kunden. Die Börse erfüllt eine wirtschaftliche Funktion: ohne sie verbreiteten sich neue Witze wesentlich langsamer.



Wolf Euba: Unterhaltsamer Spaziergang durch die Weltliteratur zum Thema „Geld“. Foto: ms

In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von der neuen Theorie längst fallen gelassen worden. Zusammenfassend kann gesagt werden: die Nationalökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und füge noch hinzu, dass sie so gegeben sind wie alle Waren, Verträge, Zahlungen, Wechselunterschriften und sämtliche andern Handelsverpflichtungen – also ohne jedes Obligo. ■

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Rowohlt Verlages. Entnommen aus: Kurt Tucholsky: *Gesammelte Werke*, Copyright © 1960 by Rowohlt Verlag GmbH Reinbek bei Hamburg

Führungswechsel im Beirat

K. Heinz Eisfeld übernimmt Vorsitz von Siegfried Kett

Die diesjährige Sommersitzung des Beirats der Akademie war geprägt von Abschied und Ankunft gleichermaßen. Abschied, weil insgesamt zehn Beiräte aus dem Gremium ausgeschieden sind; Ankunft, weil an ihrer Stelle zehn neue Mitglieder in das Gremium durch die beteiligten Organisationen entsandt wurden. Der personelle Wechsel spiegelte sich auch in der Führung des Beirats wider: Auf Siegfried Kett, dem von allen Seiten viel Lob für seine ausgleichende und souveräne Amtsführung seit 1997 zuteil wurde, folgt K. Heinz Eisfeld, der Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbands. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter zeigte sich sehr zuversichtlich, dass die gute Zusammenarbeit mit Siegfried Kett auch mit K. Heinz Eisfeld seine Fortsetzung finden werde. Eine ausführliche Würdigung der ausgeschiedenen Beiräte bringen wir im nächsten Heft.

Ausgeschieden sind:

Karl Hemberger, Siegfried Kett, Dr. Manfred Schuhmann, Bernhard Buckenleib, Marion Fendt, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Sehling MdB, Dr. Ludwig Spaenle MdL, Dr. Jörg D. Stiebner und Dr. Hans-Peter Uhl MdB.

Neu im Beirat sind: Georg Fahrenschon MdB (CSU), Heiner Olmer (Israelitische Kultusgemeinden), Anton Huber (Lehrerverbände), K. Heinz Eisfeld (Bayer. Volkshochschulverband), Martina Kobringer (Bayerischer Jugendring), Manfred Weber MdEP (Ring politischer Jugend), Wolfgang Hartmann (Vertriebenenverbände), Günter Franzen (Bayerischer Landessportverband), Josef Kammermeier (Verband der Freien Berufe). Der Vertreter der IHK ist noch nicht ernannt. ■

Manfred Schwarzmeier



v. l. n. r. Udo Dirnaichner (Kultusministerium), Heinrich Oberreuter, stellv. Vorsitzender Horst Schmidt, Vorsitzender K. Heinz Eisfeld, Schriftführer Anton Huber, ehem. Vorsitzender Siegfried Kett.

Foto: ms

Menschenwürde und Wirtschaftsordnung

Der Journalist Nikolaus Piper sieht die Bürger zu stark in ihrer Autonomie reglementiert und dadurch die Menschenwürde in Gefahr

Was macht eine Marktwirtschaft zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung? Viele Deutsche hegen außergewöhnlich hohe Erwartungen an Staat und Wirtschaft. Beide sollen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand garantieren, zugleich aber nicht zu stark werden. Erst jüngst wieder wurde die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Vergleichen aus der Tierwelt gescholten und gefordert, der Markt müsse geähmt werden, müsse die Menschenwürde achten. Für Nikolaus Piper, Leiter des Wirtschaftsressorts der Süddeutschen Zeitung, hat eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung vier Kriterien zu erfüllen: In aller erster Linie muss sie die Autonomie ihrer Bürger achten. Dazu gehört, dass deren Eigentum und Freiheit geachtet werden, damit die Bürger in eigener Verantwortung ihre wirtschaftlichen Belange regeln können. Der Staat muss sich auf ein Minimum an Einmischung und Reglementierung beschränken, wobei notwendige Einschränkungen unbedingt transparent und nachvollziehbar sein müssen. Zweitens muss eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung sicherstellen, dass jeder Bürger auch in Notsituationen die Mittel für ein men-



Nikolaus Piper: „Keineswegs verstößt die Hartz IV-Reform gegen die Menschenwürde.“ Foto: Schröder

Die Art und Weise, wie in Deutschland über Staat und Wirtschaft gedacht wird, ist für den Volkswirt eine deutsche Besonderheit, die uns deutlich von anderen Gesellschaften unterscheidet. Das Denken in Ordnungen, so Piper, sei ein spezifisch deutsches Phänomen, das den historischen Erfahrungen geschuldet sei. Walter Eucken und

„Föderalismus bedeutet Wettbewerb im Bundesstaat, die Möglichkeit von anderen zu lernen, sich an Benchmarks zu orientieren.“

schenwürdiges Leben erhält. Doch es müsse ein Unterschied zwischen Handeln und Unterlassen bestehen, der nicht durch eine überbordende Sozialpolitik nivelliert werden dürfe. Schließlich zeichne sich eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung durch Fehlertoleranz und Verlässlichkeit aus – beides Kriterien, die Piper gegenwärtig nicht erfüllt sieht.

die Freiburger Schule der Ordo-Liberalen, in deren Lehre die Sicherung des Wettbewerbs und der Privatautonomie im Zentrum steht, betrachteten den Wirtschaftsliberalismus als gescheitert, da er das Problem wirtschaftlicher Macht nicht lösen konnte.

Die bürgerliche Ordnung in Europa war nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zusammengebrochen, die Kar-

telle und Syndikate hatten den Wettbewerb unterdrückt und die Marktwirtschaft nach und nach ausgeöhlt. Den entstandenen Leerraum füllte der Staat mit einer willkürlichen und interventionistischen Wirtschaftspolitik, die durch die Nationalsozialisten auf die Spitze getrieben worden sei. Dieser Analyse des Verhältnisses von Markt und Staat habe Eucken das Denken in Ordnungen entgegengesetzt. Seitdem wurde die Marktwirtschaft nicht mehr nur einfach hingenommen, sondern zu einer gesetzten Ordnung, die der Staat zu schützen hatte: Er hatte den Wettbewerb und den Geldwert zu sichern und die Menschen durch eine marktkonforme Sozialpolitik vor Not zu bewahren. Unser heutiger hoher Erwartungsdruck, der auf dem Staat laste, sei Resultat dieser Entwicklungen, so Piper.

Sozialabbau als Beitrag zur Menschenwürde?

Sich dieser besonderen Ansprüche wieder gegenwärtig zu werden, weist für den Volkswirt Piper den Weg aus dem „verbreiteten Missmut in unserem Land“. Deutschland stehe vor der gewaltigen Aufgabe, eine vom Sozialstaat überlagerte Marktwirtschaft zu reformieren und klare Kriterien dafür zu finden, wie die notwendigen Reformen zu einer menschenwürdigen Sozial- und Wirtschaftsordnung führen können. Soweit nicht die Rechte anderer verletzt werden – das betonte Piper ganz im Sinne Euckens – müssen Menschen in der Lage sein, ihre wirtschaftlichen Belange in eigener Verantwortung selbst zu regeln. Wenn die Finanzierungskosten für den Sozialstaat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der anderen Bürger gefährde, könne der Sozialabbau sogar ein Beitrag zur Wahrung der Menschenwürde sein. Und nicht nur der: Auch der

Bürokratieabbau sei aus Gründen der Menschenwürde geboten, denn auch die Effizienz des Handelns gehöre zur Autonomie, die die Würde des Menschen kennzeichne. Es müsse ein Unterschied zwischen Handeln und Nicht-Handeln spürbar sein, „zwischen dumum und gescheit, zwischen gut und böse.“

Dürfen Steuern Verhalten steuern?

Piper nannte zahlreiche ganz alltägliche Beispiele für undurchsichtiges staatliches Handeln: Das Steuersystem müsse radikal vereinfacht werden, wenn es so kompliziert ist, dass es unmöglich sei, die individuelle Steuerschuld zuverlässig vorauszusehen. In der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage sieht Piper „liebgewordene Vergünstigungen“, von denen man sich trennen müsse, auch weil dadurch die Autonomie und mit ihr die Menschenwürde bedroht sei. Zwar dürfe der Staat durch Zwangsabgaben seinen Bedarf decken, aber es sei doch zu hinterfragen, ob es zulässig sei, mit „bewusster Steuerungsabsicht in immer neue Bereiche des menschlichen Lebens“ vorzustoßen.

Eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung müsse darüber hinaus beachten, dass politisches Handeln transparent geschehe. Dass die Autonomie in einem Gemeinwesen Einschränkungen unterliegt, sei notwendig. Doch unabdingbar sei auch, dass diese Einschränkungen verstanden würden und beeinflussbar seien. Negativbeispiel ist für Piper die Diskriminierungsrichtlinie, deren Entstehen undurchsichtig und von einem Mangel an Praxiserfahrung geprägt sei.

Auch zum Thema Hartz IV äußerte sich der Wirtschaftsredakteur. Keineswegs verstöße die Reform gegen die Menschenwürde, wie einige der Kritiker behaupten. Im Gegenteil: Piper hält es für eines Menschen unwürdig, wenn nichts von ihm gefordert und er nicht gefördert werde, die übrigen Bürger aber statt dessen immer höhere Zahlungen an den Sozialstaat leisten müssten: „Es muss auch hier einen Unterschied zwischen Handeln und Nicht-Handeln, zwischen Leistung und

Nichtstun geben, selbst wenn dieses Nichtstun nicht selbst verschuldet ist.“ Und sei es nicht geradezu mit der Menschenwürde unverzincbar, wenn Menschen durch Mindestlöhne und Tarifverträge daran gehindert würden, ihre Arbeitskraft zu ihren Bedingungen auf den Markt zu tragen, seien es deutsche oder ausländische Arbeitnehmer? Wenn man es mit der Menschenwürde ernst meine, seien offenen Grenzen und offene Märkte nicht eine Option unter vielen, sondern Pflicht.

Höhere Fehlertoleranz des Systems

Mit Blick auf die wahrscheinlichen Neuwahlen im Herbst nannte Piper „eine echte Föderalismusreform“ den Lackmustest für die Führungsqualität einer neuen Bundesregierung. Der Föderalismus bedeute „Wettbewerb im Bundesstaat, die Möglichkeit von anderen zu lernen, sich an Benchmarks zu orientieren.“ Denn eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung zeichne sich auch durch Fehlertoleranz aus: „Sie muss eine schlechte Regierung eine Zeitlang aushalten – vorausgesetzt natürlich, die Bürger haben die Möglichkeit, diese Regierung bei der nächs-

ten Wahl wieder los zu werden, damit die neue Regierung dann die Konsequenzen aus den Fehlern der alten ziehen kann.“ Doch nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch international trage eine höhere Fehlertoleranz zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung bei, zum Beispiel durch den Wettbewerb zwischen den Steuersystemen. Deren europäische Harmonisierung Piper deshalb ablehnt. Schließlich müsse eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung auch den Menschen gegenüber fehler tolerant sein. Jeder habe eine zweite Chance verdient. Dies sei eine Frage des modernen Insolvenzrechts ebenso wie der Kultur in Wirtschaft und Verwaltung. Chefs müssten bereit sein, Menschen mit biographischen Brüchen zu akzeptieren.

Es war Friedrich von Hayek, der den Gedanken äußerte, dass alle Einkommensunterschiede ausschließlich auf das Können, Geschick und die Talente des einzelnen zurückzuführen wären, wenn alle Chancen wirklich exakt gleich verteilt wären. Eine sozial-psychologisch bedrückende Situation, meint Nikolaus Piper. ■

Miriam Wolf

Nikolaus Piper

Geboren 1952 in Hamburg. Volontariat nach dem Abitur 1971 bis 1973 bei der Badischen Zeitung in Freiburg. 1978 Abschluss des Studiums der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Freiburg als Dipl. Volkswirt. Anschließend journalistische Arbeit zunächst als Lokalredakteur in Lörrach, danach Wirtschaftsredakteur für die Wochenzeitung „Vorwärts“ in Bonn. 1983 Wirtschaftskorrespondent für die „Associated Press“ in Bonn. 1987 Wechsel zur „Zeit“ nach Hamburg. Seit 1.10.1997 bei der Süddeutschen Zeitung, seit 1.8.1999 als Ressortleiter Wirtschaft.

Publikationen: „Die großen Ökonomen – eine Zeit-Serie“ (1994), „Die neuen Ökonomen – eine Zeit-Serie“ (1997), „Felix und das liebe Geld – Roman vom Reichwerden und anderen wichtigen Dingen“ (1998), „Geschichte der Wirtschaft“ (2002), „Willkommen in der Wirklichkeit“ (2004).

Auszeichnungen: Friedrich- und Isabel-Vogel-Preis für Wirtschaftspublizistik, Quandt-Medienpreis, Ludwig-Erhard-Preis 2001 sowie Deutscher Jugendliteraturpreis 2003.

Homepage: <http://www.nikolaus-piper.de>

„Der PH-Wert für die Akademie ist unermesslich“

Peter Hampe in den Ruhestand verabschiedet

Akademiedozent Prof. Dr. Peter Hampe verlässt nach über 25 Dienstjahren unser Haus. Aus diesem Anlass veranstaltete die Akademie eine Feierstunde, in der Direktor Heinrich Oberreuter und der Personalratsvorsitzende Michael Schröder den Jubilar würdigten. Hamps Freund und Kollege Werner Patzelt von der TU Dresden referierte über die Zukunft der

politischen Bildung und der Präsident des ifo-Instituts Hans-Werner Sinn hielt den Festvortrag zum Thema „Exportweltmeister oder Schlusslicht?“ Hampe ist Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung und hat eine Honorarprofessur an der TU Dresden. Wir dokumentieren Reden und Vorträge in Auszügen.

„Wahrer Dozent – nicht nur Organisator“

Akademiedirektor Oberreuter würdigte Kompetenz und didaktisches Geschick Hamps

Was hat Peter Hampe unserem Haus bedeutet? Er stand ja der Schule Eric Voegelins nahe und war von daher das Denken in Ordnungen gewohnt, wie bekanntlich eine wichtige Schule der Ökonomie auch. Plakativ ausgedrückt ging es Voegelin wie Eucken angesichts der historischen Erfahrungen um Ordnungen in Freiheit. Bei Manfred Härtich war man, solchem Denken verpflichtet, in der Tat in besten Händen, weil es seinem eigenen entsprach. Als

Diplom-Volkswirt und promovierter Politikwissenschaftler war Hampe natürlich prädestiniert, beides zusammenzuführen. Er hat in diesem Hause wirtschaftsordnungspolitische Konzeptionen, die soziale Marktwirtschaft, Finanz-, Renten und Arbeitsmarktpolitik, die Transformationsprozesse im Osten und natürlich auch die Probleme und Folgen der Globalisierung sachkundig vermittelt und permanent begleitend dazu publiziert und Editio-

nen vorgelegt. Er ist in der Tat Dozent gewesen und nicht überwiegend Organisator. Und er hat es ausgezeichnet verstanden, sein Auditorium anzusprechen und mit Material zu versorgen. Kurz: zur Kompetenz gesellte sich auch didaktisches Geschick – beides immerhin in einem Kernbereich unseres gesetzlichen Auftrags.

Dessen Bedeutung erkennen wir in diesen Tagen besonders, da die Debatte um unsere wirtschaftliche Entwicklung und die Konzepte, ihr zu begegnen, an Schärfe zunimmt. U.U. wäre vielleicht Hamps schon 1984 erschienener Beitrag „Was Keynes wirklich wollte“ nützlich – oder auch seine Edition „Langfristige Alterssicherung – aber wie?“ von 1985. Man kann ihm und dem Haus nicht vorwerfen, Wesentliches nicht recht- und frühzeitig thematisiert zu haben – und dass alle Welt heute mehr von Reprisen zu leben scheint, ist zu allererst den politischen und den interessengeleiteten Akteuren zuzuschreiben. Auch deren zögerlich eingeleitete Reformschritte haben bislang wenig bewirkt, und die aktuell hochgezogene Kapitalismusdiskussion wird in der Sache positiv gar nichts bewirken. Sie zeigt nur, wie sehr rationale Annäherungen gebraucht werden und wie wohltuend sie wären, um komplexe Zusammenhänge aufzuhellen, so wie wir es hier gewohnt sind.

Immer wieder kehrt jetzt auch die altbekannte Frage nach der Belastbarkeit unserer Demokratie angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen und angesichts



Akademiedirektor Heinrich Oberreuter (rechts) würdigte die Verdienste von Peter Hampe um die Akademie.

politischer Ratlosigkeit in die Diskussionen zurück. Seit dem berühmten „It's the economy, stupid“ ist aller Welt der bestimmende Einfluss wirtschaftlichen Wohlergehens auf die Akzeptanz von Politik klar. Aber die „economy“ beginnt längst auf die Akzeptanz der Demokratie einzuwirken. Es ist dieses Themenfeld bei uns ganz und gar in guten und verlässlichen Händen gewesen.

Gut vernetzt

Dafür sind wir Ihnen dankbar. Sie haben es immer verstanden, unsere mit unterschiedlichem Vorwissen ausgestatteten Publikumsgruppen zu Erkenntnis und Einsicht zu führen. Zudem sind Sie in Fachkreisen außerordentlich gut vernetzt, was dem Renommee des Hauses dient, aber auch dem Haus bei der Verpflichtung renommierter Referenten.

Und rühmen möchte ich letztendlich doch noch einmal Ihren Einsatz und Ihren Optimismus für die politische Bildung im allgemeinen und in der Schule, einen Optimismus, den man gegenüber den politischen Entscheidungsträgern kaum mehr haben kann.

Im Grunde sind Sie unentbehrlich. Deswegen beschäftigen wir Sie dieses Jahr noch auf Honorarbasis. Bisweilen beschleicht mich der Eindruck, der verordnete Ruhestand hätte sie beunruhigt und noch einmal einen kräftigen Motivations-schub bei Ihnen ausgelöst.

Wenn es denn endgültig soweit ist, werden wir Sie auch menschlich vermissen. Nicht nur wegen der jederzeit abrufbaren Information, wie es denn hier gewesen und wie so manches gekommen ist. Sondern nicht zuletzt wegen ihrer weit gespannten, Kultur und selbst 1860 München einschließenden Interessen, wegen Ihrer kommunikativen und ausgleichenden Kompetenz und wegen Ihres – wenn ich das so sagen darf – charaktervollen persönlichen Stils.

Natürlich danken wir Ihnen nicht nur herzlich. Wir wünschen Ihnen auch ein volles Leben in der Zukunft.

Heinrich Oberreuter

Guter Ratgeber und kollegialer Partner

Peter Hampe hat stets im magischen Dreieck von Politik, Wirtschaft und politischer Bildung gearbeitet. Er war jederzeit in der Lage, sich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen unserer Akademie einzulassen und einzustellen: die Fachtagung mit dem Sachverständigenrat war für ihn ebenso selbstverständlich wie ein Grundkurs in Sachen Euro-Einführung für Nicht-Fachleute. Seinen Kontakten in die Politik, zur Wirtschaft, zu Hochschulen und Forschungsinstituten hat die Akademie viel zu verdanken. Viele prominente Auftritte bekannter Zeitgenossen auf diesem Podium hat er eingefädelt und organisiert. Solche Kontakte und Netzwerke sind nun mal an Personen gebunden. Die Erfahrung zeigt, dass mit dem Fortgang älterer Kollegen eben auch diese Kontakte häufig verloren gehen. Auch deswegen ist das Erreichen der Altersgrenze von Peter Hampe ein Verlust für die Akademie und unser Kollegium. Peter Hampe war nie der engstirnige Fachmann, den man im Kollegium nur mit Fragen seines eng-

die Fortbildung der Sozialkundelehrer im besonderen. Hier war er sicher einer der Eifrigsten, wenn es um Schaffung neuer Angebote in Kooperation mit der Dillinger Akademie oder um unsere Ferienseminare für Lehrkräfte ging. Dieses Engagement mündete fast zwangsläufig in seinem Ehrenamt als Vorsitzender des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Hier wurde er nicht müde, für mehr Sozialkunde an den Schulen zu kämpfen und zu streiten. Wohl wissend und getragen von der Einsicht, dass Demokratie und demokratisches Handeln erlernt werden müssen und niemandem in die Wege gelegt werden. Getreu dem Motto: Demokratie verlangt politische Bildung! Diese Bilanz im Kampf für mehr Sozialkundeunterricht und politische Bildung muss sehr gemischt und zum Teil auch enttäuschend ausfallen, was aber sicher nicht sein Verschulden ist. Angst vor neuen Themen kannte er nicht: eigentlich fachfremd, arbeitete er sich in den letzten Jahren in den immer wichtiger werdenden Themen-

*Peter Hampe
(Klavier Mitte)
und Werner
Patzelt am Cello
umrahmten die
Feierstunde
musikalisch*



sten Arbeitsbereiches konfrontieren durfte. Er hat sich stets als guter Ratgeber und fairer und kollegialer Partner erwiesen, wenn es um die Arbeit unseres Hauses im Ganzen und die akademiepolitische Ausrichtung ging. Sein fachmännischer Rat war bei uns allen gefragt und geschätzt und er wird uns fehlen.

Viel Engagement legte Hampe auf die politische Bildung im allgemeinen und

komplex Islam und Islamismus ein. Dabei kannte sein ureigenstes Fachgebiet in den letzten Jahren genug aktuelle Herausforderungen und neue Problemstellungen.

Kurz und gut – ich fasste zusammen: Der „PH-Wert“ für die Akademie und uns alle war, ist und bleibt jedenfalls unermesslich.

Michael Schröder

Exportweltmeister oder Schlusslicht?

Das deutsche Dilemma und mögliche Lösungen

Von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts*

Ich werde mich mit der wirtschaftlichen Situation unseres Landes beschäftigen. Sind wir Exportweltmeister oder Schlusslicht? Wer hat Recht? Wir stehen vor einem Rätsel. Der Export läuft gut, aber der Arbeitsmarkt krankt und das Wachstum lahmt.

Erstens sind wir nur ohne Berücksichtigung der Dienstleistungen Exportweltmeister, was trotzdem recht gut ist. Zweitens haben wir die höchste Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit und das mitten im stärksten Boom seit 28 Jahren in der Weltwirtschaft!

Deutschland ist aber schon seit langem auf der schiefen Bahn. Der Aufbau der Arbeitslosigkeit findet seit 35 Jahren statt. Und bis auf Moldawien wird in der Zeit von 1995 bis 2005 kein anderes europäisches Land so langsam gewachsen sein wie Deutschland. Dieses blamable Ergebnis liegt auch nicht an der Stagnation in den neuen Bundesländern, denn sogar Westdeutschland für sich genommen ist beim Wachstum Schlusslicht in ganz Europa.

Arbeitslosigkeit und Wachstumschwäche werden häufig – so auch vom Sachverständigenrat – angesichts des boomenden Exports auf eine fehlende Binnennachfrage zurückgeführt, die nicht durch außenwirtschaftliche Kräfte verursacht sei. Aber der Rat irrt. Exportboom und innere Wachstumschwäche sind keine getrennten Ereignisse, sondern ökonomisch eng zusammengehörende Teile eines Entwicklungsprozesses, bei dem sich die Firmen und ihre Arbeitnehmer voneinander loslösen, weil letztere den Sozialstaat, erstere aber Niedriglöhner aus aller Welt als Option vor Augen haben. Die deutschen Unternehmen gehen dem Streit mit den Gewerkschaften und der Lohnkonkurrenz des Sozialstaates aus dem Weg, indem sie auf Investitionen in Deutschland verzichten.

Viele Unternehmen geben auf, schließen oder verkleinern ihre Betriebe und

überlassen das Feld kampflos ihren ausländischen Wettbewerbern. Die Zahl der Konkurse liegt mit knapp 40 000 im Jahr auf Rekordhöhe. Die anderen Unternehmen überleben, indem sie Menschen durch Maschinen ersetzen und ihre Waren im Ausland vorfabrizieren lassen. Durch Outsourcing und Offshoring, also durch Kauf von Vorprodukten bei ausländischen Lieferanten und durch die Errichtung eigener Betriebsstätten im Ausland, nutzen die deutschen Unternehmen die Niedriglohngebiete, die durch den Fall

tionelle Rolle als Fabrik der Welt sinnvoll ergänzen. Ja, eigentlich könnten wir doch von Glück sagen, dass die Polen und Chinesen die industrielle Drecksarbeit für uns machen und wir die freigesetzten Industriearbeiter für den Dienstleistungssektor, für die Bauwirtschaft und für andere höherwertige Tätigkeiten freistellen können. Nur ist dieses Bild leider zu schön, um wahr zu sein. Wieso sind wir Schlusslicht beim Wachstum, wenn wir von der Verlagerung der Arbeitsplätze so profitieren?

Die Theorie vom Strukturwandel ist eben falsch. Die von den Chinesen und Polen verdrängten Industriearbeiter sind nicht in höherwertige Stellen gewandert, sondern in die Arbeitslosigkeit, in die Frühverrentung bzw. in den Sozialstaat. Von einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung, wie sie theoretisch erwartet hätte werden können, kann nicht die Rede sein. Vielmehr trennen sich die deutschen Firmen von ihren Arbeitern, ohne Ersatz zu schaffen. Die Firmen erhalten ihre Wettbewerbsfähigkeit genau deshalb, weil sie sich ihrer deutschen Arbeitern entledigen und sie durch Rumänen, Ungarn, Chinesen oder Roboter ersetzen.



Festredner Hans-Werner Sinn:
„Deutschland entwickelt sich
schleichend zu einer Basarökonomie.“

des Kommunismus entstanden sind. Ob groß oder klein, die deutschen Firmen fliehen vor den hohen deutschen Arbeitskosten, die nach Norwegen und Dänemark die höchsten in der Welt sind. Die Direktinvestitionen in Osteuropa wachsen mit atemberaubendem Tempo.

Deutschland entwickelt sich schleichend zu einer Basarökonomie, die die Welt mit ihrer breiten Produktpalette beliefert, doch einen wachsenden Wertanteil ihrer Produkte in ihrem ost-europäischen Hinterland produzieren lässt. Das bietet auch Chancen. Deutschland kann seine Rolle als Drehscheibe des europäischen Handels weiter ausbauen und seine tradi-

Verständliche Emotionen

Das Gerechtigkeitsgefühl der Deutschen wird dabei zutiefst verletzt. Man muss nicht gleichheitskrank sein, um die Emotionen von Herrn Müntesering und anderen nachempfinden zu können. Aber Werturteile und Moralvorstellungen führen nicht weiter, denn sie werden die ökonomischen Gesetze, die diese Entwicklungen hervorbringen, nicht verändern. Es ist vor allem das Gesetz des Faktorpreisausgleichs, das für die deutschen Schwierigkeiten verantwortlich ist.

Der Faktorpreisausgleich besagt im Wesentlichen, dass sich die Arbeitslöhne zwischen den Handel treibenden

*gekürzte Fassung

Ländern gleicher Entwicklungsstufen aneinander annähern, weil Kapitalverkehr und Güterhandel faktisch einen einheitlichen Weltarbeitsmarkt schaffen. Widersetzt man sich dem Faktorpreisausgleich, dann entsteht die Arbeitslosigkeit, die wir beklagen. Deutschland kann versuchen, den Faktorpreisausgleich zu verlangsamen. Es kann nämlich seinen Innovationsprung ausbauen und dadurch die Lohndifferenz verteidigen: Man kann „so viel teurer sein wie man besser ist“ (Otto Wiesheu). Wenn wir jedoch versuchen, den Faktorpreisausgleich durch politische Macht zu verlangsamen, sei es durch die Macht der Gewerkschaften oder die Macht des Sozialstaates, dann entsteht zwangsläufig Massenarbeitslosigkeit.

Vom Gesetz des Faktorpreisausgleichs haben die deutschen Arbeiter in der Nachkriegszeit selbst stark profitieren können. Wir waren damals die Niedriglöhner, die mit anderen Hochlohnländern konkurrierten. Da machte der Kapitalismus Spaß und es gab keinen Grund, sich den Gesetzen des Faktorpreisausgleichs zu widersetzen.

Heute, wo es um den Faktorpreisausgleich mit den ex-kommunistischen Ländern geht, deren Völker – insgesamt ein Drittel der Menschheit – mit Hungerlöhnen um das international mobile Kapital buhlen, ist Katerstimung angesagt. Wie auch ihre Kollegen in den anderen westlichen Ländern gehören die deutschen Arbeiter nun zu den Verlierern der Globalisierung, weil die Lohnkonkurrenz ihre Einkommen nach unten drückt statt nach oben zieht.

Kern des Dilemmas

Mit allem, was uns Deutschen heilig ist, stemmen wir uns deshalb heute gegen den Faktorpreisausgleich. Die Gewerkschaften verbarrikadieren sich, die Politik beschließt Mindestlöhne und der Sozialstaat blockiert die notwendigen Lohnanpassungen nach unten mit seinen Lohnersatzleistungen. Er bietet mit dem Arbeitslosengeld, der Sozialhilfe und den Frühverrentungsmöglichkeiten vergleichsweise hohe Konkurrenzlöhne für das Nichtstun. Die private Wirtschaft kann diese Löhne wegen der internationalen Niedriglohnkonkurrenz nicht mehr überbieten. So in die Zange genommen, werden die deutschen Arbeitsplätze sukzessive verdrängt. Das ist der Kern des deutschen Dilemmas. Wegen der hohen und

Konkurrenz der Arbeitskosten

Kosten je Arbeiterstunde
in der Industrie in Euro

	Direktentgelt	Personalzusatzkosten	insgesamt
Norwegen	18,96	9,19	28,15
Dänemark	20,63	6,70	27,33
Westdeutschland	15,13	11,96	27,09
Schweiz	16,79	8,81	25,60
Finnland	13,58	10,45	24,03
Belgien	12,46	11,34	23,80
Niederlande	12,90	10,30	23,20
Schweden	13,30	9,47	22,77
Österreich	11,47	9,86	21,32
Luxemburg	14,01	7,14	21,15
Frankreich	10,48	9,67	20,15
USA	13,91	5,99	19,91
Großbritannien	12,84	5,88	18,72
Japan	10,93	7,35	18,28
Irland	12,96	5,15	18,11
Ostdeutschland	10,17	6,68	16,86
Italien	8,58	8,11	16,69
Spanien	8,69	7,28	15,97
Griechenland	6,07	4,12	10,18
Portugal	3,98	3,02	7,00
Tschechien	2,35	1,95	4,30
Ungarn	2,28	1,76	4,04
Polen	2,06	1,20	3,26
Slowakei	1,88	1,34	3,22



9440

© Globus

Stand 2003

rundungsbedingte Differenzen



Quelle: iw

starren Löhne entfallen in den arbeitsintensiven Sektoren zu viele Arbeitsplätze und an anderen Stellen der Wirtschaft entstehen zu wenig neue. Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter, das Wachstum lahmt und der Sozialstaat kommt angesichts der finanziellen Konsequenzen in die Krise.

Boom mit pathologischen Zügen

Wie passen aber die deutschen Exporterfolge in dieses düstere Bild? Die Entwicklung zur Basarökonomie bläht das Exportvolumen rechnerisch auf. Zwar nimmt der Anteil der heimischen Wertschöpfung pro exportiertem Stück ab, aber die Stückzahl wächst so stark, dass dieser Effekt überkompensiert wird. Die exportinduzierte Wertschöpfung wächst also überdurchschnittlich schnell, ein immer größerer Teil der in Deutschland verdienten Einkommen entstammt dem Export. Volkswirtschaftliche Vorteile kann man aber aus der Zunahme der exportinduzierten Wertschöpfung nicht herleiten. Ein Land, das seine Löhne über dem internationalen Wettbewerbsniveau festzurrt, ist zu einer übermäßigen Spezialisierung auf kapitalintensive Güter zu Lasten der arbeitsintensiven Güter gezwungen, weil es nur so überleben kann. Kapitalintensive Güter sind Gü-

tensiven Sektoren zwar das Kapital, nicht aber die vielen Menschen, die in den arbeitsintensiven Sektoren freigesetzt wurden, aufnehmen können.

Die Arbeitslosigkeit wächst und da Arbeitslose keine Werte schaffen, erlahmt das Wachstum. Bei einer wettbewerblichen Lohnfindung wäre die Entwicklung anders verlaufen. Wegen niedrigerer Löhne hätten sich größere Teile der arbeitsintensiveren Branchen für längere Zeit halten können und gleichzeitig hätten alle Branchen einen Anreiz gehabt, weniger kapitalintensive Produktionsverfahren zu wählen, also mehr Menschen statt der Maschinen zu beschäftigen. Aus beiden Gründen, also weniger Strukturwandel und weniger Hochtechnologie, wäre die Arbeitslosigkeit vermieden worden.

Traurige Lösung des Rätsels

Eine stürmische Entwicklung der exportinduzierten Wertschöpfung im Verein mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und einer wirtschaftlichen Stagnation des Restes der Wirtschaft ist das normale Krankheitsgefit eines Hochlohnlandes, das außerstande ist, die Kräfte der Globalisierung zum eigenen Vorteil zu nutzen. Das ist die traurige Lösung des deutschen Rätsels.

„Man kann so viel teurer sein wie man besser ist“

Otto Wiesheu

ter, die unter hohem Einsatz komplexer Maschinen und teurer Gebäude erstellt werden, die aber relativ wenige Menschen bei der Produktion benötigen. So haben die deutschen Löhne zuviel Arbeit und Kapital in der Vergangenheit in den arbeitsintensiven Branchen freigesetzt. Die freigesetzten Produktionsfaktoren drängten in die kapitalintensiven Exportsektoren, die noch am ehesten mit den hohen Löhnen zurecht kamen. Deswegen boomt der Export, auch wertschöpfungsmäßig. Doch hat der Boom pathologische Züge, weil die kapitalin-

Was können wir tun? Was folgt aus der Analyse? Es wäre fatal, wenn man den Schluss zöge, man müsse die Kräfte der Globalisierung durch einen neuen Handelsprotektionismus abschwächen, um den Druck auf die deutschen Löhne auf diese Weise zu verringern.

Ein neuer Protektionismus würde auch die alten Handelsgewinne aufs Spiel setzen, den Deutschland seinen Wohlstand bis zum heutigen Tag verdankt. Genauso fatal wäre es, wenn die Politik mithelfen würde, Mindestlöhne

durchzusetzen. Eine Politik der Ausdehnung des Entsendegesetzes und der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarifverträge würde Handelsgewinne verhindern, die Arbeitslosigkeit vergrößern und das Siechtum der deutschen Wirtschaft verlängern. Sie würde den Marsch auf dem Irrweg, der in Deutschland seit Jahrzehnten begangen ist und der zu den wirtschaftlichen Problemen des Landes geführt hat, weiter beschleunigen.

Langfristige Lösungen

Richtig wäre zum Beispiel die Förderung des Bildungswesens, damit wir wieder besser werden. Nur, was immer wir tun: es wird nur langfristig helfen. Das einzige, was schon auf mittlere Sicht Erfolg verspricht, ist die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte im Verein mit einer Politik der Kompensation der Verlierer der notwendigen Lohnanpassung. Die gering Qualifizierten, die am meisten verlieren, sollten durch persönliche Lohnzuschüsse kompensiert werden. Das auch vom Bundespräsidenten empfohlene Modell der aktivierenden Sozialhilfe weist den richtigen Weg. Im Kern geht es darum, die Lohnersatzleistungen des Sozialstaates, die sowieso schon geleistet werden, umzufunktionieren. Weil nur die Bedingungen geändert werden, kostet es auch nichts. Grundidee ist, dass jeder arbeitet, zu welchem Lohn auch immer. Wenn dann der Lohn nicht reicht, füllen wir den Lohn auf mit einem Sozialeinkommen, so dass in der Summe aus beiden Einkommen ein sozial akzeptables Einkommen entsteht.

Deutschland kann seine Verteilungsziele immer nur mit und nie gegen die Gesetze der Marktwirtschaft erreichen. Politische Macht kann ökonomische Gesetze nicht aushebeln, schon gar nicht das Gesetz des Faktorpreisausgleichs.

Gegen die Beliebigkeit der Inhalte

Sorgen um die Zukunft der politischen Bildung

von Prof. Dr. Werner J. Patzelt, TU Dresden *

Meine Bemerkungen zur politischen Bildung sind in einem Moll-Ton gehalten. Fangen wir jedoch mit dem Positiven an. Was hat die politische Bildung auf ihrer Habenseite?

Natürlich nenne ich zunächst die Akademie für Politische Bildung Tutzing, dann gibt es vorzügliche Landeszentralen für Politische Bildung, dann gibt es – fast in Überfülle – exzellente politisch bildende Literatur. Es gibt auch das ziemlich gefestigte Schulfach Politische Bildung, das leider verwirrend viele Namen trägt und im schulischen Alltag oft sehr randständig gehandhabt wird. Schließlich gibt es gut ausgebildete und motivierte Lehrer für diese Fächer und obendrein ein inzwischen erwachtes Interesse an empirischen Evaluationsstudien zu den tatsächlichen Effekten politischer Bildung.

Wie sieht es mit der Soll-Seite aus? Leider haben wir auch schlecht ausgebildete Lehrer, insbesondere in den neuen Bundesländern. Es ist trotz aller Bemühungen nur ein geringer Teil dessen gelungen, was eigentlich zum Aufbau stabiler Demokratie in den neuen Bundesländern dort hätte erreicht werden müssen. Es gibt in den neuen Bundesländern nach wie vor Lehrer für Sozial- oder Gemeinschaftskunde, die sich mit dem neuen politischen bzw. wirtschaftlichen System und seinen Leitwerten überhaupt nicht identifizieren, die ihre Distanz, ihr Misstrauen, auch ihre Verachtung diesem System gegenüber im Unterricht weiter transportieren und zur ostdeutschen Systemverdrossenheit beitragen. Wir haben aber auch Hochschuldidaktiker, die sich vornehmlich mit der Binndiskussion der Didaktiker („Demokratielernen oder politische Bildung?“) befassen als mit der Aufgabe, Studierende auf das schwierige Geschäft des politischen Lernens vorzubereiten und

die Politiklehrer vor Ort zu unterstützen – insbesondere dort, wo ihnen stark rechtsradikal eingestellte Jugendliche zu schaffen machen. Darüber hinaus bestreiten noch immer Gurus politischer Bildung, es ließe sich ein inhaltlich definierter Kanon politischer Bildungsinhalte formulieren und didaktisch-methodisch umsetzen; statt dessen stellt man auf die Vermittlung rein formaler Schlüsselqualifikationen ab. Wir haben außerdem immer noch didaktische Konzepte, welche die jungen Leute nicht in erster Linie mit dem



Werner Patzelt kritisierte die inhaltliche Beliebigkeit mancher Vertreter der politischen Bildung.

Fotos: Schröder

nötigen Gesamtverständnis politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse auszustatten versuchen, sondern bei denen das methodische Mittel nachgerade zum Zweck des Faches wird. So wird wertvolle Zeit auf technische und ästhetische Spiele mit Internetrecherchen und Power Point-Präsentationen verwendet, statt die Fähigkeit zu entwickeln, die Konstruktionsbedingungen von Medienwirklichkeit zu durchschauen. Und wir stoßen auf eine an Handlungskompetenzen orientierte schulische politische Bildung, welche den Schutzraum der Schule irreführend zum Paradigma des wirklichen politischen Lebens machen will.

Reizvolles Biotop Parlament

Die genannten Defizite zu beheben, ist immerhin möglich. Aber selbst, wenn das geschähe, bleiben doch solche Rahmenbedingungen des Gewerbes politischer Bildung, die von den praktizierenden politischen Bildnern aus eigener Kraft überhaupt nicht zu verändern sind. So werden zum Beispiel die politisch bildenden Möglichkeiten des Fernsehens überhaupt nicht richtig genutzt. Was haben wir für schöne Sendungen über das Familienleben von Hamstern und Bibern! Aber über das reizvolle Biotop von Parteien und Parlamenten und Regierungen und Ministerialverwaltungen suchen wir solche sowohl unterhaltenden wie informierenden Sendungen vergeblich.

Schlechte Motivationslage

Wir haben ferner eine Grundwoge von Politikverdrossenheit, die aus verschiedenen Schichten besteht, die man allesamt als politischer Bildner nicht ändern kann. Das Fach Politische Bildung nahm seine große Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaftswunderzeit, die die Vorstellung nährte, alles würde wirtschaftlich und gesellschaftlich immer nur besser werden. In dem Umfang, in dem diese Illusionen zerstoben sind, in dem selbst Politiker glauben, nicht mehr zu vermögen als auf den Kapitalismus zu schimpfen, schwindet natürlich auch der Sexappeal eines Schulfachs Gemeinschaftskunde oder Sozialkunde. Dazu kommt eine nach unten weisende Zufriedenheitsspirale mit dem politischen Personal, dem Selbstsucht, Skandale und wenig Kompetenz nachgesagt wird. Der schlechte Ruf von Politik und von Politikern wirkt ohne Zweifel auf die Motivationslage derer zurück, die dieses Fach zu lehren haben.

* gekürzte Fassung

Keine klaren Antworten

Schließlich sind wir in eine neue Zeit der Unübersichtlichkeit geraten: Ist Demokratie nur eine Lebensform des Westens? Ist die Würde des Menschen nur eine Fiktion, wie das die NPD in ihren neuesten Erklärungen behauptet? Wie soll es weitergehen mit Europa, mit dem Verhältnis von Sozialstaat und Wirtschaft und überhaupt mit dem Verhältnis von nationalstaatlicher Demokratie und einer globalisierten, internationalen Gesellschaft und Wirtschaft?

Politische Bildung hat auf derart wichtige Fragen entweder keine oder noch keine klaren Antworten – oder zumindest keine für junge Leute überzeugenden Antworten. Sie muss statt dessen auf vielen Gebieten den gesellschaftlichen Dissens vorführen. Reicht da der Beutelsbacher Konsens, welcher darauf hinausläuft, dass das, was in der Gesellschaft umstritten ist, auch in der politischen Bildung als umstritten dargestellt wird? Welchen Nährwert hat das? Welche innere Bindung stiftet es, wenn man im Unterricht nur sagen kann, mit der Würde des Menschen verhält es sich so, dass die einen ihre Existenz befürworten, die anderen aber bestreiten? Und mit der Demokratie so, dass die einen sagen, sie passt für alle Menschen, und die anderen, sie passt nur für Menschen eines bestimmten Kulturreises.

Zentrale Wertfragen

Im Grunde ist das Sich-Zurücknehmen auf die Aufgabe, das gesellschaftlich Kontroverse auch im Dissens darzustellen, nur das Eingeständnis, dass man als politischer Bildner inhaltlich nicht mehr viel zu sagen hat. Natürlich ist das kein Plädoyer für die Rückkehr der Ideologien mit all ihren Gewissheiten. Aber das Gegenteil von Ideologisierung muss ja nicht inhaltliche Beliebigkeit sein, sondern das Vertreten bewährter Einsichten. Und deswegen meine ich, dass es angebracht wäre, die politische Bildung wieder auf zentrale Wertfragen hin auszurichten: Wie sähe denn heute wirklich die „gute Ordnung“ des Staates und zwischen

Staaten aus, und zwar eine realisierbare gute Ordnung, die nicht vom Menschen abstrahiert, wie er wirklich ist, und welche nicht die nicht die realen Funktionszusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, von Kommunikation und Politik leugnet? Mir scheint also für die Zukunft eine neue philosophische Akzentuierung des intellektuellen Unterfangens politischer Bildung angebracht zu sein.

Im übrigen stellt ein freiheitlicher Staat eine so ausgefallene Kulturleistung dar wie Europas gotische Kathedralen: Riesige komplexe Gebäude, die obendrein aus einem äußerst weichen und witterungsanfälligen Material beste-

hen. Politischer Bildung in einem freiheitlichen Land ist nun überhaupt nichts anderes aufgegeben, als eine solche Sandsteinkathedrale instand zu halten, selbst wenn Teile von ihr immer wieder mutwillig kaputt gemacht werden. Also sollten wir solchen Kathedral-Handwerkern, die in ihren Dombauhütten ihre Pflicht tun oder getan haben, höchst dankbar sein. Und wir selbst sollten denen, die mit uns arbeiten oder nach uns arbeiten werden, möglichst gute Vorbilder sein auf dieser riesigen Baustelle eines freiheitlichen Verfassungsstaates, der uns in ganz besonderer Weise anvertraut ist. ■

Klavier gesponsert



Peter Hampe an dem Klavier, das durch seine Kontakte zur Schweizer Versicherungsgesellschaft Swiss-Re von dieser gesponsert wurde und nach seinem Abschied der Akademie für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stehen wird.

Foto: ms

Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft – Zukunft ohne Arbeit?

Visionen in der Literatur und in Filmen erweisen sich oft als schneller realisierbar als vielleicht sogar vom Autor angenommen. Science Fiction-Romane oder -Filme sind nicht abgehobene Gedankenspielereien oder Phantasien hyperkreativer Hirne, sondern Gesellschaftskritik pur. Unsere Welt hat sich aus und auf Visionen hin entwickelt. Gerade Filme, für viele selbst eine Vision, nehmen später eintreffende Wirklichkeit und Realität häufig vorweg. Dies zeigte eine auch historisch angelegte Tagung für Filmbegeisterte in Zusammenarbeit mit der LAG Film Bayern. Bei den Visionen durfte natürlich das Thema „Zukunft der Arbeit“ nicht fehlen. Der Volkswirt und Soziologe Gerd Mutz von der Fachhochschule München und Direktor des Munich Institute for Social Sciences (MISS) sprach über die aktuelle Situation und mögliche Szenarien, wie sich die Welt der Arbeit verändern könnte.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Situation stellte Mutz fest, dass Deutschland seit 2003 wieder „Export-Weltmeister“ ist. In den letzten fünf Jahren seien die Exporte um 48 Prozent gestiegen. Entgegen allen Unkenrufen sei Deutschland als Standort nach wie vor attraktiv: es belegt Platz 5 bei den Direktinvestitionen in OECD-Länder. Mutz' Fazit: „Im Hinblick auf die Kostensituation und das Preis-/Leistungsverhältnis ist Deutschland international wettbewerbsfähig. Allein der Export begründet die positiven Wachstumsraten in Deutschland.“ Und die so häufig gescholtene Globalisierung habe die wirtschaftliche Situation in Deutschland netto verbessert.

Rege Umverteilung

Auch die häufig als zu hoch bezeichnete Staatsquote sei nicht das Problem: sie liegt mit 48 Prozent seit 35 Jahren unverändert im europäischen Mittelfeld – und das trotz der erheblichen Lasten der deutschen Einheit.

Diese Staatsquote werde überwiegend durch Abgaben auf den Faktor Arbeit finanziert: zum einen die Sozialabgaben, aber auch durch eine hohe Lohnsteuer und indirekte Steuern (Mehrwert-, Mineralöl- und Ökosteuer). Das mache 85 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. Nur 15 Prozent kommen von Unternehmen und Selbstständigen. Zum Vergleich: 1971 waren

es hier noch 31 Prozent. „Da ist also eine rege Umverteilung im Gange“, sagte Mutz. Der Münchener Volkswirt sieht das Hauptproblem bei der zu geringen Kaufkraft bei den privaten Haushalten und der zu hohen Sparquote.



Gerd Mutz: stärkste Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer seit 1945
Foto:ms

Kaufkraft stärken

Die Arbeitsproduktivität in Deutschland ist hoch: mit einer geringen Anzahl von Arbeitskräften kann ein hohes Wachstum erzeugt werden. Deshalb liegen die Lohnstückkosten im europäischen Mittelfeld. Trotzdem bleibt der Experte skeptisch: „Selbst wenn es gelingen würde, die Nachfra-

gebedingungen zu verbessern, wird die Ausweitung des Volumens der Erwerbsarbeit nicht ausreichen, um einen wesentlichen Teil der heute Arbeitsuchenden zu integrieren. Mutz forderte eine Nachfragepolitik, die die Kaufkraft stärkt und zugleich eine flankierende Arbeitsmarktpolitik, die auch im Dritten Sektor und neben der klassischen Erwerbsarbeit Beschäftigungsfelder generiert und begünstigt.

Die Arbeitswelt ist seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts einem enormen Strukturwandel ausgesetzt. Dazu zählt die Pluralisierung der Erwerbsformen wie Ich-AGs und Mini-Jobs. Das Normalarbeitsverhältnis sei einer ständigen Erosion unterworfen. Und die Übergänge zwischen Arbeit und Leben in der Freizeit werden immer fließender. Eine sinkende Zahl von Arbeitnehmern weist eine sehr stabile Beschäftigung auf. Dagegen ist eine steigende Zahl von Arbeitnehmern durch Diskontinuität und Instabilität betroffen. Soziale Unsicherheit nimmt zu, die Lebensplanung wird ungewisser und es wird viel mehr gespart. Die „gefühlte“ Beschäftigungsunsicherheit und Zukunftsangst nimmt zu – auch bei denen, die bisher in stabilen Beschäftigungsverhältnissen waren.

Drehtüreffekt

Die Langzeitarbeitslosigkeit (mehr als ein Jahr) betrifft etwa ein Drittel aller Arbeitslosen und hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Entscheidend für diese Gefahr sind die Region, der Wirtschaftszweig (die Produktion ist mehr betroffen als die Dienstleistung), die Qualifikation und das Alter (höher als 50).

Zugleich ist der Arbeitsmarkt hoch flexibel geworden: „Im Omnibus der Arbeitslosen sitzen immer 5 Millionen, aber nie die gleichen. Manche steigen aus, andere zu.“ Eine zunehmende Zahl von Beschäftigten ist von einem „Drehtüreffekt“ betroffen: sie werden immer häufiger arbeitslos.

Kritik an den Hartz-Reformen

Mutz sieht das Problem, dass es keine eigenständige Arbeitspolitik gebe; die derzeitige Beschäftigungspolitik sei der Wirtschaftspolitik untergeordnet. Die Folge davon ist die stärkste Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer seit 1945. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik gebe keine Impulse, um die nötige Binnennachfrage zu stärken. Die Beschäftigungspolitik sei auf die Vermittlung von bereits Arbeitslosen ausgerichtet. Das gesamte Hartz-Paket ziele nicht auf Förderung von Beschäftigung oder Verhinderung von Entlassungen. Damit verband der Volkswirt weitere Kritikpunkte an den Hartz-Reformen: „Ein-Euro-Jobs verdrängen reguläre Erwerbsarbeit und bürgerschaftliches Engagement. Andere Formen der Beschäftigungsförderung werden drastisch reduziert und die professionellen Standards sozialer Arbeit sind gefährdet.“ Klein- und Mittelbetriebe würden zuwenig gefördert, obwohl 70 Prozent

aller Erwerbstätigen in ihnen tätig sei. Und die Kürzungen im sozialen Bereich bewirken das Gegenteil von positiven Beschäftigungsimpulsen. In dem Zusammenhang kritisierte Mutz auch die Bildungspolitik: „Es gibt zu wenig Bildungsförderung. Bildung ist in Deutschland stärker als allen OECD-Ländern vom sozialen Status abhängig. Der neueste Armutsbericht belege, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werde. Sein Fazit: „Die Politik hat versagt, Rahmenbedingungen für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu setzen.“

Forderungen

Aber Gerd Mutz gab sich nicht mit der Analyse zufrieden. Um eine „80-20-Gesellschaft zu verhindern, sind dringende Reformen notwendig, damit nicht alles bleibt wie es war.“ Seine Vorschläge im einzelnen:

- Eine umfassende Bildungsreform, die die Bedeutung der sozialen Herkunft für die Zukunftschancen reduziert.

- Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit entsprechender fiskalischer Ausrichtung, die die Binnennachfrage stärkt und mehr Kaufkraft schafft.

- Eine Arbeitspolitik auf der Grundlage eines erweiterten Arbeitsbegriffs.

- Aus der Erkenntnis, dass das Volumen der Erwerbsarbeit nicht zunehmen wird, folgt die Forderung nach der Umverteilung von Arbeit: Erleichterung von Arbeitszeitverkürzungen, Einführung von sabbaticals und Lebensarbeitszeitkonten. Mehrarbeit müsse besteuert werden.

- Ausbau und Stärkung des non-profit-Sektors und von Unternehmen mit sozialen Zielen einschließlich einer steuerlichen Begünstigung.

Insgesamt müssten sich alle Beteiligten in Politik und Gesellschaft darüber im klaren sein, dass die Menschen in Zukunft weniger arbeiten werden und dafür auch ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen erzielen werden. ■

Michael Schröder

Arbeitslosigkeit – das Problem in Deutschland



Ökologische Finanzreform und Emissionshandel

Internationaler Erfahrungsaustausch aus erster Hand

Dem Start des Emissionshandels in Europa zum Januar 2005 und der unterschiedlichen Ausgestaltung von Ökosteuern in Europa war eine prominent besetzte Tagung der Akademie gemeinsam mit dem Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) gewidmet. Aus Deutschland, Österreich und der Schweiz kamen Praktiker aus Verwaltung, Wirtschaft und Umweltverbänden sowie Wissenschaftler zusammen zu einem Erfahrungsaustausch über das europäische Großexperiment „Handel mit Emissionszertifikaten“, über die deutsche Ökosteuer und über die Perspektiven einer harmonisierten Energiebesteuerung in Europa.

Herbert Greisberger, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik, zeigte in seinem Vortrag, dass in Österreich in den 90er Jahren quer durch die Parteien die Ökosteuer als das systemadäquate und zentrale Steuerungsinstrument innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung anerkannt war. Praktische Folgen hat das bislang kaum gehabt, man setzt mehr auf „Road-Pricing“ und Subventionen z.B. für Ökostrom. Der Umstand, dass in Deutschland eine rot-grüne Koalition gegen große Widerstände von Opposition und Wirtschaft die Ökosteuer einführt, hat ihr Schicksal in dem von ÖVP und FPÖ regierten Österreich erst einmal besiegt, so Greisberger.

Niedrigpreisland Schweiz

Über die Schweiz berichteten Gebhard Kirchgässner, Präsident der Kommission für Konjunkturfragen (vergleichbar dem deutschen Sachverständigenrat), und Arthur Mohr, Leiter der Abteilung Ökonomie im Schweizer Bundesumweltamt. Kirchgässner legte dar, dass es in der Schweiz ganz unterschiedliche Entwicklungen gibt. Während die Regierung im März 2005 eine CO₂-Abgabe auf Heizöl und Gas mit Rückverteilung an die Bürger beschlossen hat, bleibt die Schweiz bei Treibstoffen vorerst eines der Niedrigpreisländer. Trotzdem gab und gibt es immer wieder umfangreiche Debatten

über den Einbau ökologischer Elemente ins Steuersystem. In einer Referendumsdemokratie hängt ihr politischer Erfolg regelmäßig von Volksabstimmungen ab. Während noch 1993 eine Mehrheit der Bevölkerung einer Erhöhung der Mineralölsteuer per Abstimmung zugestimmt hatte, scheiterte im Jahr 2000 eine von der Regierung vorgeschlagene Initiative „Energie statt Arbeit besteuern“ knapp mit 44,5 Prozent Zustimmung. Nach Kirchgässner mit entscheidend für diese Niederlage war die damals sehr geringe Arbeitslosenquote von zwei Prozent.

Arthur Mohr erläuterte, dass nach dem beschlossenen CO₂-Gesetz und den Kyoto-Verpflichtungen, die auch die Schweiz unterzeichnet hat, für 2007 eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel vorgesehen ist, falls die freiwilligen Reduktionsversprechen im Verkehrsbereich nicht eingehalten werden.

Kai Schlegelmilch vom Bundesumweltministerium schilderte die Erfahrungen mit der deutschen Ökosteuer. Ihr Aufkommen fließt bekanntlich fast vollständig in die Rentenkassen und dämpft die Beitragslast um 1,7 Prozentpunkte, entsprechend 18,6 Milliarden Euro. Für die politische Akzeptanz der Ökosteuer war es sicher ungünstig, dass ihre Einführung 1999 mit der Liberalisierung des Strommarktes und einem starken Anstieg der Rohölpreise zusammenfiel. Der resultierende Anstieg der Benzin- und Heizölpreise wurde vom breiten Publikum – nur

zum Teil berechtigt – der Ökosteuer angelastet. Von der allgemeinen Preisbewegung begünstigt haben sich die positiven Umweltwirkungen sicher schneller und deutlicher eingestellt, als es die Ökosteuer für sich allein vermöcht hätte, aber sie sind gleichwohl eine Bestätigung ihrer inneren Logik: Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik begannen die CO₂-Emissionen des Verkehrs kontinuierlich zu sinken um jetzt 10 Prozent, gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Drei- bis Fünfliterautos.

Doppelte Dividende

Neben diesem Beitrag zum Klimaschutz sehen Ökonomen auch positive Wirkungen auf Innovationen und Beschäftigungserfolge in der Wirtschaft. Die so genannte doppelte Dividende ist also ein Stück weit Realität geworden. Übermächtige gegenläufige Trends wie Wachstumsschwäche, steigende Arbeitslosigkeit und die Krise der Rentenfinanzen haben die Erfolge der Ökosteuer aber überdeckt. So will die Rede von der Abkassiererei an der Tankstelle nicht verstummen, und die Wirtschaft verlangt eine radikale Vereinfachung eben jener Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe, die sie selbst 1999 mit Erfolg vom Gesetzgeber verlangt hatte. So auf der Tagung Ulrike Beland vom DIHK.

Intensiv diskutiert wurde auch über Ökosteuern auf europäischer Ebene. Anselm Görres vom FÖS stellte in seiner Einleitung zu diesem Themenbereich heraus, dass sich die EU mit der Feinstaubrichtlinie und dem Beginn des Emissionshandels ab Januar 2005 („ein einmaliges Wunder“) eindrucksvoll als politischer Impulsgeber gezeigt habe.

Manfred Rosenstock, Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission, führte aus, dass Ökosteuern in der Mehrheit der EU-Staaten bereits in

Kraft sind und Deutschland keineswegs der einzige Vorreiter sei. Zur Verdeutlichung stellte er den gegenwärtigen Stand der europäischen Energiebesteuerung in den einzelnen Mitgliedsstaaten sowie geplante Richtlinien und deren Ausgestaltung vor. Insbesondere die 2003 einstimmig verabschiedete EU-Energiesteuerrichtlinie sei ein Durchbruch, da sie steigen-



Manfred Rosenstock: Deutschland nicht der einzige Vorreiter

de Mindeststeuersätze für alle Energieträger, insbesondere auch Benzin und Diesel, in mehreren Schritten vorschreibe. Anhand neuester Zahlen zeigte er die Anhebung der Energiesteuern in fast allen osteuropäischen Staaten 2005 auf.

Keine nachhaltige Strategie

Auch Michael Cramer, frisch gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments und Verkehrsexperte der Grünen, sieht im Energiesektor, und hier vor allem im Verkehrsbereich, Handlungsbedarf. Anhaltendes Verkehrswachstum oder luftqualitätsbezogene Grenzwertüberschreitungen würden zwar fraktionsübergreifend als Probleme gesehen, doch existiere noch keine nachhaltige Strategie, um sie dauerhaft in den Griff zu bekommen. Diskutiert werde die Besteuerung des Flugbenzins und die Eurovignette, unter anderem um die Wettbewerbsfähigkeit zum stark besteuerten Schienennverkehr herzustellen.

Günther Roeder von der BASF sprach sich gegen eine Harmonisierung der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene aus. Man dürfe nicht vergessen,



Günther Roeder: Standortnachteile durch Steuerharmonisierung

dass Europas Industrie in einer weltweiten Konkurrenz stehe, zusätzliche Kostenbelastungen würden so zum Standortnachteil.

Der Emissionshandel ist bei der Wirtschaft besser akzeptiert, stellte Margit Kupfer von der österreichischen Umwelt- und Unternehmensberatung „Denkstatt“ fest. Das hänge aber auch damit zusammen, dass man derzeit dank einer großzügigen Erstausstattung mit Verschmutzungsrechten noch weit von klimaschutzrelevanten Emissionsminderungen entfernt sei.

Nach der Erläuterung der Grundprinzipien des Emissionshandels durch Matthias Seiche vom BUND konnte Jürgen Nantke, Leiter der deutschen Emissionshandelsstelle, die Teilnehmer aus erster Hand über die bisherigen Erfahrungen mit dem am 1. Januar 2005 gestarteten Emissionshandel informieren. Für 1849 Anlagen seien inzwischen die Berechtigungen verteilt, die für über 50 Prozent der deutschen Treibhausgas-Emissionen stehen. Die Preise an den Emissionshandelsbörsen pro Tonne CO₂ hätten sich seit Januar bereits annähernd verdoppelt. Der Handel komme in Schwung, auch wenn noch nicht alle EU-Länder ihre Pläne abgeschlossen hätten. Auch die Schweiz, nicht in den Emissionshandel der EU, wohl aber in den

Kyoto-Prozess eingebunden, will – ausgehend von ihrem CO₂-Gesetz – ab 2008 einen Emissionshandel implementieren und diesen auch durch Abkommen mit dem Emissionshandelssystem der EU verknüpfen.

Günther Roeder kritisierte einzelne Punkte bei der Ausgestaltung der Emissionsberechtigungen, so die Belohnung von Anlagen, die bereits erhebliche Energieeinsparungen vorgenommen haben („Early Action“), mit einer „Überausstattung“ von Emissionszertifikaten. Auch sollte die EU-Kommission strenger mit den Plänen der Nationalstaaten umgehen. Inwieweit eine derartige „Überausstattung“ tatsächlich stattgefunden hat, wurde im Plenum lebhaft diskutiert. Jürgen Nantke betonte, dass es bei jeder Verteilung der Zuteilungsrechte natürlich Gewinner und Verlierer gebe.

Nullniveau nicht das Ziel

Durchaus kontrovers war auch die Diskussion über die nationale Rolle von Ökosteuern in einem nachhaltigen Steuersystem. Wolfgang Wiegard, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur



Wolfgang Wiegard: Erwartungen nicht überfrachten

Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, erklärte anhand einfacher umweltökonomischer Regeln, dass es in jedem System rationaler Besteuerung einer Ökosteuer bedarf, wenn die Gesellschaft Effizienz und Wohlfahrt optimieren möchte. Zwar warnte Wiegard davor, die Erwartungen an die doppelte Dividende der Ökosteuer etwa mit der Hoffnung zu überfrachten, dass davon die Wende

am Arbeitsmarkt kommen könne. Zugleich wandte er sich aber deutlich gegen das populäre Argument der „Selbsterschöpfung einer erfolgreichen Ökosteuer“. Auch auf lange Sicht sei ein Einbruch der Ökosteuern nicht zu erwarten. Zum einen sei das Ziel der Umweltbesteuerung in den meisten Fällen nicht ein Nullniveau der betreffenden Stoffe und Emissionen, sondern nur der Abbau auf ein nachhaltig akzeptables Volumen. Zum anderen ginge es gerade bei der Besteuerung von Energie vorrangig darum, den Verbrauch fossiler Energie behutsam abzudrosseln, bis ein neuer Energiemix erreicht sei.

Klaudia Martini, ehemalige Staatsministerin für Umwelt und Forsten in Rheinland-Pfalz, zeigte sich skeptischer gegenüber der ökologischen Steuerreform der Bundesregierung. Aus ihren Erfahrungen verwies sie darauf, dass zweckgebundene Umweltabgaben, etwa bei Abwasser oder Sondermüll, schon seit langem erfolgreich eingesetzt werden. Das frühere Vorstandsmitglied der Adam-Opel-AG forderte mehr steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung und zur Energieeinsparung. Wiegard warnte hier jedoch vor allzu komplexen Sonderregelungen und setzte eher auf eine Optimierung der bestehenden Ökosteuern.

Dieter Ewingmann vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität Köln erinnerte daran, dass bereits 1920 der Ökonom Arthur C. Pigou die Idee einer Ressourcenbesteuerung entwickelt hat und er zeichnete die großen Fortschritte nach, die die wirtschaftswissenschaftliche und – politische Fachdiskussion seitdem gemacht hat. Hans Christoph Binswanger und andere hätten dann 1983 in ihrem wegweisenden Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ die Idee aus-

gearbeitet, das Ökosteueraufkommen zur Entlastung des Faktors Arbeit einzusetzen, eine für die politische Durchsetzung vielleicht entscheidende Anregung. Binswanger, bei der Tagung anwesend, hob hervor, dass die deutsche Ökosteuer seinem damaligen Modell am nächsten komme.



Klaudia Martini: Skepsis gegenüber der ökologischen Steuerreform

Fotos: Willenborg



Dieter Ewingmann verdreifacht sein Preisgeld des Adam-Smith-Preises und spendet es für ein Forschungsprojekt.

Klärungsbedarf sieht Ewingmann im Bereich der Überschneidungen von Ökosteuer und Emissionshandel. Umso erfreulicher seine Ankündigung, die Preissumme aus dem ihm am Rande der Tagung verliehenen Adam-Smith-Preis des FÖS aus eigenen Mitteln zu verdreifachen und für ein entsprechendes Forschungsvorhaben zu spenden.

So darf also, als Resultat dieser Tagung, auf weitere Fortschritte in der Diskussion über marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz gehofft werden.

*Christian Meyer
Karl-Heinz Willenborg*



Zeichnung: Liebermann

Risiken der Mediokratie

Die Vereinfachungsspirale dreht sich immer weiter nach unten

Sein 1998 ist Wolfgang Klein Redaktionsleiter bei „Sabine Christiansen“, dem nach Quote erfolgreichsten Polit-Talk der Bundesrepublik. Und seitdem muss er sich mit der Kritik an der Sendung auseinander setzen. In unserer Tagung „Politik in der Mediendemokratie“ stellte er sich den Fragen der Teilnehmer und von Kurt Kister, dem stellvertretenden Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“, der in den letzten Jahren als Hauptstadtkorrespondent der SZ in Bonn und dann Berlin über einschlägige Kulissenerfahrungen im Berliner Politikbetrieb verfügt.

Klein, der für die ARD unter anderem als Korrespondent in Brüssel und der DDR gearbeitet hatte, beschrieb die Philosophie der Sendung: es gehe bei „Christiansen“ nicht in erster Linie um die Konfrontation zwischen Moderatorin und Gast (wie bei einem Einzelinterview), sondern um die Auseinan-



„Christiansen“-Leiter Wolfgang Klein: „Es geht nicht um die Konfrontation zwischen Moderatorin und Gast, sondern um die Auseinandersetzung zwischen den Gästen.“

dersetzung zwischen den Gästen. „Anders würde eine Talkshow mit so viel Teilnehmern auch gar nicht funktionieren.“ Im idealen Fall sei die Aufgabe der Moderatorin nach der Einleitung fast schon erfüllt: „Danach muss es zwischen den Gästen hin und her gehen, die sind wichtig.“ Leider gelinge das nicht immer, dann müsse die Moderatorin mehr steuern als sie selber wolle.

Geschwärtigkeit in den Medien

Den häufig geäußerten Vorwurf der Personalisierung von Politik und Konzentration auf immer die gleichen Köpfe in der Sendung kontraste Klein damit, dass nach seiner Überzeugung politische Inhalte so besser einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln seien.



SZ-Vize Kurt Kister verfügt über einschlägige Kulissenerfahrungen im Berliner Politikbetrieb.

Auch Kurt Kister bekannte sich zum Prinzip der Personalisierung und hatte durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn Politik auch unterhaltsam vermittelt werde. Er beklagte aber die Geschwärtigkeit in allen Medien, die Wichtiges nicht mehr vom Unwichtigen unterscheide. „Die Begriffsinflation galoppiert und mit ‚Chaos und Katastrophe‘ wird zunehmend bedenken-

los umgegangen.“ Der vielfach geforderten „Entschleunigung“ des politischen Prozesses gab Kister keine Chance: „Fast alle seriösen Journalisten sehen ein, dass es manchmal besser wäre, noch nichts zu berichten, so lange Entscheidungen nicht feststehen. Aber der immer größer werdende Konkurrenzdruck zwischen den Medien zwingt einen dann doch, mit einer Meldung über Unausgeorenes, ‚rauszugehen‘ und viele ziehen nach.“ So bleibt das Hamsterrad am Laufen. Und auch Qualitätszeitungen wie die SZ haben offenbar keine Chance, sich dem zu entziehen: „Auch wir sind Teil des Spiels.“

Zuwachs von „Darstellungspolitik“

Zuvor hatte Michael Schröder auf die Widersprüche und die Unvereinbarkeit von politischem Prozess und Medienlogik hingewiesen. Während im politischen Prozess die Akteure ihre Interessen kontinuierlich auf der Basis von Programmen in langwierigen Verhandlungen durchzusetzen versuchen, um letztlich Legitimation für ihre Machtausübung zu erlangen, setzen die Medien auf die Nachrichtenwertfaktoren Prominenz und Personalisierung. Überraschungseffekte seien wichtig und ein Thema müsse eine überschaubare Dauer haben. „Nur Konflikt und Streit zählen, am besten der zwischen Parteifreunden.“ Die Folge aus dieser Art von Politikbetrieb ist ein Zuwachs von „Darstellungspolitik“ – gleichsam der Ersatz für die klassische Politikvermittlung und die Herstellung von Politik. Es genügt, Politik im Rampenlicht des „Nationaltheaters“ darzustellen ohne auf der hinteren „Arbeitsbühne“ der politischen Sachfragen noch kompetente Lösungen zu erarbeiten.

Der Marburger Medienforscher Christian Schicha kritisierte die Formen der Politikvermittlung in den meisten Massenmedien, vor allem im Fernsehen:

„Info- und Politainment ist in die klassischen Medien vorgedrungen und überall präsentieren sich Politiker im Unterhaltungsformat.“ Er kennzeichnete die zunehmende Theatralisierung der Politik und den Wandel von der Parteidemokratie zur „Mediokratie“ mit den Begriffen Visualisierung, Personalisierung und Ritualisierung. „Reale Politikabläufe werden nicht gezeigt. Übrig bleiben Emotionalität und Irrationalität.“

Die wechselseitige Abhängigkeit von Politikern und Journalisten sehen auch die Landtagskorrespondenten Daniela Philippi (Bayerischer Rundfunk), Nada Weigelt (dpa) und Peter Fahrenholz (SZ). Es sei auch immer schwieriger, Politik in den Medien unterzubringen, und wenn, dann in unterhaltenden Formen mit starken Einflüssen des Boulevard. So müssten für die verschiedenen Nachrichtensendungen des BR sehr unterschiedliche Formate eines Themas produziert werden. Alle



dpa-Korrespondentin Nada Weigelt beklagte den immer stärker werdenden Zeit- und Konkurrenzdruck der Medien.

Journalisten beklagten den immer stärker werdenden Zeit- und Konkurrenzdruck, der immer weniger Zeit zum Nachdenken lasse, sowohl den Politikern wie auch den Medienleuten. Aber auch sie sahen keine Möglichkeit, diesem Teufelskreis zu entkommen. Gerade in kleinen und mittleren Redaktionen werde die Personaldecke immer dünner und es fehle die Zeit für tiefgehende und langwierige Recherchen. Die Agenturgläubigkeit und Abhängig-

keit von den Nachrichtenagenturen nehme zu.

Weniger unzufrieden zeigten sich die Landespolitiker der CSU, wenn es um die Kontakte zu Journalisten geht. Zwar sei die Staatsregierung als Informant noch gefragter, weil von der Exekutive nun mal die politischen Entscheidungen ausgehen, so der CSU-



CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann: „Konflikt und Streit sind für die Medien die interessantesten Themen.“

Fraktionsvorsitzende Joachim Herrmann. Die Fraktion werde immer dann interessant, wenn es vereinzelt Widersprüche gegen Minister oder den Ministerpräsidenten gibt. Im übrigen seien die Abgeordneten sehr frei und unabhängig bei der Gestaltung der Pressearbeit in ihren Wahlkreisen. Herrmanns Stellvertreter Markus Sackmann kennt durchaus Fälle, wo in der Fraktion unterlegene Abgeordnete ihre Journalistenkontakte nutzen, um im Nachhinein über die Medien Entscheidungen noch zu beeinflussen.

Naturgemäß eine andere Sicht der Dinge findet sich bei den Sozialdemokraten. Karin Radermacher, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, beklagte im Gespräch die geringeren Möglichkeiten der Opposition, mit interessanten Themen und bekannten Personen in die Öffentlichkeit zu kommen: „Die Übermacht der Exekutive und der konformen CSU-

Mehrheit ist erdrückend.“ Natürlich hätten es Entscheidungsträger leichter, sich zu präsentieren. Dazu kommt die Schwierigkeit, dass die 41 SPD-Abgeordneten (von 180) mehrere, zum Teil weit auseinander liegende Betreuungswahlkreise haben und vor Ort kaum überall präsent sein können. Radermacher, die auch stellvertretende Vorsitzende des Hohlmeier-Untersuchungsausschusses ist, freut sich natürlich über diese Gelegenheit, sich einer breiten Öffentlichkeit medial präsentieren zu können.

Waren bislang die Begriffe Personalisierung und Emotionalisierung in der politischen Kommunikation eher Gegenstand kritischer Betrachtungen gewesen, sind sie für den Kommunikationsfachmann Klaus Weise Voraussetzungen seiner Arbeit. Der Münchener Geschäftsführer der Werbeagentur Weber Shandwick nennt sie zusammen mit starken, einprägsamen Bildern („Heuschrecken“), einheitlichen Botschaften, einer guten Kampagnenfähigkeit und Kampagnenmanagement sowie einem passenden Timing als Grundbedingungen einer erfolgreichen PR-Arbeit in der Politik. Am konkreten Beispiel einer Kampagne für das Bundesfamilienministerium („Senioren Trainer“) erläuterte Weise den langen Weg von der Ausschreibung des Projekts über unendlich viele variierte Konzepte bis hin zur endgültigen Gestaltung und Evaluation.

Zukunftstrends der Mediennutzung

Einen Blick in die Zukunft – ohne Glaskugel, dafür mit Daten aus der Mediennutzungsforschung – warf zum Abschluss der Tagung Maria Gerhards von der SWR-Medienforschung. Zahlreiche Prognose-Studien weisen darauf hin, dass sich Fernsehen und Hörfunk gemessen an der Nutzungs frequenz behaupten werden, während die Tageszeitung mit einem Rückgang rechnen muss. Bei den Tagesreichweiten wird sich das Fernsehen mindestens behaupten, das Radio steht leicht un-

ter Druck, die Tageszeitung wesentlich deutlicher. Gemessen an der (insgesamt steigenden) Nutzungsdauer der Medien wird das Fernsehen Alltagszeit über den Tag hinweg im Haus gewinnen können, während der Hörfunk in dieser Zeit verstärkt mit Fernsehen und Internet konkurrieren wird, aber außer Haus Zeit gewinnen könnte. Die tägliche Einbindung des Internets wird zunehmen, wobei die Trendgruppen das Internet nicht nur quantitativ stärker, sondern auch inhaltlich vielfältiger nutzen. Die Tageszeitungen werden in einer verstärkten Nachrichtenkonkurrenz auch mit dem Internet Zeit verlieren.

Die Kernkompetenzen der Medien bleiben danach bestehen. So werden die klassischen Medien Hörfunk, Fern-



SPD-Fraktionsvizechefin Karin Radermacher sieht geringere Möglichkeiten der Opposition, mit interessanten Themen und bekannten Personen in die Öffentlichkeit zu kommen.

Fotos: Gaiser/Schröder

sehen und Tageszeitung diese im Bereich der Information behalten, wenn auch das Internet hier eine ergänzende Position einnimmt. Die Bindung an die traditionellen Medien lockert sich zwar tendenziell etwas, ein massiver Um- schichtungsprozess ist allerdings nicht festzustellen.

Das Fernsehen bleibt Leitmedium, der Hörfunk verdankt seine starke Position der vielfältigen Einbindung in den Alltag, das Internet hat sich ein eigenständiges Profil erworben. ■

Michael Schröder



„Liebe Wählerinnen und Wähler, wir danken Ihnen für das Vertrauen, das wir in uns gesetzt haben!“

Karikatur: Dieter Hanitzsch

Schaufenster-Politik als „Pressefutter“

Politiker als Gefangene der Medien?

Die einen haben die Botschaft – die anderen sollen sie verkünden! Politiker und Medien befinden sich seit jeher in einem Wechselspiel gegenseitiger Abhängigkeit. Im Kampf um Aufmerksamkeit, um Wählerstimmen, Reichweite und Quote wird oftmals nicht mehr klar, wer hier wen instrumentalisiert und so kann man mit Recht bei Politikern und Medien von einer „schwierigen Beziehungskiste“ sprechen. Speziell

im Radio gilt Politik vielen Journalisten als Quotenkiller, es sei denn, sie reduziert sich auf mediengerechte Minimalbotschaften im Infotainmentstil. Die politischen Akteure haben sich diesem Unterhaltungzwang längst angepasst und beherrschen mittlerweile ganz professionell die Kunst der gezielten Inszenierung. Oder fühlen sie sich vielleicht doch als „Gefangene der Medien“?

Aus diesem Themenkomplex ergeben sich viele spannende Fragen für eine Diskussionsrunde zwischen Politikwissenschaft, Landtagsabgeordneten und Hörfunkkorrespondenten zum Auftakt eines dreitägigen Radio-Workshops an der Akademie in Tutzing zum Thema „Kreative Strategien für das Zukunftsradios“. Mitveranstaltet wurde das Seminar vom Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Gerd Strohmeier, Dozent an der Universität Passau, schilderte das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Medien aus politikwissenschaftlicher Sicht. Nach der Interdependenzthese seien beide Akteure, Politiker und Massenmedien, von einander abhängig, wenn auch nicht immer im gleichen Maße.

Die Medien wünschten sich in erster Linie Handlungsfreiheit ohne Beschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit und Nachrichten mit hohem Informationswert. Politiker wünschten sich Publizität, also Öffentlichkeit mit Hilfe der Medien und unverzerrte Informationsvermittlung. Die Medien prägten in entscheidendem Maße die öffentliche Meinung, doch sie unterliefen dem Zwang zur Infor-

ihre Kontrollfunktionen zu minimieren, würden politisch positiv besetzte Themen publikumswirksam lanciert, negative kaschiert. Auch das „Politainment“, die Showauftritte der Politiker



Christine Haderthauer: „Jede Diskussion wird zum Streit“.

„Die Parteien instrumentalisieren mit professioneller Pressearbeit die Medien.“

Gerd Strohmeier

mationsbeschaffung und der schnellen Informationsverarbeitung. Diesen Mechanismus machten sich die Parteien durch immer professionellere Pressearbeit zu Nutze. Um die „Selektionsfilter“ der Medien zu passieren und

ohne Politikbezug und Berichte über Privat- und Freizeitleben der Politiker, würden immer wichtiger, um die steigende Zahl der Wechselwähler emotional zu überzeugen.

Christine Haderthauer, Landtagsabgeordnete der CSU und Mitglied des Medienrats der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien, sah sich nicht in einer Abhängigkeit von den Medien; vielmehr sei die Beziehung getragen durch ein konstruktives Miteinander. Man müsse sich jeweils fragen, was der andere wolle. Vorteilhaft für beide Seiten sei der persönliche Bezug vor Ort, dort könne man offener und detailreicher Nachrichten austauschen. All zu oft jedoch mutiere eine normale Diskussion unter Politikern in den Medien zum Streit und das verleihe natürlich nicht zu mehr Offenheit gegenüber den Journalisten, sondern zu Beschönigungen oder zum Schweigen. Ein persönliches Fairnessabkommen zwischen den politischen Konkurrenten vor Ort verhindere einigermaßen den ständigen Wettlauf um den ersten Anruf.

Natürlich gehöre es zum Politiker wie zu jedem anderen Beruf, sich professionell zu verhalten, also mit den Medien auseinanderzusetzen. Die Kunst bestehe darin, sich nicht zu sehr treiben zu lassen, sondern seinen Prinzipien treu zu bleiben. Man müsse selbstbewusst für sich in Anspruch nehmen, dass Politik mehr Zeit brauche. Der Großteil der politischen Arbeit, der Prozess der Entscheidungsfindung, sei für die Bürger und damit für die Medien uninteressant. Deshalb gebe es

auch Schaufenster-Politik als „Pressefutter“, um die Informationsnachfrage der Medien und der Öffentlichkeit zu befriedigen.

Streitkultur den Medien geopfert

Sepp Dürr, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag bedauerte, dass die traditionelle Diskussions- und Streitkultur der Grünen für die Medien geopfert wurde. Obwohl Politik und Demokratie eigene Regeln hätten, die nur be-



Sepp Dürr: „Inhaltsleere Symbolpolitik für die Medien.“

Fotos: AvD

dingt medientauglich seien, müsse man sich den Gesetzmäßigkeiten der Medien anpassen. Folglich betreibe man auch inhaltsleere Symbolpolitik, um Zeitungen und Fernsehen die stets geforderten Resultate zu liefern. Dürr zeigte sich überrascht, wie schnell er in den Medien Grünen-Experte für alles Mögliche geworden sei und zunächst völlig unvorbereitet medientaugliche Sätze zu produzieren hatte. Teilweise sei er schon vor Beginn der parlamentarischen Debatte nach den Ergebnissen gefragt worden. Politik müsse aber manchmal auch inszeniert werden, um sie verständlich zu machen. Schließlich habe noch niemand einen Politiker beim Denken gefilmt.

Die Medien müssten Aussagen kontrollieren und Widersprüche zum Handeln recherchieren, um Blendwerk zu entlarven. Die Politiker wiederum sollten nicht jeden Tag auf die Wahlum-

fragen schauen, da Wahlen ohnehin erst kurz vor Schluss entschieden würden. Jede Seite habe ihre Regeln, die sie vom Gegenpart verstanden wissen wolle. Bei der Politik sei das Verständnis für die Medien zwangsläufig gewachsen, weil man „der unterdrückte Teil“ sei, umgekehrt sei dies nicht unbedingt der Fall. Verantwortlich dafür seien mitunter auch die unflexiblen parlamentarischen Abläufe. Es sei nicht so schlimm, dass sich Medien und Politik gegenseitig antrieben, sondern dass sie das ohne feste Regeln täten. Er selbst wisse allerdings auch kein Mittel, um den Prozess zu „entschleunigen“. Fakt sei jedenfalls, dass es für die Politik keine rationale Alternative gebe, um das gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenleben zu gestalten.

Politik setzt die Themen

Auch nach Ansicht von Rudolf Erhardt, Landtagskorrespondent des Bayerischen Rundfunks, schaukelten sich beide Seiten gegenseitig hoch. Zwischen den Politikern und den Wählern stünden die Medien. Diese müssten sich mit einer Vielzahl von Pressestellen und Presseprechern auseinandersetzen, deren Hauptziel entweder die Verhinderung von Berichten oder die gefilterte Herausgabe von Informationen seien. An die Entscheidungsträger komme man gar nicht mehr heran, sodass man manchmal nur ein vielfach durchgesehenes Gnaden-Statement des Ministers erhalte, anstatt selbst Fragen stellen zu dürfen. Nicht die Medien trieben somit die Politik, sondern diese setze die Themen und verhindere oft durchaus geschickt, dass die Presse an den Kern der Sache herankomme. Wie im Beispiel der Feinstaub-Diskussion werde eine Presselawine oft erst durch einzelne Ereignisse ausgelöst, obwohl die Fakten schon viel früher bekannt gewesen seien. Im konkreten Fall habe sein Bericht der Redaktion lange vor dem „Feinstaub-Hype“ bereits vorgelegen und sei als unwichtig abgelehnt worden. Nach der Presselawine berichteten alle dann nur noch vom „sich kümmernenden Minister“ oder den als „völlig neu“ vorgegaukelten Maßnahmekatalogen. Ein Grundübel bei den Medien sei jedoch neben der Ausbil-

dungsproblematik, dass es keine Recherche-, sondern nur Zeilenhonorare gebe. Die Medien müssten sich endlich der Frage stellen, ob sie wirklich noch die „vierte Gewalt“ seien und ob sie nicht einen gehörigen Anteil am schlechten Image der Politiker haben.



Wolfgang Grossmann: „Medien machen keine Politik.“

Wolfgang Grossmann, Chef vom Dienst beim SWR und früher Hauptstadtkorrespondent in Bonn und Berlin, kritisierte, dass mancher Politiker – wie im Wahlkampf 1998 Otto Schily – die Medien zunächst für seine wöchentlichen Pressekonferenzen benutzte, sie danach aber nur noch als lästig empfunden habe. Das Telefon sei ein „wunderbares Blockadeinstrument“. Der Presseprecher habe alle ungern genommenen Fragen „abgebügelt“ und nur noch willfährige Journalisten zu den Pressekonferenzen eingeladen. Zwar hätten die Medien daraufhin einen Totalboykott erwogen, konnten ihn aber wegen der Konkurrenzsituation untereinander letztlich nicht durchhalten. Dennoch räche sich eine solche Informationspolitik irgendwann, da Journalisten ein gutes Gedächtnis hätten. Medien seien nicht die Verursacher der Nachrichten und sie machten auch keine Politik, sondern versuchten nur, diese zu transportieren. Bei der gegenwärtigen Inflation der Pressekonferenzen könne man andererseits gar nicht alle wahrnehmen. Politik könne auch mit zu vielen Informationen die Öffentlichkeit „erschlagen“ und täuschen. ■

Andreas von Delhaes

„Erinnerung muss auf ein glaubhaftes Dur enden“

Jede Gedenkveranstaltung, jeder Akt der Erinnerung sollte auf einen „glaublichen Dur-Akkord“ enden – mit einem optimistischen Blick in die Zukunft also. In diesem Fazit war sich die Diskussionsrunde des achten „Passauer Tetralogs“ einig. Zuvor war der Umgang mit Erinnerung an Nazi- und DDR-Verbrechen ausgiebig erörtert worden. Und das nicht nur mit Worten, sondern auch mit Musik und Literatur.

„Der verletzliche Mensch und die Gewalt – Europäische Erinnerungskultur als Fundament für die Zukunft“ lautete der Titel der Podiumsdiskussion, die im Rahmen der „Europäischen Wochen“ stattfand und bereits zum achten Mal von der Akademie organisiert wurde. Die Themenwahl ließ einen hochabstrakten Schlagabtausch erwarten. Und dennoch entschieden sich trotz strahlenden Sonnenscheins mehr als 120 Zuhörer gegen die Passauer Biergärten und für den Hörsaal der Universität. Sie wurden nicht enttäuscht. Denn zum einen wurde das ab-

strakte Thema lebhaft und spannend diskutiert – und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Musik und Literatur. Zum anderen war das Podium unter Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter prominent besetzt. Es diskutierten: der ehemalige Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, der 1977 aus der DDR emigrierte Schriftsteller Reiner Kunze, der frühere SPD-Vorsitzende und ehemalige Bundesminister Hans-Jochen Vogel, sowie Andor Izsák, Direktor des Europäischen Zentrums für Jüdische Musik in Hannover.

Konsequenzen aus Geschehenem

Eine kaum zu überblickende Fülle von Fragen stellte Oberreuter in seinem Einführungsstatement in den Raum: Wie erinnern wir? Was heißt angemessener Umgang mit zeitgeschichtlicher Erfahrung? Wie ist die oft beschworene „Verantwortung unserer Generation“ zu beurteilen? Welche Schlüsse ziehen wir aus dem Geschehenen für unser politisches System? Was folgt aus diesen Schlüssen für eine Erinnerungskultur, zumal für eine gesamt-



Das abstrakte Thema wurde lebhaft und spannend diskutiert – und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Musik und Literatur (von links: Joachim Gauck, Schriftsteller Reiner Kunze, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Hans-Jochen Vogel, Andor Izsák).

Fotos: Töpfl

europeische? All diese Themen gelte es zu beleuchten, so Oberreuter – gerade vor dem Hintergrund, dass sich in den totalitären Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts der Mensch einmal mehr „als größter Feind des Menschen“ erwiesen habe. „Es ist passiert, und es ist mit gutem Gewissen passiert“, sagte Oberreuter. „Auch totalitäre Systeme hatten eine Ethik. Die Frage ist nur, welche.“

Dur-Akkord

Die wohl überraschendste Herangehensweise an das Thema „Erinnerungskultur“ wählte Musik-Professor Izsák. Er setzte sich ans E-Piano und sang die „älteste Melodie der Welt“, ein 3400 Jahre altes jüdisches Glaubensbekenntnis. Anschließend demonstrierte er, wie dieses Motiv über die Jahrtausende hinweg in der abendländischen Musik wiederkehrte, in einem gregorianischen Choral ebenso wie in einer Oper von Verdi aus der Romantik.

Den Zweck von Erinnerung verdeutlichte der Musiker an der Melodie eines Gebets, das die Leiden des jüdischen Volkes beklagt. In diesem Gebet sei „das Schicksal des jüdischen Volkes in seiner vollsten Dramatik komprimiert“. Der Melodiebogen falle zunächst ab, lasse so Schwermut anklingen. Schließlich werde die Melodieführung jedoch lebhafter, bis das Gebet auf einem Dur-Akkord ende. Dieser Schlussklang vermittelte Freude und einen optimistischen Blick in die Zukunft. Dies lasse sich als normativer Appell auch an die heutige Erinnerungskultur herantragen, argumentierte Izsák: „Wenn organisierte Erinnerung, wenn eine Gedenkfeier nicht auf ein glaubhaftes Dur endet, hat sie ihr Ziel verfehlt.“

Positive Errungenschaften

„Schwer beeindruckt“ von Izsáks Herangehensweise zeigte sich Joachim Gauck. Er erkannte in den Ausführungen Izsáks sogar Parallelen zu seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Neben der Trauerarbeit „Ge-

gen das Vergessen“ dürfe auch der zweite Namensbestandteil seines Vereins nicht vernachlässigt werden: „Für Demokratie“. In einem Atemzug mit der Erinnerung an die totalitäre Vergangenheit gelte es, die Freude über die positiven Errungenschaften unserer stabilen und rechtstaatlichen Demokratie zu vermitteln.

„Aber diese Freuden bringen Sie heute mal unters Volk“, empörte sich Gauck. „Dafür werden Sie zwar nicht bestraft, aber in intellektuelle Zirkel lädt man Sie mit solchen Botschaften nicht ein!“ Dabei sei doch unser Grundgesetz ein „Schatz“, begeisterte sich Gauck. Dies werde viel zu oft vergessen. „Und wenn wir nicht benennen können, was wir erreicht haben, hat Trauerarbeit keinen Sinn.“



Hans-Jochen Vogel: „Es ist doch bei weitem keine Selbstverständlichkeit, dass ein Volk in der unmittelbaren Nähe seines Parlaments statt einer Ruhmssäule ein Mahnmal an die dunkelsten Seiten seiner Geschichte aufstellt!“

Dieser These vom „glaublichen Schlussakkord in Dur“ stimmte auch der SPD-Politiker Vogel zu. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Jahre 1953 und 1989, als die Menschen in Deutschland in einmaliger Weise ihrem Willen Ausdruck gegeben hätten. Letztendlich hätten sie sich aus

der Diktatur befreit. Durchgesetzt habe sich in der Folge die Geltung unseres Grundgesetzes, das die beste Antwort auf die Eskalation der Gewalt im vergangenen Jahrhunderts darstelle. „Manchmal tut es mir weh zu sehen, wie schnell die Freude darüber einem typisch deutschen Jammern mit weit herunter gezogenen Mundwinkeln gewichen ist“, sagte Vogel.

Nur partielle Erinnerung

Mit einer Auswahl von Gedichten brachte Schriftsteller Kunze den Zuhörern den Umgang mit der Vergangenheit näher. Er sah das „Elend der europäischen Erinnerungskultur“ vor allem darin, dass „wir uns aus ideologischem, parteipolitischem oder nationalistischem Interesse nur partiell erinnern“. Noch immer würden kommunistische und faschistische Diktaturen nicht mit gleichem Maß gemessen. „Wir weigern uns weiter, die Schicksale von Millionen Opfern in den Lagern Osteuropas vollständig zur Kenntnis zu nehmen“, sagte der Schriftsteller.

Dass Kritik am totalitären DDR-Regime auch bei vielen BRD-Bürgern nicht wohl gelitten war, verdeutlichte Kunze mit Episoden aus seinem eigenen Leben. Nach seiner Emigration 1977 habe er in einem Interview über die DDR gesagt, dass er nicht glaube, dass der „Fortschritt der Menschheit von dort kommt“. Weiter habe er das „System als nicht reformierbar“ bezeichnet. Dies habe ausgereicht, um sich massiven Repressalien ausgesetzt zu sehen. Nicht nur seien frisch gesetzte Bäume in seinem Garten umgeschnitten worden, sogar Morddrohungen habe Kunze erhalten – die letzte davon noch 1990. „Was ich sagte, durfte damals einfach nicht gesagt werden, und das hängt uns heute noch nach“, empörte sich der Schriftsteller.

Dieses Problem der „einäugigen Internationale“ sah auch Joachim Gauck. „Bis heute gibt es sehr viele Intellektuelle, bei denen die Delegitimierung der kommunistisch-totalitären Regime noch aussteht“, sagte Gauck. Ebenso wie der Ossi, der der Stasi zugearbeitet hat, sollten auch die westdeutschen

Intellektuellen endlich die Vergangenheit aufarbeiten und „in Bekehrung gehen“. Um die Erinnerungsarbeit in Deutschland zu befördern, sei wohl auch weiterhin sehr viel Phantasie seitens der „Praktiker der politischen Pädagogik“ gefragt: nicht nur von Politikern, sondern auch von Musikern, Künstlern, Lehrern.

Dass Prozesse des Verdrängens von Erinnerungen in verschiedenen Gesellschaften und Zeiten ähnlich verlaufen, darauf wies Heinrich Oberreuter hin. So hätten 1955 in einer Umfrage 63,7 Prozent der Bundesbürger der Aussage zugestimmt: „Der Nationalsozialismus war eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde.“ Exakt genau so hoch sei zehn Jahre nach dem Fall der Mauer der Anteil der ehemaligen DDR-Bürger gewesen, die die These bejahten: „Der Kommunismus war eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde.“

Realitätsverlust

Gerade vor diesem Hintergrund forderte Joachim Gauck einen „neuen Respekt vor der Würde des Fakts“. Um diesen Appell zu untermauern, zitierte Gauck wissenschaftliche Befragungen, wonach Menschen in post-totalitären Gesellschaften bis zu einem gewissen Grad unter Realitätsverlust litten. Mit harten Fakten konfrontiert, flüchteten sie sich meist in Allgemeinplätze oder Pauschalmeinungen der Art: „Krieg ist halt immer was Schlechtes“.

„Es gibt nur ein Vermächtnis, das uns die Opfer hinterlassen haben. Und das ist: Nicht noch einmal, nie wieder!“

Hans-Jochen Vogel

„Paradoxerweise beschweigen nicht nur die Täter die Vergangenheit, sondern auch die überwiegende Mehrzahl der Opfer“, sagte Gauck. Hauptgrund dafür sei wohl, dass viele Opfer ihre Kinder nicht in einem „Opferumfeld“ aufziehen wollten. So sei beispielsweise belegt, dass gerade jüdische Opfer nach dem Zweiten Weltkrieg häufiger vom Widerstand „mutiger Juden“ erzählten als vom Schicksal der

Opfer des NS-Regimes. Gauck: „Was entsteht, ist eine paradoxe Genossenschaft von Opfern und Tätern, in der die Redenden eine Minderheit darstellen.“

Kontrovers diskutiert wurde in der Runde auch, wie sich die Deutschen ihrer eigenen Opferrolle erinnerten und wie dieser Teilaspekt der Erinnerungs-



Mit einer Auswahl von Gedichten brachte Schriftsteller Reiner Kunze den Zuhörern den Umgang mit der Vergangenheit näher.

kultur zu bewerten sei. „Die oft geäußerte Behauptung, es habe ein Redeverbot über die Vertreibung gegeben, ist einfach nicht akzeptabel“, argumentierte Vogel. Im Gegenteil: Der Bund der Vertriebenen sei sogar unter Adenauers Koalitionspartnern gewesen. Trotz dieses Fakts mahnte der

Die Erfolge der deutschen Erinnerungskultur hob dagegen während der gesamten Diskussion immer wieder der SPD-Politiker Vogel hervor. „Mir wurde in meiner Schulzeit noch eingeblättert: Die Franzosen sind unsere Erbfeinde, und Krieg ist etwas Selbstverständliches.“ Wer sich an diese Zeitumstände erinnere, dem würde sehr schnell bewusst, wie viel seither erreicht worden sei: durch den Auschwitz-Prozess beispielsweise oder das Tagebuch der Anne Frank, durch die Wehrmachtausstellung oder die historische Rede des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985.

Zwar sei das Holocaust-Mahnmal umstritten gewesen. Aber zum einen könne ein solches Projekt wohl gar nicht ohne kontroverse Diskussionen realisiert werden. Vogel: „Und zweitens ist es doch bei weitem keine Selbstverständlichkeit, dass ein Volk in der unmittelbaren Nähe seines Parlaments statt einer Ruhmeshalle ein Mahnmal an die dunkelsten Seiten seiner Geschichte aufstellt!“

Doch wie viel Vergangenheit müssen junge Menschen in ihre Orientierung einbauen? „Welche Erfahrungen muss die Jugend selber machen, was kann sie von der Generation ihrer Großeltern lernen?“, fragte Oberreuter nach. „Sicher muss die junge Generation nach neuen Erfahrungen suchen“, betonte Vogel. Hauptziel aller Erinnerungsarbeit müsse allerdings sein, der nachwachsenden Generation ein Gefühl dafür zu vermitteln, wo es endet, wenn Grundwerte mit Füßen getreten werden. Wer Bilder von Auschwitz vor Augen habe, reagiere sensibler auf aktuelle Warnzeichen – und davon gebe es genug: von Gewalttaten gegen Ausländer bis hin zu nationalistischen Parolen im Sächsischen Landtag. „Es gibt nur ein Vermächtnis, das uns die Opfer hinterlassen haben“, sagte Vogel. „Und das ist: Nicht noch einmal, nie wieder!“ ■

Florian Töpfl

Folgen der Katastrophe – Chancen des Neubeginns

Die totale Niederlage Deutschlands am 8. Mai 1945 war zugleich die Voraussetzung für die Befreiung Deutschlands vom NS-Regime, dem allzu viele Deutsche allzu lange gehuldigt hatten. Die Sieger waren sich trotz aller Differenzen darin einig, das vollständig besiegte Deutschland nie wieder zu einer Gefahr für den Frieden in der Welt werden zu lassen. Überlebende Opfer, Verfolgte und

heimliche Gegner verbanden damit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Für die Regimetreuen und die Mitläufer schien die Zukunft jedoch ungewiss. Der tägliche Kampf ums Überleben in der zusammengebrochenen Gesellschaft dominierte den Alltag. Wie aber konnte sich zumindest das westliche Deutschland aus dieser Situation zu einem wirtschaftlichen und sozial stabilen Gemeinwesen ent-

wickeln? Wie hat es sich in den vergangenen 60 Jahren mit seiner braunen Vergangenheit auseinandergesetzt, wie hat es NS-Verbrechen verfolgt und wie versuchte es, Unrecht wieder gutzumachen? Mit diesen Fragen setzte sich die auf starkes Interesse stößende Tagung unter der Leitung von Karl-Heinz Willenborg und Jürgen Weber auseinander.

Der Historiker Norbert Frei von der Universität Jena sprach über „Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen“. Zunächst stellte er den Anwesenden die Frage, warum 60 Jahre Kriegsende einen größeren Niederschlag in den Medien gefunden hätten als das vor zehn Jahren der Fall war. Zwar habe seit 1983 ein „jahrelanger Gedenkmarathon“ stattgefunden, dennoch hätte es noch nie „so viel Hitler“ gegeben wie heute. Auch nach 1995 sei durch Ereignisse wie das Goldhagen-Buch oder die Wehrmachtsausstellung kein Schlussstrich gezogen worden, sondern das Interesse eher gestiegen. Frei wollte durch einen Abriss auf die „Vergangenheit der Vergangenheit“ klären, ob dafür der zeitliche Abstand, der Generationenwechsel oder die Medialisierung verantwortlich seien.

Die erste Periode der politischen Säuberung in der Besatzungszeit bis 1949 sei gekennzeichnet durch den „Nürnberger“ Anstoß von außen (Internationales Militärtribunal und die Nachfolgeprozesse), nicht von innen. In der folgenden Phase der frühen Bewältigung beziehungsweise der Verweigerung von Selbstkritik war plötzlich niemand mehr ein Nazi gewesen. Die Deutschen fühlten sich als Verführte und Hitlers erste Opfer. Die Entnazifi-

zierten wurden durch Amnestien re-integriert und bereits 1957 seien alle Mörder aus den Einsatzgruppenprozessen wieder frei gewesen. Vor allem bei der Jugend hätte sich dann zurecht moralische Kritik erhoben und die dritte Phase der Vergangenheitsbewältigung ermöglicht.



Historiker Norbert Frei: Zukünftig der Trivialisierung und Kommerzialisierung entgegenwirken

Fotos: Delhaes

Neben Anne Franks Tagebuch, der Ausstellung zur Nazi-Justiz 1959, dem Eichmann-Prozess 1961 und dem Auschwitz-Prozess 1963 trugen vor allem die Kinder der NS-Funktionärs-Generation zur Selbstinterrogation bei. Mitte der 80er Jahre gehörte die

Vergangenheitsbewältigung bereits zur Kultur und es habe dann die Phase der Vergangenheitsbewahrung begonnen. 1979 ging der Holocaustfilm über die Bildschirme, 1983 begann der Historikerstreit, 1985 hielt Bundespräsident von Weizsäcker seine berühmte Rede und 1989 endete die Teilung Europas.

Fundiertes Geschichtsbewusstsein vermitteln

Heute stehe Deutschland vor dem physischen Abschied der letzten überlebenden Zeitzeugen und die persönliche Erinnerung werde durch die Geschichtserzählung abgelöst. In einer zunehmend medialisierten Welt beginne eine „Erinnerungsschlacht“, bei der die letzten Opfer natürlich eher als die letzten Täter über ihre Erlebnisse berichteten. Dies sei kritisch zu betrachten, da Geschichte nicht in Einzelgeschichten aufgehe und Erinnerungen problematisch seien. Man müsse auch andere Quellen auswerten. Zukünftig solle man der Trivialisierung und Kommerzialisierung entgegenwirken und lieber ein fundiertes Geschichtsbewusstsein vermitteln.

Willi Dressen, der ehemalige Chef der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, berichtete über „die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen seit 1945“. Schon 1955 seien alle Verbrechen mit Ausnahme von Mord, Totschlag und schwerer Körperverletzung verjährt gewesen. Nach der Übergabe der Justizrechte an die bundesdeutschen Gerichte und Staatsanwaltschaften durch



Willi Dressen: im Angesicht ungesühnter Morde verstummen

die Alliierten Anfang der 50er Jahre sei nur noch sehr wenig geschehen. Ein Beispiel: Von alliierten Gerichten zum Tode verurteilte ehemalige SS-Leute, Lehrer im Zivilberuf, die in der Sowjetunion ein ganzes Kinderheim ausgelöscht hatten, seien im Zuge der deutschen Wiederbewaffnung 1955 begnadigt, wieder in den Schuldienst eingestellt und später normal pensioniert worden. Nur durch Zufall kam es 1958 zum Ulmer Einsatzgruppenverfahren, als ein wegen möglicher NS-Gräueltaten entlassener Leiter eines bundesdeutschen Flüchtlingslagers gegen die Kündigung klagte. Viele Verbrechen von SD, SS, Polizei und Einsatzgruppen sind erst in der Folgezeit ans Licht gekommen. 1958 wurde deshalb die Zentrale Stelle in Ludwigsburg gegründet. Zunächst allerdings sah diese sich vielfach als „Nestbeschmutzer“ diffamiert und kein Jurist wollte dort Dienst tun.

Die ersten Vorermittlungen liefen ab 1959. Viele Verfahren mussten wegen mangelnder Erfahrung der Staatsanwälte, personeller Unterbesetzung,

mangels ausländischer Zeugen oder aufgrund der Verjährung für Totschlagsdelikte eingestellt werden. Während die Gauck-Behörde zur Sicherstellung der Stasi-Unterlagen in Berlin in den 90er Jahren über 3000 Mitarbeiter hatte, so Dressen, habe die NS-Aufklärungsbehörde in Ludwigsburg nie mehr als 130 Mitarbeiter gehabt. Auch die Justiz habe damals in Teilen versucht, den „Schild der Wehrmacht sauber zu halten“. Ermittlungen gegen Beteiligte und nach 1945 wieder tätige Polizeibeamte gestalteten sich schwierig, da nur zugegeben wurde, was auch bewiesen werden konnte. Außerdem hätten sich viele auf den Befehlsnotstand berufen. So sei von allen Wachleuten des Vernichtungslagers Belzec nur einer verurteilt worden. In Wirklichkeit sei jedoch kein einziger Fall von Befehlsverweigerung mit tödlichen Folgen bekannt gewor-

den. Die Gesamtzahl der Ermittlungen in NS-Strafsachen bezifferte Dressen auf 106 000; aber nur 6 500 Täter seien verurteilt worden, davon 166 zu lebenslanger Haft. Rein statistisch habe es also pro Mord nur zehn Minuten Haft gegeben. Viel zu oft seien die Täter ungeschoren davon gekommen, aber das Ohr der Öffentlichkeit habe sich geschärft. Dressen zog das Fazit, dass man sich nicht erinnern könne, wenn man seine Geschichte nicht kenne und dass wir im Angesicht ungesühnter Morde verstummen müssten.



Regisseur Oliver Storz: „Die Sender erfüllen ihre Bildungsaufgabe nicht mehr.“

den, allenfalls wurde jemand zur Front abkommandiert oder beschimpft, häufig geschah aber überhaupt nichts. In den Euthanasieverfahren gegen Ärzte seien diese oft wegen entschuldbaren Irrtums über die Strafbarkeit ihres Handelns freigesprochen worden.

Pro Mord nur zehn Minuten Haft

Die Justizverbrechen des Volksgerichtshofs und der Sondergerichte blieben ungesühnt, da der Bundesgerichts-

Oliver Storz, Autor und Regisseur des preisgekrönten Fernsehfilms „Drei Tage im April“ sprach vor der Vorführung seines Films über „Beobachtungen eines Praktikers – Zeitgeschichte in Film und Fernsehen“. Wie kam er zu dieser Geschichte? Er habe zufällig in einer Fußnote davon gelesen, dass vier Eisenbahnwaggons mit KZ-Häftlingen kurz vor Kriegsende in einem kleinen Dorf in Süddeutschland wegen Maschinenschadens des Zuges abgehängt worden seien. Die Dorfbewölkung habe nichts mit den sterbenden Häftlingen in den Waggons anzufangen gewusst. Alle Sender hätten die Verfilmung dieses Themas abgelehnt, weil man sich schlechte Quoten ausrechnete, so dass er es dem Theater angeboten habe. Dort sei das Stück zu einem Riesenerfolg geworden. Die Sache mit den zu erwartenden schlech-

ten Einschaltquoten war nur eine Ausrede, die im Stoff begründet war. Die Sender erfüllten einfach ihre Bildungsaufgaben nicht mehr.

Geschichte „von unten“

In seinem später trotzdem realisierten Film erzählt Storz Einzelschicksale als „Geschichte von unten“, nicht wie im Film „Der Untergang“ von oben her. Er wolle nicht belehrend sein mit der Frage „warum habt ihr nicht geholfen?“, da er nicht wisse, wie er sich selbst in dieser Zeit verhalten hätte. Zwölf Jahre Kadavergehorsam und sechs Jahre Krieg hätten schließlich Apathie in der Bevölkerung hinterlassen.



Historiker Hans-Günter Hockerts: Entschädigung für einen Monat KZ-Haft verschwindend gering.

Deutsches Modell der Wiedergutmachung

Der Zeithistoriker Hans Günter Hockerts von der Universität München bilanzierte die „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ aus historischer Sicht. Grundformen kritischer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit seien die Entnazifizierung, die strafrechtliche Auseinandersetzung mit den Tätern, die institutionelle Neuordnung des politischen Systems, die Wiedergutmachung für Verfolgte und die kulturell vermittelten Formen der Umkehr gewesen. Letzteres seien die neue politische Kultur und die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik. Wiedergutmachung definierte Hockerts als einen Sammelbegriff für die

Rückerstattung von geraubtem oder entzogenem Vermögen, die Entschädigung für Eingriffe in die Lebenschancen und Sonderregelungen vor allem bei der Sozialversicherung. Außerdem gehören noch die juristische Rehabilitierung, internationale Abkommen und die ideelle Wiedergutmachung der Erinnerungskultur dazu.

Rückerstattung habe durch Gesetze in den drei Westzonen 1947-1949 und das Bundesrückerstattungsgesetz 1957 stattgefunden. Die Entschädigung wurde ebenfalls durch verschiedene Gesetze zwischen 1949 und 1965 geregelt. In der Praxis sei es dabei oft zu einem „Kleinkrieg gegen die Opfer“ gekommen, einige wie die Zigeuner, Zwangssterilisierte, Asoziale oder Homosexuelle seien abgelehnt oder einfach „vergessen“ worden. Auch sei die einmalige Entschädigung für einen Monat KZ-Haft immer bei 150 DM gelegen, also verschwindend gering ausgefallen.

Internationale Abkommen gab es mit Israel 1953, mit elf westeuropäischen Staaten von 1959 bis 1964, mit Osteuropa nach der deutschen Einheit und durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Jahre 2000, dem so genannten Zwangsarbeiter-Fonds, in den Staat und Wirtschaft zusammen 10 Milliarden DM eingezahlt haben. Trotz des ständigen Konflikts zwischen angestrebter Gerechtigkeit und den bürokratisch-rechtlichen Verfahren könne nach Auffassung von Hockerts die deutsche Wiedergutmachung als Modell für andere Staaten dienen, nicht nur finanziell und als Baustein des „europäischen Gedächtnisses“, sondern auch in der Form der historischen Aufarbeitung.

DDR-Alltag aus Sicht des Schriftstellers

Über die „Staatliche Teilung und Lebenswelten in Ost und West“ erzählte Lutz Rathenow, Schriftsteller und Publizist aus Berlin. „Wir liebten Ost-Berlin und lehnten die Regierung ab, die es als Hauptstadt eines 1949 neu gegründeten Staates ansah.“ So schilderte er die Beziehung zu seinem Wohnort in seinem Buch „Ost-Berlin – Leben vor dem Mauerfall“. Respekt-

los, kritisch und mit viel Ironie verarbeitete Rathenow das DDR-Regime zusammen mit den Fotos von Harald Hauswald in seinem 1987 erstmals erschienenen Buch. Der Schriftsteller wurde vom SED-Politbüro als Provokateur eingestuft und nur wegen seiner Bekanntheit nicht eingesperrt. Das Erscheinen seines Werkes im Westen wurde gar als „unfreundlicher Akt“ angesehen. Um seinen Zuhörern die Lebenswelt des Ostens näher zu bringen, las Rathenow deshalb einige Passagen aus seinem Buch vor. Die DDR sei nicht nur der Staat gewesen, nicht



Chronist der deutsch-deutschen Geschehnisse: Schriftsteller Lutz Rathenow

nur die SED, sondern eben auch der Alltag der Bürger. Dieser Erfahrungshintergrund der Ostdeutschen könne heute Brücke zu Osteuropa sein. Er selbst fühle sich daher als „Zeitzeuge, Schriftsteller, Historiker und Chronist der deutsch-deutschen Geschehnisse“.

Höherer Lebensstandard

Die Frage „Wirtschaftswunder und Sozialstaat – von der Erfolgsgeschichte zur Europäischen Normalität?“ beschäftigte Christoph Buchheim (Universität Mannheim). Er verglich dabei die Entwicklungen in der BRD und der DDR. Das Volkseinkommen in Westdeutschland sei nach 1945 kontinuierlich gestiegen und die Beschäftigung in Landwirtschaft und Industrie zugunsten der Dienstleistungen stetig geschrumpft. Konstant stieg auch das Sozialprodukt, die Investitionen und das Produktionsniveau. Anfangs seien

auch die Investitionsquoten sehr hoch gewesen, natürlich bedingt durch die Zerstörungen. Das Wirtschaftswunder in Westdeutschland sei durch einen schnellen Anstieg des Lebensstandards und die dadurch geförderte baldige Akzeptanz der Demokratie geprägt gewesen. All dies sei in der DDR, bedingt durch die Trägheit des sozialistischen Systems und der Planwirtschaft, entweder wesentlich geringer, teilweise sogar defizitär ausgefallen.

Der entscheidende Anstoß für das Wirtschaftswunder kam durch die Liberalisierung des Außenhandels der Bundesrepublik, ihre Rückkehr auf den Weltmarkt. Das Sozialbudget wuchs beachtlich – besonders der Anteil der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Beamtenversorgung, Lohnfortzahlung, Kindergeld und Sozialhilfe stiegen zwar auch, aber nicht im selben Maße. Heute liege die Sozialquote bei über einem Drittel und die Sozialausgaben pro Einwohner bei rund 7800 Euro. Soziale Marktwirtschaft sei aber nicht Marktwirtschaft mit möglichst viel sozialen Ausgaben. Vielmehr sei von Erhard eine Wettbewerbswirtschaft gewollt gewesen, die vom Staat gegen Kartelle und Protektionismus geschützt werden sollte.

Auflösung bürgerlicher Ordnung

Konrad Jarausch von der Universität Potsdam zeigte den „langen Weg zur Zivilgesellschaft“ auf. Nach dem Zerfall der Wehrmacht, der Auflösung der NSDAP und dem Ansturm von entlassenen Häftlingen, Flüchtlingen und Zwangsarbeitern löste sich die bürgerliche Ordnung in Deutschland auf. Das Leben kurz vor und nach Kriegsende sei durch die Niederlage, Vergewaltigung, Verlust, Überlebensfreude, Besatzung, Befreiung, Tod und eine atemberaubende physische und psychische Zerstörung geprägt gewe-



Christoph Buchheim: „Soziale Marktwirtschaft ist nicht Marktwirtschaft mit möglichst vielen sozialen Ausgaben.“

sen. Aus dem Ende habe sich ein Anfang ergeben. Die KZ-Verbrechen, mit denen die Besatzungsmächte die Deutschen konfrontierten, lösten bei ihnen Unglauben und eine beschleunigte Distanzierung vom Dritten Reich, allerdings ohne wirkliche Schuldankenkenntnis aus. Die Mehrzahl der Deutschen schob alle Schuld auf Hitler. Bei den Westalliierten führte der Ende der 40er Jahre einsetzende Kalte Krieg zu



Konrad Jarausch zeigte den langen Weg der Deutschen zur Zivilgesellschaft auf.

einem raschen und pragmatischen Wandel in der Behandlung der Deutschen. Es sei eine widersprüchliche Zeit zwischen Entnazifizierten, Kriegsgewinnern, Wendehälsen, Tätern und Angepassten gewesen, meinte der Historiker Jarausch. Deutschland sei vor 1933 eine westliche Demokratie mit Kant, Beethoven und Goethe gewesen, dennoch hatte es diesen Rückfall in die Barbarei, diesen Zivilisationsbruch gegeben.

Demokratiefähig durch die Katastrophe

Erst die Katastrophe habe die Deutschen demokratiefähig gemacht. Der Demilitarisierung sei eine Pazifierung, der Denazifizierung ein Bruch mit allen Traditionen sowie eine Europäisierung des Landes und der Demontage die soziale Marktwirtschaft gefolgt. Weitere prägende Veränderungen hätten sich aus der „Westernisierung“ und inneren Demokratisierung der 60er Jahre ergeben. Lernprozesse seien nie gradlinig, sie verliefen auch mal in die falsche Richtung.

Der radikalste Bruch mit der Vergangenheit habe in der DDR stattgefunden und sei in eine neue Diktatur gemündet. Nachdem Deutschland nun von Freunden umgeben sei, werde die Verbindung von Demokratie und Nation schwierig und Europa als Rettung gesehen. Zu einem neuen Test der Zivilgesellschaft würden die Themen Weltoffenheit, Migration, Fremdenfeindlichkeit und Minderheiten avancieren. Eine Zivilgesellschaft sei eine ständige Herausforderung, an der man arbeiten müsse. ■

Andreas von Delhaes

Die europäische Erfahrung überwinden

Wissenschaftler aus Deutschland, Israel, der Schweiz und den USA
über 350 Jahre jüdische amerikanische Geschichte

Es waren nur 23 Menschen an Bord des kleinen Schiffes, das im September 1654 in den Hafen von New Amsterdam, dem heutigen New York, einlief. Doch die Landung markierte den Beginn der Geschichte einer Gruppe, die aus keinem Bereich der amerikanischen Gesellschaft mehr wegzudenken ist, denn bei den Passagieren handelte es sich um die ersten Juden, die sich in den Kolonien niederließen und erfolgreich um Handelsrechte bemühten – und damit die inzwischen 350-jährige Geschichte der Juden in den USA begründeten. Doch wurden die Hoffnungen und das Versprechen, das die „Neue Welt“ den Flüchtlingen machte, dort nämlich eine Heimat in Freiheit zu finden und die europäische Erfahrung zu überwinden, eingelöst? Mit großer Unterstützung zahlreicher Einrichtun-

gen, unter anderen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, gelang es Cornelia Wilhelm (Ludwigs-Maximilians-Universität München) und Christian Wiese (Universität Erfurt/Dublin) gemeinsam mit der Akademie rund zwei Dutzend der renommiertesten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit dem jüdischen Leben in den USA befassen, zur Tagung „Transcending the European Experience: 350 Years of American Jewry (1654-2004)“ in Tutzing zu versammeln. Damit wurde erstmals das Feld der American Jewish History in transatlantischer Perspektive beleuchtet. Die Beiträge der Tagung werden 2006 in einem Sammelband bei Berghahn Books, London, erscheinen.

Als bestimmende Faktoren US-amerikanischer nationaler Entwicklung, die auch die Formation der „neuen amerikanischen Judenheit“ bestimmte, erwiesen sich nicht nur der Charakter der USA als Einwanderungsland, sondern auch die Dominanz eines Rassismus, der sich primär auf die Unterscheidung zwischen „Schwarz und Weiß“ konzentrierte, außerdem die kulturelle Verankerung ökonomischer Eigeninitiative in der amerikanischen Gesellschaft, die Bedeutung von Religion in der privaten und zivilen Sphäre in den USA und letztlich die Strukturen des amerikanischen Parteiensystems, das Juden die Möglichkeit gab, als Gruppe „gehört“ zu werden. Doch die Geschichte der US-amerikanischen Juden sollte auch als Geschichte des transatlantischen Raumes begriffen werden, da ihr Bezug zu Europa nicht immer durch direkte Migration zu verstehen ist. Denn gleichzeitig wirkte sie auch auf die Karibik, Süd- und Mittelamerika, beziehungsweise nahmen Europäer auch von diesen amerikanischen Räumen aus Einfluss auf Nordamerika. Durch die US-amerikanische Nationalstaatsgründung

als „erster moderner Nation“, nach den Prinzipien der Aufklärung geschaffen, war die jüdische Diaspora nun erstmals in der Lage, die besonderen Freiheiten, die die Vereinigten Staaten ihnen gewährten, auch juristisch einzufordern. Unter dem Eindruck amerikani-

eine klare Identität und Präsenz in den USA aufzubauen. Bis heute ungebrochen ist die Bedeutung des Holocaust für die amerikanisch-jüdische Identität. Das Verhältnis Amerikas zum Staat Israel wird dabei einerseits von jüdischen Gruppierungen sowie andererseits vom protestantischen Fundamentalismus in den USA beeinflusst. Doch auch die Führungsrolle, die die amerikanischen Juden nach 1945 übernahmen und die offenbar von einer erstarrenden Gemeinde in Israel immer stärker in Frage gestellt wird, wurde thematisiert. Doch es gab auch Möglichkeiten, aus der europäischen Erfahrung herauszutreten, wenn diese auch inhaltlich noch stark von europäischen Vorbildern, Diskursen und Personen geprägt wurden, die in Amerika eine besondere Chance erkannten, Europas gesellschaftliche Strukturen zu überschreiten, obwohl sie intellektuell auf europäische Wurzeln aufbauten. In religiöser und kultureller Hinsicht zeigten sich neue Ansatzpunkte für ein zunehmend selbstbewusstes amerikanisches Judentum zu Beginn des 20. Jahrhunderts. ■



David Kaufmann: Neu-Definition zwischen religiöser und weltlicher Sphäre



Tony Michels: Europäische Einflüsse von jüdischen Einwanderern in die USA importiert

scher Freiheit setzte jedoch auch eine religiöse Pluralisierung ein, die vom neuen „amerikanischen Judentum“ forderte, sich immer wieder um die „Gemeinschaft“ und Kohärenz als Gruppe zu bemühen. Trotz der einsetzenden Masseneinwanderung der sog. „deutschen“ Juden gelang es den amerikanischen Juden aber, ein starkes bürgerliches Selbstbewusstsein und

geprägt wurden, die in Amerika eine besondere Chance erkannten, Europas gesellschaftliche Strukturen zu überschreiten, obwohl sie intellektuell auf europäische Wurzeln aufbauten. In religiöser und kultureller Hinsicht zeigten sich neue Ansatzpunkte für ein zunehmend selbstbewusstes amerikanisches Judentum zu Beginn des 20. Jahrhunderts. ■

Christian Wiese/Miriam Wolf

Weiter wachsen trotz der Krise?

Zur Finalität der Europäischen Union

Die Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer an der Berliner Humboldt-Universität im Mai 2000 über die Finalität der Europäischen Union stieß eine intensive Diskussion über die europäische Zukunft an. Durch die Anerkennung der Türkei als EU-Beitrittskandidat im Dezember 2004 hat sich die Suche nach Europas Grenzen als Wahlkampfthema etabliert. Bulgarien und Rumänien unterzeichneten im April 2005 den Beitrittsvertrag. Mazedonien und die Ukraine wollen folgen. Inzwischen sprachen sich aber die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande und Frankreichs gegen die Europäische Verfassung aus. Großbritannien hat den Ratifizierungsprozess gestoppt. Die europäische Integration ist ins Stocken geraten, der letzte Europäische Gipfel ist gescheitert. Was heißt unter diesen Umständen Finalität in Europa? Geht es um geographische, historische, philosophische oder kulturelle Ein- und Zuordnungen? Bei der Tagung zur Finalität der Europäischen Union setzten sich Wissenschaftler, Politiker und Fachleute aus der politischen Bildung und den Medien mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der EU auseinander.

Peter Cornelius Mayer-Tasch von der Hochschule für Politik in München befasste sich in seinem Vortrag „Europa – eine Odyssee? – Anmerkungen

in dem der symbolische Europäer Odysseus mutig vorandrängte. Dabei wird er immer wieder durch widrige Umstände, Versuchungen und Bedenken auf der Suche nach dem fernen Ziel aufgehalten. Wo und wann Europas Ziel erreicht werde, sei weiterhin offen. Windstille wechsle in Europa mit flotter Fahrt und immer wieder blieben einzelne Schiffe eigensinnig zurück oder preschten übereifrig voran. Die lange Odyssee Europas werde nun auch durch die neuen Entwicklungen zwischen Irakkrieg, Osterweiterung und Verfassungsdebatte gefährdet.

P. C. Mayer-Tasch: „Es sinkt die soziale Akzeptanz der eingespielten technischen, ökonomischen und politischen Volksbeglückungsmechanismen.“

zur Selbstbewusstwerdung unseres Kontinents“ mit dem Werden, dem Gewordenen und dem noch Werden in Europa. Er zitierte den ehemaligen Bürgermeister von Venedig und heutigen Europaabgeordneten Massimo Cacciari, dem der „Archipel Europa“ als ein Netz von Inseln und als ein Meer von Überbrückungen erschien,

Neue Unsicherheiten

Mayer-Tasch gab einen kurzen Rückblick auf die prägenden Faktoren Europas wie den gemeinsamen Namen, das Christentum, die Adelsherrschaft, okzidental Rationalismus und die Staatenbildung. Auf das Gewordene sieht er eher pessimistisch herab, Ob-

wohl zwei Weltkriege und der Kalte Krieg überwunden wurden, drohten nun neue ökologische, soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten. Einerseits werde Fortschritt, Wachstum, Frieden und Freiheit euphorisch begrüßt, andererseits sinke „die soziale Akzeptanz der eingespielten technischen, ökonomischen und politischen Volksbeglückungsmechanismen“ und Europa resigniere. Irakkrieg, Haushaltstreit, Osterweiterung und Verfassungskampf bewiesen, dass Europa eben kein „einzig Volk von Brüdern“ sei. Wie Odysseus Welt sei auch Europa ein Meer von Inseln und daher dürfe man die zukünftige gemeinsame- und gemeinschaftsorientierte Selbstbewusstwerdung nicht „im Zeichen hermetischer Identitätsvorstellungen“ suchen. Man sollte das Volk mehr einbeziehen und somit dessen Stimmungslage weniger vom jeweiligen Kurs der nationalen Regierung abhängig machen. Das hierzu erforderliche europäische Bewusstsein ergebe sich aus den gemeinsamen Erinnerungen und erlernten Erfahrungen wie dem Pazifismus, der Freiheit und Gleichheit, dem Umweltbewusstsein, sowie der Rechts-, Sozial- und Volksstaatlichkeit. Auch das Bewusstsein über die Unterschiede der Völker Europas sowie der Stolz auf das gemeinsam Erreichte wie Binnenmarkt und Euro gehöre dazu.

Michaele Schreyer, ehemalige EU-Haushalts-Kommissarin, referierte über die „politische Zukunft der Europäischen Union zwischen Erweiterung und Vertiefung“. Die „Anhängerin des europäischen Optimismus“ zeigte sich begeistert von der Kraft der EU zu neuen Wegen. Erweiterung und Vertiefung der EU seien keine Gegensätze, denn sie würden einander bedingen. Finalität sei kein statischer Begriff und darum lehne sie es ab, „heute zu bestimmen, was das Ende von morgen“ sei. Die Erweiterung sei ein dynamischer Prozess, laut Prodi der Traum von einer freieren und gerechteren

Welt, an dessen Umsetzung täglich gearbeitet werden müsse. Wenn Koordination Effizienzgewinne verspreche oder nationales Handeln nicht mehr ausreiche, sollte die EU dafür zuständig sein, sonst die Einzelstaaten. Eine privilegierte Partnerschaft für die Türkei sei abzulehnen, da sie nur Rechte, aber keine Pflichten hin zur Demokratisierung gebe. Europa sehe sich neuen Herausforderungen wie Überalterung, ökologischen Verwundbarkeiten und aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie Indien und China gegenüber. All dies habe Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der EU. Deshalb müsse man gezielt Forschung, Bildung, Umwelt und Innovationen finanzieren, auch wenn der politische Wille dazu aufgrund der Kosten noch fehle. Zuschüsse seien keine Verluste, sondern Investitionen in den eigenen Wohlstand und Frieden. Die alten EU-Staaten müssten aber Solidarität mit den neuen Mitgliedern üben, um das Wohlstandsgefälle zu überwinden. Man sollte auch nicht mehr Geld für die Abwehr politischer Feinde als für die Integration politischer Freunde ausgeben. Gerade der Frieden in Europa sei doch eine hinreichende Legitimation der EU. Nach Ansicht von Schreyer sei es noch ein langer, aber sehr wichtiger Weg hin zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik.

Nebenrolle in der Sackgasse

Edgar Grande von der LMU München sah in seinem Vortrag Europa auf keinem guten Weg. Die EU stecke institutionell, wirtschaftlich und politisch in einer Krise und habe sich in eine Sackgasse manövriert. Insbesondere die politische Integration sei weiterhin unvollendet. Nicht Erfolge, sondern Misserfolge seien die Antriebskraft Europas. Arbeitslosigkeit, die Verschuldung öffentlicher Haushalte und

das Ignorieren des Stabilitätspaktes kennzeichneten die Union. Neue unkontrollierbare Risiken wie Irak oder Afghanistan und der Beginn oder das Ende eines US-Empires bedrohten auch die europäische Kooperation. Ohne eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sei nur eines sicher: Europa spielt eine Nebenrolle.



„Anhängerin des europäischen Optimismus“: die ehemalige EU-Haushalts-Kommissarin Michaela Schreyer.



Staatsminister Eberhard Sinner: „Die Fördertöpfe müssen neu und fair verteilt werden.“ Fotos: Delhaes

Allen Reformen zum Trotz müsse Europa ganz neu erfunden werden. Grande schilderte kurz seine Idee eines kosmopolitischen Europas und wie eine europäische Gesellschaft aussehen müsste. Dem Konzept der EU als Empire eigener Art, also einem zumindest Staatsähnlichen Modell, stünde das Weltbürgertum als positiver Gegenbegriff zum globalisierten Markt zur Seite.

Der Kosmopolit meine es gut mit allen Nationen und verzichte in jeder Hinsicht auf Unterdrückung der Nachbarn. Unverzichtbare Regeln und das Toleranzgebot würden „oben so wenig Einheit und unten so viel Vielfalt wie möglich“ bestimmen. Ziele müssten europäisch vorgegeben und national ausgeführt werden und diese Regeln dürften nur bei ausdrücklicher Vereinbarung der Einzelstaaten untereinander gelten, ähnlich dem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Dies schaffe einen neuen Integrationsansatz. Differenzierte Integration sei viel flexibler als die bremsende Idee eines Kerneuropas und zöge die Staaten automatisch mit, wie sich zum Beispiel bei Schengen erwiesen habe. Um europäische Entscheidungen demokratisch

mehr zu legitimieren, sei das weitgehend abgelehnte Europäische Parlament der falsche Weg. Besser seien europäische Referenten, die zu jedem von Bürgern vorgeschlagenen Thema, Vorschläge ausarbeiten dürften. Deren Ergebnisse müssten für die Institutionen bindend sein, ihnen aber das Recht auf eine Antwort zugestehen. Daneben

würde es aber sicher auch noch andere Möglichkeiten besserer Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger geben. 1948/49 hätten diese sich durchaus für Europa interessiert, danach aber seien sie entmündigt worden. Deshalb müssten die Bürger wieder das entscheidende Subjekt der Europäisierung werden.

Staatsminister Eberhard Sinner plante „Bayerns Zukunft in Europa“. Grundsätzlich funktioniere die EU nicht ohne die Regionen und die Regionen nicht ohne die Union. Die Lissabon-Strategie mit 28 Haupt- und Nebenzieleien müsse wie von Barroso geplant auf das wichtigste Thema Wachstum vereinfacht werden. Die Fördertöpfe müssten neu und fair verteilt werden und Europa mit der Verfassung auch eine Sinnstiftung erfahren. Der Overstretch der EU-Administration müsste durch eine Vertiefung vor der Erweiterung vermieden werden. Gleichzeitig sollten die Bürger mehr als bisher eingebunden werden, indem man ihnen den konkreten Nutzen Europas klar mache. Bayern böten sich als Mittelpunkt Europas wirtschaftliche und politische Chancen auf Wachstum. Dazu müsse man seine Kernfelder besser nutzen, in Innovationen investieren und die Clusterbildung vorantreiben. Bildung müsse durch ein Netzwerk der besten Universitäten und von Wissenschaft und Wirtschaft verbessert werden. Mit neuen Partnern sollte man versuchen, auch durch Kooperation zu Innovationen zu gelangen. Schließlich seien „unsere paar Reformen“ in Deutschland verglichen mit der Übernahme der 80.000 Acquis-Seiten inklusive teilweise komplett neuer Steuersysteme in den neuen Beitreitsstaaten „eine Petitesse“.

Andreas von Delhaes

Größer – besser – stärker?

Zwischen neuen Beitritten und gescheiterten Verfassungsreferenden steht die Zukunft der EU auf dem Spiel

Nach der Aufnahme zehn neuer Mitglieder in die europäische Staatenfamilie unterzeichneten Rumänien und Bulgarien am 25. April 2005 den Beitrittsvertrag. Weitere Staaten wie Mazedonien, Ukraine und die kontrovers diskutierte Türkei wollen folgen. Wenig später sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande und Frankreichs gegen die Europäische Verfassung aus. Großbritannien hat inzwischen den Ratifizierungsprozess gestoppt. Die europäische Integration ist ins Stocken geraten, der letzte Europäische Gipfel ist gescheitert. Die EU steht vor enormen politischen wie wirtschaftlichen Herausforderungen. Gelingt ihr noch der große Wurf oder zerbricht sie an dieser Aufgabe?

„Größer, besser, stärker?“ – Die Zukunft der Europäischen Union war Thema einer Lehrerfortbildung. Unter der Moderation von Michael Piazolo und Claudia Reichmann wurden diskutiert der aktuelle Stand der Europäischen Integration (Michael Jörger), die Finanzplanung der EU (Jochen Kubusch), die Finalität der EU (Michael Piazolo) und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik (Peter Barth). In einem Planspiel unter der Moderation von Heike Hoffmann schlüpften die Lehrer in die Rollen von Politiker und Staatschefs und stürzten sich mit Verve und viel Sinn für Humor auf die ihnen zugeschriebene Aufgabe. Als Szenario hatten sie die Beitrittsverhandlungen Rumäniens und Bulgariens zu bearbeiten. Als Repräsentant der neuen oder potenziellen Beitrittsländer referierte Sefik Alp Bahadir über „die Türkei als Wirtschaftsfaktor für die EU“ und Polens Konsul Rafal Wolski zog ein Jahr nach dem EU-Beitritt Polens „eine erste Bilanz“. Über den Weg Bulgariens in die EU referierte Generalkonsulin Veneta Momtcheva.

Nun ist es so weit: In knapp zwei Jahren wächst die EU auf 27 Staaten und 480 Millionen Bürger an. Die Begeisterung vieler EU-Bürger hält sich eher in Grenzen. Kaum hat man mit der Aufnahme von zehn Kandidaten die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Integration vollbracht, will man 2007 nun auch Bulgarien und Rumänien im europäischen Orchester mitspielen lassen. Dabei ist

die Skepsis diesen Ländern gegenüber groß: Zu stark ist das Bild dieser beiden Staaten in den Köpfen vieler EU-Bürger als Hort von Billigarbeitern, Korruption, Menschen- und Waffenhandel verankert.

Musterstaat am Balkan?

Generalkonsulin Momtcheva warnte entschieden vor diesen „schädlichen Debatten“, denn im Gegensatz zu vielen Beitrittsländern der Runde 2004 herrsche in Bulgarien eine breite Zustimmung für den EU-Beitritt. Diesen Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass „der Westen uns doch nicht will“, hätte zur Folge, dass Bulgariens Zukunft von weit zweifelhafteren Kräften bestimmt werden könnte. Außerdem sei Bulgarien für die EU schon jetzt von strategisch höchster Bedeutung: Als „Schnittstelle zu Asien“ wurden laut Generalkonsulin Momtcheva in Bulgarien von allen europäischen Staaten die größten Mengen Rauschgift beschlagnahmt. „Diese Drogen waren nicht für Bulgarien, sondern für ganz Europa bestimmt.“ Bulgarien zeichne sich außerdem durch Stabilität aus: Trotz einer türkischen Minderheit sei das Land frei von ethnischen Spannungen und während die gesamte Region in Bürgerkriegen

und Krisen versank, brachte Bulgarien seine eigene Transformation ohne Blutvergießen voran. Aber auch wirtschaftlich sei Bulgarien auf einem besonders guten Weg:

Die wirtschaftliche Zuwachsrate beträgt 4,5 Prozent, die Arbeitslosigkeit ist 2005 um rund sieben Prozent auf derzeit 11,9 Prozent gesunken. Die Tourismusbranche boomt und die Auslandsinvestitionen weisen ein Volumen von über 1,5 Milliarden Dollar auf. Die 1998 noch extrem hohe Inflationsrate von 18,7 Prozent konnte bis 2004 auf 3,4 Prozent gedrückt werden. Momtcheva betonte die intensive Zusammenarbeit zwischen Bayern und Bulgarien sowohl in der Wirtschaft als auch in der Bekämpfung von Falschgeld und in der Bildung. Dennoch hat das Land mit gravierenden Problemen zu kämpfen, die die Diplomatin klar benannte: Noch immer herrsche in Bulgarien erdrückende Armut und die durchschnittliche Lebensdauer sei um fünf bis neun Jahre geringer als in den Ländern der EU. Weitreichende Reformen müssten vor allem im korrupten Justizwesen durchge-



Bulgariens Generalkonsulin Veneta Momtcheva warnte entschieden vor „schädlichen Debatten“.

Foto: Konsulat

führt werden. Wahr belegte Bulgarien beim Korruptionsindex von Transparency International 2004 Platz 54 (Rumänien: Platz 83). Dennoch dürfe man sich auf diesem Ergebnis nicht ausruhen, sondern müsse „weiterarbeiten“.

Generalkonsulin Momtcheva stellte den Seminarteilnehmern eine kleine, aber stolze Nation vor, die vor der größten Chance ihrer neueren Geschichte steht und von Wirtschaftszeitschriften wie der französischen „Paris Enterprise“ schon jetzt als das „stabilste Land in Osteuropa“ bejubelt wird.

■ Tobias Schickhaus

Zwischen Legitimität und Effektivität

Die Rolle des Bundestags in der Außenpolitik

Die Auffassung, Außenpolitik sei Regierungssache, wird seit einiger Zeit in demokratischen Staaten immer stärker in Frage gestellt. Parlamente drängen auf eine weiter reichende Mitwirkung an der Gestaltung internationaler Beziehungen. Mit dem schrittweisen Ausbau der rechtlichen Kompetenzausstattung wird allmählich auch der Wille der Parlamentarier, diese Kompetenzen zu nutzen, deutlicher erkennbar. Forderungen nach mehr Information durch die Regierung, nach mehr Mitbestimmung – zum Beispiel bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr – machen dies deutlich. Die verschiedenen theoretischen Konzepte zu diskutieren sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Parlamenten und Parlamentariern auszuloten, war Ziel einer Fachtagung, die die Akademie zusammen mit dem Arbeitskreis Parlament und Völkerrecht der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht (Rudolf Geiger und Gerald Kretschmer) sowie dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der TU Chemnitz (Ludwig Gramlich) veranstaltete.

„Parlamente“, so Ludwig Gramlich (TU Chemnitz), „werden schon deswegen gezwungen, sich mit Außenpolitik zu beschäftigen, weil die Themen nationaler Politik zunehmend internationalisiert werden.“ Ein Blick in die Verfassung zeige, dass die Volksvertretung in außenpolitischen Angelegenheiten weder völlig ausgeschlossen werde noch eine starke Beteiligung vorgesehen sei. Dennoch zeige

die Verfassungspraxis ein Regel-Ausnahme-Verhältnis: Der Normalfall sei die handelnde Regierung, die Ausnahme das mitwirkende Parlament. Der Bundestag befände sich somit in dem Spannungsfeld, dass zwar die Rechtssetzung seine ureigenste Aufgabe, das Aushandeln internationaler Verträge aber mehr bei der Regierung angesiedelt sei. Abhilfe schaffen könnte hier als Grundvoraussetzung nur die erheb-

lich umfassendere und frühere Information der Parlamentsmitglieder.

Drohender „information overkill“

Begreife man die Kontrollfunktion des Bundestages nicht nur als nachherige Überwachung und Aufsicht, sondern als begleitende Mitwirkung, so Gerd Tebbe (Deutscher Bundestag, Berlin, vormals Europäische Kommission, GD Auswärtige Beziehungen), so bestehe das Problem für die Parlamentarier darin, dass sie während der Verhandlungen internationaler Verträge „so gut wie keinen Einfluss nehmen können“. Als Argumente gegen eine zunehmende Parlamentarisierung dieses Politikfeldes führte Tebbe an: Erstens müsse die außenpolitische Handlungsfähigkeit jederzeit und vor allem schnell gewährleistet sein, was im parlamentarischen Betrieb nur schwer möglich sei, und zweitens würden die zuständigen Parlamentarier sehr schnell einen „information overkill“ erleiden, wenn sie über alle außenpolitischen Vorgänge rundum informiert sein möchten. Tebbes Beobachtungen zufolge dränge es die Abgeordneten auch gar nicht so sehr nach einer Ausweitung der Informationsrechte, da sie zum einen ebenfalls die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik sehr hoch hängen und zum anderen „die Wirksamkeit der informellen Verfahren zur Informationsbeschaffung und Einflussnahme das Verlangen nach formellen Verfahren mindert“.

Welch komplexe Rechts- und Interpretationslage mit internationalen Verträgen und ihren nationalen Implikationen verbunden sein kann, darauf wies Rudolf Geiger (München) am Beispiel des Art. 23 GG hin. Seiner Ansicht nach handelt es sich „um ein sehr kompliziertes Werk voller innerer Widersprüche“. Die dort festgelegten Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat werden von den Akteuren (Bundesregierung, Bundestag) unter-



Jürgen Meyer: „EU-Verfassung großer demokratischer Fortschritt“, rechts Ko-Tagungsleiter Ludwig Gramlich

Fotos: Schwarzmeier

schiedlich interpretiert. Abhilfe könnte nur eine präzise Neufassung bringen.

Das parlamentarische Instrument des „schlichten Parlamentsbeschlusses“ bezogen auf die Außenpolitik nahm sich Andreas Paulus (LMU München) vor. Nach vorherrschender Meinung ist dieser zwar zulässig, aber für die Regierung nicht bindend. Beispiel: Waffenexportembargo gegenüber China. Trotz des eindeutigen Votums des Parlaments revidierte Schröder seine bereits getroffene Entscheidung nicht. Paulus zeigte sich überzeugt, dass mit zunehmender Veränderung der Außenpolitik eine stärkere Parlamentarisierung unumgänglich sei.

Dass die parlamentarische Kontrolle des internationalen Einsatzes von Streitkräften eine gewisse – positive – Ausnahme darstelle, darauf wies Michael Bothe von der Universität Frankfurt/Main hin. Hier spielte das historisch fundierte Argument, die Bundeswehr solle eine Armee des Volkes, des Bundestags sein, eine entscheidende Rolle. Ganz bewusst wurde nach den Erfahrungen der Kaiserzeit und der NS-Herrschaft im verfassungspolitischen Sinne „die Armee nicht der Regierung überlassen“. Skeptisch zeigte sich Bothe Hoffnungen gegenüber, dass diese Auffassung europaweite Geltung erlangen könnte. Angesichts der stark auf die Regierung zugeschnittenen Zuordnungen der Armeen beispielsweise in Frankreich oder Großbritannien wird es wohl auf absehbare Zeit nicht zu einem „europäischen Parlamentsheer“ kommen. Dabei, so Ludwig Gramlich ergänzend, handele es sich beim EU-Parlament wohl um die einzige Vertretung einer supranationalen Organisation, die bei internationalen Verträgen als Akteur auftreten könne. Auch auf dieser Ebene lasse sich eine gewisse Tendenz zur Parlamentarisierung nicht von der Hand weisen.

Der Frage „Europäisches und nationales Parlament in der Erweiterungspolitik der Europäischen Union – Legitimierendes Fundament oder demokratisches Feigenblatt?“ widmete sich Niklas Görlitz von der Bundestagsverwaltung. Formal gesehen steht dem Bundestag die Ratifizierungsbefugnis

der EU-Beitrittsverträge zu. Das Parlament übernimmt damit eine zentrale Rolle. Die Frage, ob es eine derartige Rolle auch darüber hinaus, „nämlich durch aktive Beeinflussungsmöglichkeiten der deutschen Europapolitik schon im Vorfeld der formalen Ratifizierung von Beitrittsverträgen“ spielt, kommt Görlitz zu einem ernüchternen Urteil: „In einer ‚Vogel-friss-oder-stirb‘-Situation befindet sich das Parlament in diesem Fall, inhaltliche Einflussnahme sei in diesem Stadium nur um den Preis der kompletten Ablehnung möglich. Insgesamt aber, so Görlitz, habe der Bundestag durch seinen EU-Ausschuss „das ihm Mögliche dazu beigetragen, auch in materieller Hinsicht eine zusätzliche Legitimation zu verleihen. Das Parlament war und ist deshalb sicherlich mehr als ein bloßes ‚demokratisches Feigenblatt‘.“



Michael Bothe: „Bundeswehr ist Parlamentsheer“

EU-Verfassung positiv bewertet

Jürgen Meyer (Universität Freiburg) rief dazu auf, die Probleme bei der Ratifizierung der EU-Verfassung „mit großer Gelassenheit“ anzugehen. Die Geschichte der Europäischen Union sei voller Probleme – kleiner und größer –, die überstanden wurden. Die Verfassung bewertete Meyer gerade im Hinblick auf mehr Demokratisierung und Parlamentarisierung positiv:

- 1) Die Konventsmethode war für ihn der „gelungene Versuch, mehr Demokratie zu wagen, indem mehrheitlich Parlamentarier beteiligt wurden“,
- 2) Klares Bekenntnis zur Demokratie,

3) Stärkung des Europäischen Parlaments durch die vorgesehene Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament,

4) Stärkung der partizipativen Demokratie durch die Einführung eines EU-weiten Initiativrechts der Bürgerinnen und Bürger für ein Bürgerbegehren und schließlich

5) mehr Informations- und Mitwirkungsrechte der nationalen Volksvertretungen.

„Ein Zurück“, so Meyer, „zur nicht-öffentlichen Regierungskonferenz als Standard darf es nicht geben“.

Der Frage, ob das Demokratieprinzip auch jenseits der staatlichen Sphäre umgesetzt werden könne, ging Winfried Bausback von der Universität Würzburg nach. Seiner Ansicht nach setze Demokratie „einen territorialen Herrschaftsverband und einen nach allgemeinen Kriterien definierten personalen Herrschaftsverband voraus.“ Über die Staaten werde letztlich demokratische Legitimation für den internationalen Bereich vermittelt. Die internationale Ebene könne auf diese indirekte demokratische Legitimation nicht verzichten, denn sie allein vermag eine Stabilität sichernde Integration zu leisten.

Konkurrenz statt Konsens

Auf die Suche nach dem gemeinsamen europäischen Konsens in der Außenpolitik begab sich Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Spuren eines derartigen Grundkonsenses fand er im historisch verwurzelten Sicherheitsbedürfnis, in der ökonomischen Kooperation sowie in der Einsicht in die Notwendigkeit, durch supranationale Koordination und Kooperation hegemoniale Zugriffe unmöglich zu machen. Bedingt durch die Nationalstaaten als handelnde Akteure der Außenpolitik lässt sich allerdings so etwas wie eine geschlossene europäische Außenpolitik nicht finden. „Unterschiedliche politische Kulturen und institutionelle Arrangements“ begrenzen laut Oberreuter die Übereinstimmung. Auf dem Feld der Außenpolitik sei daher eher Konkurrenz statt Konsens anzutreffen.

■ Manfred Schwarzmeier

Der eigenen Endlichkeit den Schrecken nehmen

Menschenwürde am Lebensende zwischen Autonomie und Fürsorge

Wunsch und Wirklichkeit des Sterbens klaffen weit auseinander: Die meisten Menschen wünschen sich einen schnellen und vor allem schmerzlosen Tod zuhause, doch die wenigsten sterben einen plötzlichen Tod. Rund 95 Prozent von uns haben eine Zeit des Sterbens vor sich, in der sie sich mit dem Tod auseinandersetzen müssen und können. Viele fürchten sich davor, einer rücksichtslosen Apparatemedizin ausgeliefert zu sein, „dahinzuvegetieren“ und nicht mehr selbst beeinflussen zu können, wie das Ende ihres Lebens aussehen kann. Dieser Zu-

stand wird oft als würdelos empfunden, erscheint uns doch die Autonomie als der Kern dessen, was die Würde eines Menschen am Lebensende ausmacht. Es gab sicherlich Zeiten, in denen das Sterben ein tatsächlich natürlicher Prozess war, der unbeeinflusst und vielleicht auch von Gott gegeben hingenommen wurde. Doch heute stellen sich Kranken, Alten, Sterbenden und deren Angehörigen, nicht zuletzt also irgendwann uns allen, zahlreiche Fragen, die meistens lange Zeit erfolgreich verdrängt werden und dann oft unter großem Druck Antworten er-

fordern. Bei der Tagung „Würde bis zum Lebensende? Altern, Sterben und Sterbehilfe“ nahmen sich zahlreiche engagierte Teilnehmer, unter ihnen viele aktive Hospizhelferinnen und -helfer, die Zeit für diese Fragen. Denn über den Tod und das Sterben zu reden, kann die Erfahrung selbst sicher nicht ersetzen. Doch sich mit den Fragen auseinander zu setzen, die sich am Ende des Lebens drängend stellen, kann sicher dazu beitragen, der Endlichkeit des Menschen ihren Schrecken zu nehmen.

Probleme der Patientenverfügung

Ein Instrument, das helfen kann, die Autonomie eines Patienten auch am Lebensende zu wahren, ist die Patientenverfügung, die in den 1970er Jahren als Reaktion auf die Entwicklungen der Intensivmedizin entwickelt wurde. Damals und auch heute befürchten viele, dass durch den medizinischen Fortschritt das Sterben und Leiden unnötig verlängert werde und viele Ärzte aus unbegründeter Angst vor rechtlichen Folgen ihr Handeln allein an der Lebenserhaltung ausrichteten. In so einer Erklärung kann – inzwischen rechtlich verbindlich – festgelegt werden, welche Behandlungen über die Basisversorgung hinaus gewünscht sind und welche nicht, wenn der Patient nicht mehr selbst entscheiden kann. Der befürchteten Abhängigkeit im Alter, so Katrin Grüber, die das Berliner Institut „Mensch, Ethik, Wissenschaft“ leitet, kann dadurch nicht entgegengewirkt werden, denn abhängig von unseren Mitmenschen seien wir letztlich doch alle, manche von uns ein Leben lang.

Die Patientenverfügung sei lediglich ein Instrument zur Kommunikation des

Patientenwillens und kann den Angehörigen, Ärzten und Pflegenden damit eine Hilfe bei der Ermittlung des mutmaßlichen Willens eines kommunikationsunfähigen Patienten sein. Ein großer Verdienst dieses Instruments sei jedoch, dass man sich ausführlich und ernsthaft mit Fragen der eigenen Endlichkeit, des eigenen Sterbens und der eigenen Auffassung von würdevollem Leben auseinandersetzen müsse. Zugleich aber sei die Notwendigkeit einer schriftlichen Patientenverfügung auch Ausdruck fehlenden Vertrauens und mangelnder Kommunikation in den Familien und im Arzt-Patienten-Verhältnis, so Grüber. Zwiespältig sei auch, dass viele Zustände, die vor einer Erkrankung als unerträglich erschienen, dann gut auszuhalten seien. Es müsse also beim Verfassen einer Verfügung immer damit gerechnet werden, dass diese so auch tatsächlich beachtet werde. Schwierig sei zum Beispiel die Frage der künstlichen Ernährung von Demenzkranken: Handelt es sich bei dem in der Verfügung geäußerten Willen tatsächlich auch um den natürlichen Willen des Patienten? Stimmen Wille und Wohl immer überein? Einen Paradigmenwechsel vom Wohl zum Willen des Betreuten würde Grüber als äußerst problematisch erachten.



Katrin Grüber: „Abhängig sind alle Menschen, manche ihr Leben lang.“

Fotos: Schickhaus

Das Sterben in die Mitte des Lebens holen

Auch die Vorsitzende des Bayerischen Hospizverbandes, die CSU-Bundestagsabgeordnete Barbara Lanzinger, teilt die Befürchtung, die Patientenverfügung stärke die Illusion, alle Probleme und schwierigen Fragen am Lebensende lösen zu können. Wir müssten uns auf einen Bewusstseinswandel einlassen und das Sterben wieder zu lassen, es in die Mitte unseres Lebens

holen. Nicht zu unterschätzen sei dabei die Arbeit der Tausenden von Hospizhelfer, die jedem Menschen und dessen Angehörigen Begleitung in der letzten Phase des Lebens bieten. So nehme der oft geäußerte Wunsch nach Sterbehilfe nachweislich ab, sobald Menschen begleitet werden. Den Hospizhelfern komme dabei die schwierige Aufgabe zu, die oft zu beobachtende Sprachlosigkeit abzubauen, zuzuhören, genau hinzuschauen und die Spannungen auszuhalten, die entstehen, wenn das Planungsbedürfnis vieler Menschen an Grenzen stößt. Um die Situation Sterbender und ihrer Angehörigen zu verbessern, fordert Lanzinger konkrete Schritte. So sei es dringend geboten, Familienkarentage für pflegende Angehörige einzurichten – eine Möglichkeit, die von einigen Arbeitgebern bereits angeboten wird. Vor allem der Mittelstand sei dazu durchaus in der Lage, so Lanzinger, schließlich gehe es dabei meist um zwei bis drei Tage. Darüber hinaus müsse die Sterbebegleitung und das Wissen um die Palliativmedizin in die Ausbildung aller beteiligten Berufsgruppen integriert werden. Vor allem bei den niedergelassenen Ärzten besteht, so die Erfahrung vieler Hospizhelfer, große Zurückhaltung und mindestens so großer Nachholbedarf.

Das Altenheim als unerforschter Sterbeort

Ähnlich beurteilt Bernd Seeberger, Professor für Pflegemanagement an der FH Nürnberg und Mitgründer des Instituts für Gerontologie und Ethik, die Situation in den Alten- und Pflegeheimen. Sie würden immer mehr zu Sterbeorten und seien als solche schlecht erforscht. Wer in Deutschland in ein Altenheim ziehe, tue das meist nicht freiwillig und weiß auch, dass er bis zum Tod dort bleiben wird. Durchschnittlich zwei Jahre leben Altenheimbewohner nach ihrem Einzug ins Heim. Die meisten müssen dabei Einschränkungen der Intimität erfahren, verlieren ihre alten Kontakte, leben in sozialer Isolation bis sie schließlich im Heim sterben, wenn sie nicht noch schnell ins Krankenhaus verlegt werden.

Der Gedanke der Betreuung zur Rehabilitation alter Menschen, wie er in skandinavischen Ländern verwirklicht werde, sei uns völlig unbekannt. Von einer Kultur der Hospizarbeit und der Palliativmedizin seien die Altenheime in Deutschland weit entfernt. So gebe es kaum Möglichkeiten, dass Pflegende und Bewohner über den Tod von Betreuten und Mitbewohnern sprechen. Üblich sei auch die Unterbringung der Bewohner in Doppelzim-

mern, wodurch das Sterben unmittelbar aber ohne Begleitung miterlebt werde. Ein besonderes „Sterbezimmer“, in dem auch Angehörige die Sterbenden begleiten und sich verabschieden können, fehle oft. Wie in vielen Bereichen ist auch hier Zeitmangel das größte Hindernis, um Sterbende würdevoll begleiten und optimal versorgen zu können. Zudem sei die Abstimmung zwischen Kollegen und Vorgesetzten meist mangelhaft – was auch viele Pflegende bedauern.

Aufklärungsbedarf statt Regelungsbedarf

Die Diagnose „Kommunikationsmangel“ zog sich wie ein roter Faden durch viele der Beiträge. Für Gian Domenico Borasio vom Interdisziplinären Palliativzentrum der Universitätsklinik München-Großhadern (IZP) ist denn auch die Kommunikation zwischen Arzt und Patient der entscheidende Faktor bei der palliativmedizinischen Versorgung Schwerstkranker und Sterbender. Die Palliativmedizin, die sich als eine Art Krisenintervention bei akutem Leiden versteht, dient der Verbesserung der Lebensqualität von Patienten und ihren Familien, die mit einer



Barbara Lanzinger: „Der Grad der Menschlichkeit misst sich an unserem Umgang mit den Schwächeren.“

Materialien über Patientenverfügung:

Broschüre des Bayerischen Justizministeriums „Vorsorge für Unfall, Krankheit und Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung“: <http://www2.justiz.bayern.de/daten/pdf/vorsorge.pdf>

Stellungnahme zur Patientenverfügung von Dr. Katrin Grüber (zusammen mit Dr. med. Jeanne Nicklas-Faust) für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen: <http://www.gruene-fraktion.de/cms/publikationen/dokbin/59/59427.pdf>

Bericht der Arbeitsgruppe „Patientenautonomie am Lebensende“ des Bundesjustizministeriums (sog. Kutzer-Kommission) <http://www.bmj.de/media/archive/695.pdf>

Zwischenbericht „Patientenverfügung“ der Enquêtekommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages: http://www.bundestag.de/parlament/kommissionen/ethik_med/berichte_stellg/04_09_13_zwischenbericht_patientenverfuegungen.pdf

über Sterbebegleitung/Hospizwesen/Palliativmedizin:

Allgemeine Informationen zur Hospizarbeit und zum Bayerischen Hospizverband: <http://www.hospiz.net/>

Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung: <http://www.bundesaerztekammer.de/30/Richtlinien/Empfidx/Sterbebegleitung2004/index.html>

Interdisziplinäres Zentrum für Palliativmedizin am Klinikum der Universität München-Großhadern: <http://www.izp-muenchen.de/>

lebensbedrohlichen Erkrankung konfrontiert sind – so die Definition der Weltgesundheitsorganisation. Leiden darf dabei nicht auf Schmerzen reduziert werden, denn Atemnot und Angstzustände sind ernstzunehmende Beschwerden, die gut gelindert werden können. Doch viele Ärzte, so eine Untersuchung des IZP, sind schlicht falsch informiert und wissen nicht um die aktuelle Rechtslage. So bestehen große Unsicherheiten darüber, welche schmerz- und angstlindernden Mittel sie verabreichen dürfen. Fast die Hälfte der befragten Ärzte sind der Auffassung, die Behandlung der terminalen Atemnot mit Morphin, die wirksamste und sicherste Therapie gegen dieses Leiden, sei Euthanasie. Zwei Drittel haben Angst vor den Rechtsfolgen beim Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen und neigen deshalb zur Übertherapie. Vielen sei zudem völlig unbekannt, dass Menschen in der Sterbephase keinen Hunger mehr verspüren und dass die Zufuhr von Flüssigkeit eine große Belastung für den Sterbenden sein kann.

Borasio, der Mitglied der Arbeitsgruppe „Patientenautonomie am Lebensende“ (sog. Kutzer-Kommission) des Bundesjustizministeriums war, warnt denn auch vor einem ethischen Paternalismus, der den Lebensschutz in einen Lebenszwang umdeutet: „Der Arzt muss sich auf das Autonomie- und das Fürsorgebedürfnis des Patienten einstellen.“ Die diskutierte Reichweitenbegrenzung der Patientenverfügung hält er für Bevormundung, denn sie sei nicht nur medizinisch und juristisch unsinnig, sondern auch realitätsfern. Genau für die auszuschließenden Fälle – Wachkoma und schwere Demenz – will man mit einer Patientenverfügung ja vorsorgen. Sie sei ein wichtiges Mittel für Bevollmächtigte oder Betreuer, um den tatsächlichen oder mutmaßlichen Willen des Patienten zu ermitteln.

Eine klare Absage erteilte Borasio dem (ärztlich) assistierten Suizid und der aktiven Tötung auf Verlangen – auch wenn er den Unterschied zwischen beiden anerkennt. Den landläufig gebrauchten Begriff der (aktiven/passiven, direkten/indirekten) Sterbehilfe hält Borasio für emotional überfrachtet. Zudem sei er beschönigend, zwei-

deutig und berge Missbrauchsgefahren. Vorsätzliche, „aktive Sterbehilfe“ sei nichts anderes als Tötung auf Verlangen und müsse auch so genannt werden.



Gian Domenico Borasio: Reichweitenbegrenzung der Patientenverfügung ist Bevormundung.

Kritik an der Begrifflichkeit äußerte auch der Jurist Rainer Beckmann, Mitglied der Enquêtekommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages. So seien die Kategorien aktiv/passiv zum Beispiel ungeeignet, um die Unterscheidung zu erfassen, ob man eine Beatmungsmaschine erst gar nicht einschaltet oder sie einsetzt und später ausschaltet. Beckmann schlägt deshalb vor, die Begriffe exakt zu wählen und strafbare (Patiententötung aus Mitleid oder auf Verlangen) von straffreier (Beihilfe zur Selbsttötung, Behandlungsverzicht, Schmerzbehandlung) Sterbehilfe zu unterscheiden. Todesnähe und Gesundheitszustand eines Patienten seien für die strafrechtliche Bewertung irrelevant. In einer strafrechtlichen Grauzone bewege sich, so der Richter aus Kitzingen, die Beihilfe zur Selbsttötung. Da Selbsttötung straffrei sei, könne auch die Beihilfe dazu nicht strafrechtlich belangt werden. Wenn aber zum Beispiel durch eintretende Bewusstlosigkeit die Tatherrschaft auf den Helfer übergehe, so werde er zum Täter – und dann handelt es sich nicht mehr um Selbsttötung. Vielmehr müsse der Helfer-Täter dann eingreifen und versuchen Leben zu retten. Der Wunsch nach Tötung auf Verlangen sei immer situationsbedingt. Die Ängste, die diesen Wunsch in einem Menschen wachsen lassen, müssen

ernstgenommen und ihnen muss begegnet werden. Beckmann sieht dazu zahlreiche Ansätze: Schmerzen können durch palliativmedizinisches Wissen gelindert werden, der Übertherapierung kann durch Begrenzung der Maßnahmen, zum Beispiel durch eine Patientenverfügung, vorgebeugt werden. Die Angst, anderen zur Last zu fallen und zu vereinsamen, kann durch eine Entlastung der Belasteten und durch persönliche Begleitung und Betreuung genommen werden (Hospizhelfer). Töten jedenfalls beseitigt keine dieser Ängste, sondern ausschließlich denjenigen, den sie plagen, so Beckmann.

Dem Sterben einen Sinn geben?

Unsere Vorstellungen vom Sterben sind geprägt von Bildern, Filmen und (auch biblischen) Erzählungen, die dem Sterben meist einen Sinn verleihen, denn es ist eingebettet in eine Handlung mit einer entsprechenden Beziehungskonstellation zwischen den Beteiligten. Diese Beziehungsstiftung generiert Sinn und nimmt dem Tod seine Willkürlichkeit.

Was aber, wenn das eigene Leben und Sterben keinen Sinn, keinen *plot* erkennen lässt? Mit diesen Fragen beschäftigt sich Pfarrer Traugott Roser, evangelischer Krankenhausseelsorger der Palliativstation am Klinikum München-Großhadern. Für die praktische Arbeit des Seelsorgers und aller Sterbegleiter lassen sich daraus unmittelbar relevante Schlüsse ziehen, denn über die Erzählungen vom Sterben anderer, über das tatsächliche Sterben nächster Angehöriger und schließlich die Vorstellung und „Planung“ des eigenen Sterbens, wird das eigene bevorstehende Sterben fassbar. Damit ist die Voraussetzung für eine gute Kommunikation geschaffen, die dazu beiträgt, dass die persönlichen Beziehungen angesichts des nahenden Todes geklärt werden können und noch Offenes geordnet werden kann. Sterben, so Pfarrer Roser, muss nicht zur totalen Beziehungslosigkeit führen. Für die Praxis erwartet er eine zunehmende Ritualisierung des Sterbens auch im Krankenhaus und die Zunahme religiöser Todesdeutungen. ■

Miriam Wolf

Arbeitslust statt Arbeitsfrust

Strategien im Kampf gegen das Burn-Out-Syndrom der Lehrer

„Mir graust's vor der Schule, aber ich geh gern hin, weil ich muss...“, sagte Karl Valentin über das Problem Schule. Neu im Programm der Akademie war die von Jürgen Weber geleitete Tagung „Lehrer-gesundheit – Arbeitslust statt Arbeitsfrust“ zur Lösung dieses Konfliktes. Peter Vogt, Chefarzt der Rehaklinik Albrecht in Bad Tölz, deren Schwerpunkt die Behandlung von Lehrerinnen und Lehrern mit Burn-Out-Syndrom ist, schilderte seine medizinischen Erfahrungen und Erkenntnisse über den „Stress im Lehrerberuf“.

Symptome

Zunächst beschrieb er Symptome, Belastungsfaktoren und Burn-out-Ursachen. Burn-out beschreibe einen Erschöpfungszustand, der zum Nachlassen der Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit führe. Man werde den eigenen und fremden Ansprüchen nicht mehr gerecht, sei demotiviert und hege Aversionen gegen Schüler, Eltern und Kollegen. Oft klagten Lehrer über häufiges Versprechen, muskuläre Verspannungen, Kopfschmerzen, Kreislaufprobleme, Ohrgeräusche, Ängste, depressive Verstimmungen, Krankheitsanfälligkeit, Atem- und Schlafstörungen. Ebenfalls gehöre dazu ein gesteigertes Bedürfnis nach Süßigkeiten, Alkohol oder Tabletten. Abhängig von Motivation und Stressfaktoren gebe es verschiedene starke Stadien dieses Syndroms.

Hierfür spielten sowohl berufsspezifische, persönliche, familiäre als auch sozial-politische Faktoren eine Rolle. Zu den beruflichen Belastungen gehörten unter anderen schwierige Schüler oder Eltern, zu hohe Klassenstärken oder Stundenzahlen, Neuerungen, Stoffumfang, Fortbildungen, Lärmpiegel oder Widerstand im Unterricht, fehlende Regenerationsmöglichkeiten, mangelnde Unterstützung durch Kollegen bis hin zum Mobbing oder die zunehmenden Erziehungsaufgaben des Lehrers, der die Defizite der Familien ausgleichen soll. Persönlich können eine fehlerhafte Berufswahl, enttäuschte idealistische Motive, Unsicherheit, Depressionsneigung, Perfektionismus

oder auch mangelnde Konfliktfähigkeit vorliegen. Jegliche Störung der inneren Balance könne auf die Fähigkeit zu unterrichten durchschlagen. Zur Feststellung gebe es einen arbeitsbezogenen „Verhaltens- und Erlebens-Muster-Test“. Dabei werde der Lehrer



Arzt Peter Vogt empfiehlt gestressten Lehrern das „Gut-Statt-Perfekt-Prinzip“.

Foto: Delhaes

als einer von vier Typen herausgearbeitet, bezogen auf Engagement, Widerstandsfähigkeit und Wohlbefinden. Der erste Typ ist vor und nach der Arbeit entspannt, der zweite nur danach, der dritte nur davor und der Burn-Out-Typ ist gar nicht entspannt. Zusammen mit Uwe Schaarschmidt von der Universität Potsdam führte Vogt von 1998 bis 2004 eine Studie über „Lehrer-Gesundheit und Bewältigungsmuster im Beruf“ durch. Aus dieser berichtete er, dass über ein Drittel der Lehrer bereits das Burn-Out-Syndrom aufwiesen.

Prävention und Therapie

Abschließend stellte Vogt die Präventionsmöglichkeiten vor. Generell „überleben“ könnten nur Typ eins und zwei. Wer seine Situation reflektiere, sich Herausforderungen oder auch Niederlagen stelle, sich bei Veränderungen neu orientiere und wer motiviert sei, der könne auch seinen Job machen. Dazu müssten Lehrer, Schulleitung und Staat Einfluss auf die Rah-

„Wenn du liebst,
was du tust,
brauchst du
nie mehr
zu arbeiten.“

Konfuzius

menbedingungen der Berufsausübung und auf die Arbeitsbedingungen nehmen (zum Beispiel durch Ruheräume, regelmäßigen Austausch, kleinere Klassen, Beratung, Konzentration der Lehrpläne auf das Wichtige), personenbezogene Maßnahmen treffen und den Nachwuchs besser qualifizieren. Jeder für sich könne versuchen, seine Ziele und seinen Beruf realistischer einzuordnen, seine Gewohnheiten zu hinterfragen, Stärken und Schwächen festzustellen, sowie in Familie, Kollegenschaft als auch bei den Schülern ein positives Umfeld zu schaffen. Wichtig sei auch ein überdachtes Zeitmanagement nach dem Prioritäts- und dem „Gut-Statt-Perfekt-Prinzip“ und die Relativierung des Stellenwertes von Schule gegenüber anderen Lebensbereichen. Durch verschiedene Aktivitäten wie Sport, Hobbies, Yoga oder Meditation solle man versuchen, zu entspannen. Wichtig sei vor allem, was schon Konfuzius anmerkte: „Wenn du liebst, was du tust, brauchst du nie mehr zu arbeiten.“ ■

Andreas von Delhaes

Souveränität und Präzision

Elke Leisching geht nach 32 Akademiejahren in den Ruhestand

Ohne Elke Leisching kann man sich die Akademie kaum vorstellen. In unterschiedlichen Funktionen diente sie dem Haus, dem sie seit 1973 angehörte – als Chefsekretärin seit 1991, als Organisationsreferentin seit 1997.

In 32 Jahren hinterlässt man Spuren. Sie sind in diesem Falle beispielhaft. Souveränität, vorausschauendes Denken, Gelassenheit, Freundlichkeit, Präzision, Zuverlässigkeit und Korrektheit – die Aufzählung positiver Eigenschaften ließe sich verlängern.

Voller Überblick

Elke Leisching haschte nie nach Profilierung. Gerade deswegen zeigte sie Profil. Ob ich sie als Chefsekretärin entbehren könnte, habe ich mir lange überlegt. Aber den ganzen Mechanismus der Akademie zusammenzuhalten, ist eine noch größere Herausforderung. Es gab gar keine andere Wahl, nachdem schon – wie Manfred Hättich in einer Beurteilung schrieb – die Tätigkeit der Direktionssekretärin „den vollen Überblick über die Akademie und ihre diversen Tätigkeiten“ voraussetzte.

Engagement und Eigeninitiative

An Überblick und Engagement hat es Elke Leisching nie fehlen lassen und Innovationen vorangetrieben. Sie hat den Förderkreis aufgebaut und gemanagt, dem wir für



Engagiert und zuverlässig in unterschiedlichen Funktionen: Elke Leisching hinterlässt Spuren in der Akademie.

Foto: Marquardt

manche Unterstützung dankbar sind. Diesen Kreis wird sie auch weiter betreuen.

Vor allem sind der Aufbau der EDV, die Netzwerkinstillation und ihre Betreuung ihr zu danken.

In vielen Seminaren und Lehrgängen holte sie sich das Rüstzeug, auf diesem unendlichen Problemfeld sattelfest zu agieren.

Weiterbildung und das Interesse, die Grenzen der Routine hinauszuschieben, sind Leitsterne ihres Berufslebens gewesen, neben dem sie die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie als Diplombetriebswirtin absolviert und an der IHK auch noch die Eignung für Berufsausbildung erworben hat.

Das Diplom stärkt die Kompetenz, die zertifizierte Eignung gibt Auszubildenden die Chance, an dieser Kompetenz teil zu haben und der Akademie die Gelegenheit, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Niemand hat Frau Leisching zu solchen Zusatzqualifikationen und Zusatzaufgaben gedrängt. Initiativen entwickelte sie stets von sich aus.

Ihr Wirken hat ihr hohen Respekt eingetragen. Fünf Jahre vertrauten die Angestellten des Hauses ihrer – umsichtig wahrgenommen – Vertretung im Personalrat.

Gerechtigkeitssinn

Die Akademie entlässt eine Mitarbeiterin mit persönlichem Stil, Gerechtigkeitssinn und sachlich begründeter Autorität in den Ruhestand. Sie hatte gesundheitlich zu leiden – umso mehr freuen wir uns, dass sie im Leben zurück ist und wünschen ihr, es mit ihren weit gespannten und regen Interessen genießen zu dürfen.

Wir haben Anlass zu großem Dank.

■ Heinrich Oberreuter

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

35-3 2. – 4. September

Sommerakademie ASIEN: Politik und Wirtschaft

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

36-3 5. – 8. September

Aktuelle Probleme der nationalen und internationalen Politik

Ferienseminar 3

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-2 9. – 11. September

Alles erlaubt? Über den Verlust moralischer Grenzen und Verbindlichkeiten

Leitung: Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-1 12. – 16. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und

Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

38-1* 19. – 23. September

Vielfalt als Ressource – Chancen durch Zuwanderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siglinde Schweizer/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-2* 19. – 23. September

Bilder lügen doch! Manipulation im Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-3 23. bis 25. September

Volksparteien am Ende?

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V., der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde

Oberbayern des Bayerischen Philologenverbandes

Außentagung auf Schloss Hirschberg/Beilngries-Altmühlthal

Leitung: Peter Hampe/Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

39-4* 28. – 30. September

Islamistischer Terrorismus – Ursachen, Akteure, Bekämpfungsstrategien

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Oktober

40-2 4. – 5. Oktober

Alt, versorgt, zufrieden – Perspektiven für die Senioren von morgen?

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

40-1 7. – 9. Oktober

Schöne neue virtuelle Welt – Die Zukunft der Informationsgesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder/Axel Schwanebeck

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

41-1 10. – 14. Oktober

Regionalisierung, Regionalismus und Regionalpolitik in Südosteuropa

44. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

42-2* 20. Oktober

Krisenregion Kaukasus – Balkan

In Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158-256-46

43-1* 24. – 28. Oktober

Politik und Ethik: Südafrika nach dem Ende der Apartheid

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-2* 24. – 28. Oktober

China – heute: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Eva Post

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

43-3 28. – 29. Oktober

Geld oder Liebe? Solidarität als Verfassungsprinzip der EU

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-4 28. – 29. Oktober

Bayerische Jugendmedientage

In Zusammenarbeit mit der Jungen Presse Bayern, der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Mediencampus Bayern

Außenveranstaltung in der Neuen Messe München-Riem

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

November

44-1 4. – 6. November

Die WTO zwischen Handelskonflikten und neuer Wirtschaftsordnung

Leitung: Peter Hampe/Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

44-2 4. – 6. November

EU-Integration und Erweiterung

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-2 9. November

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

45-1 11. – 12. November

Islamismus als sicherheitspolitische Herausforderung

Leitung: Michael Piazolo/Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-1* 14. – 16. November

Aktuelle Probleme der Verbraucherpolitik

Tagung mit dem VerbraucherService Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

46-2* 14. – 17. November

Schülerforum Politik

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

46-3 18. – 20. November

Flexibilisierungsopter Familie? Es geht auch anders!

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

47-1* 21. – 25. November

Deutschland auf Reformkurs

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

47-2 21. – 25. November

Alles was Recht ist! Medienrecht und Gerichtsbericht

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

47-4 25. – 26. November

Neues Deutschland

Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft

Leitung: Heinrich Oberreuter/Eberhard Sandschneider

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

48-2 28. – 30. November

Global Players: Macht ohne Verantwortung?

Leitung: Peter Hampe/Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Dezember

48-3 2. – 4. Dezember

Die „Ostpolitik“ der Europäischen Union

Neue Dimensionen und Fragestellungen nach der Erweiterungsrunde 2004

In Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der Republik Polen in München

Leitung: Heinrich Oberreuter/Rafal Wolski

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

49-1* 5. – 9. Dezember

Nachbar Frankreich – Politik, Gesellschaft und Kultur

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gerhard Finster/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

49-2 9. – 10. Dezember

Zeitbombe Bevölkerungsschwund

Probleme – Perspektiven – Handlungsmöglichkeiten

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Gerd Rudel/Manfred Schwarzmeier/Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

50-1 12. – 14. Dezember

De-Industrialisierung ohne Grenzen?

Leitung: Peter Hampe

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

50-2* 14. – 16. Dezember

Die Internationale Gerichtsbarkeit

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

50-3 16. – 18. Dezember

Heimat 3 – eine film- und zeitgeschichtliche Nachlese

15 Jahre Deutsche Einheit

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder/Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

51-1* 19. – 21. Dezember

Der deutsche Sozialstaat – ein Auslaufmodell?

Tagung in Zusammenarbeit mit Studienseminaren für berufliche Schulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Vergleich von NS-Staat und Diktatur

Beate Ihme-Tuchel in: H-Soz-u-Kult vom 21. November 2004

Heftig ist in den letzten 15 Jahren darüber gestritten worden, ob und wenn ja, wie das nationalsozialistische Herrschaftssystem und das der DDR miteinander verglichen werden können. Unterschiedlichste theoretische Überlegungen und Modelle standen zur Diskussion, aber Versuche, diese Modelle zu operationalisieren und in ein Forschungsdesign umzusetzen, gab es erheblich weniger. Insofern betritt der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Band tatsächlich Neuland, wenn er sich „sektoralen Mikrovergleichen“ (S. 35) nähert.

sätze von Bedeutung, die „aufeinander aufbauen und zugleich in einem reziproken Verhältnis zueinander stehen“. Der eine Ansatz ist der „ganzheitliche, integrale Makrovergleich, der beide diktatorische Herrschaftssysteme in ihrer Gesamtheit mit ihren strukturellen Hauptmerkmalen, eventuellen Gemeinsamkeiten sowie spezifischen Unterschieden zu erfassen sucht“ (S. 32). Auf diesem, eher stark abstrahierenden Ansatz mit einem sehr differenzierten Kriterienraster können dann sektorale oder partielle Mikrovergleiche aufbauen, in denen „nur ganz bestimmte Strukturen und Mechanismen beider Regime heraus-

*Günther Heydemann / Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte.
Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen.
Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung,
Band 398. Bonn 2004, 589 S., Bestellung: info@bpb.de*

Unverzichtbar für das Verständnis des hier vorgestellten Konzepts und seiner Detailanalysen ist die Einführung von Günther Heydemann und Detlef Schmieden-Ackermann zur „Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung“. Sie stützen sich dabei auf die Ergebnisse gemeinsamer Forschungstätigkeit in den vergangenen Jahren und vermögen es überzeugend, die „kontroverse Debatte über Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs der beiden deutschen Diktaturen“ (S. 9ff.) nachzuzeichnen, bevor sie die Forschungsgeschichte kurz beschreiben und anschließend „Arten und Typen des historischen Vergleichs in der Diktaturforschung“ vorstellen. Ihr Fazit und damit auch die Ausgangsposition für die in diesem Band vorgestellten Studien lautet: „Ohne Zweifel repräsentiert der Vergleich von NS-Staat und SED-Herrschaft eine spezielle Form der komparativen Diktaturforschung; denn erstens handelt es sich um einen Vergleich innerhalb einer Nation, der zweitens noch zusätzlich eine diachrone Vergleichsperspektive einschließt, die drittens eine asymmetrische Beziehungsgeschichte konstituiert“ (S. 31). Dieser einleitende Abschnitt, in dem auch auf „theoretische und methodische Grundlagen des Vergleichs“ zwischen beiden Diktaturen (S. 31ff.) eingegangen wird, eignet sich gerade in der universitären Lehre besonders gut als Einführungstext in den modernen Diktaturvergleich.

Für die von Heydemann und Schmieden-Ackermann gewählte Perspektive sind in methodologischer Hinsicht zwei grundlegende komparative An-

gegriffen werden [...] Solche sektorale Mikrovergleiche basieren auf einem Höchstmaß an konkreter Vergleichbarkeit, indem gerade solche Vergleichsobjekte ausgewählt werden, die in beiden Diktaturen weitgehend unverändert geblieben sind (etwa ein Wirtschaftsunternehmen oder eine kirchliche Einrichtung) oder zumindest ein hohes Maß an analogen Strukturen und Funktionsweisen (etwa das Justizwesen oder die Geheimdienste) implizieren“ (S. 34).

Die Überlegungen beider Autoren zeigen deutlich, welche Reichweite sektorale Mikrovergleiche besitzen können, aber auch, dass das hier vorgelegte theoretische Konzept eine Vielzahl von Einzelstudien erforderlich machen wird, die die diktatorischen Herrschaftssysteme in unterschiedlichsten Politikfeldern vergleichend analysieren. Insofern ist der empirische Teil des vorliegenden Bandes vielfach als ein Anfang derartiger Untersuchungen und nicht als enzyklopädischer analytischer Abschluss des deutsch-deutschen Diktaturvergleichs zu betrachten. ...

Insgesamt bietet dieser Band eine Vielzahl von Erkenntnissen über unterschiedlichste Politikfelder in systemübergreifender komparativer Perspektive. Er wird zu weiteren Diskussionen anregen; seinem eigenen Anspruch, die weitere Debatte über Möglichkeiten und Grenzen des Diktaturvergleichs mit empirisch fundierten Einzelstudien voranzutreiben, wird er in jeder Weise gerecht. Doch – und auch das wird aus vielen Beiträgen deutlich – diese Debatte ist noch lange nicht beendet. ■

Karin Siebert schreibt in: Starnberger SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25. Juli 2005:

Angeregte Gespräche

Politische Akademie Tutzing lädt zum Sommerfest

Mehrere hundert geladene Gäste haben sich am Freitag Abend auf dem Sommerfest der Politischen Akademie amüsiert. Zu den Klängen des Corinna Stickl-Trios und mit Deftigem und Exquisitem versorgt durch die Küche des Hauses, wurde die „Gelegenheit sich zu sehen“, sagte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, angeregt genutzt.

Politische Vertreter färbten das Fest „mittendrin in Oberbayern landespolitisch untypisch rot-grün“, wie er launig feststellte. Klaus Barthel, Franz Maget (SPD) und Ruth Paulig (Grüne) waren unter anderem zu sehen. „Die meisten geladenen Politiker sind jedoch durch den Wahlkampfauftritt verhindert“, bedauerte Oberreuter.

Zum Ausgleich waren zahlreiche Kommunalpolitiker anwesend, Landrat Heinrich Frey, die Tutzinger Bürgermeister, viele Gemeinderäte und Tutzinger Honoratioren. Das Diplomatische Corps war mit 12 Ländern vertreten, außerdem Referenten, Vertreter der Katholischen und Evangelischen Akademien und der orthodoxen Kirche, der Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie, der ehemalige Kultusminister Hans Maier und der Vorsitzende des Förderkreises, der Tutzinger SPD-Gemeinderat Gernot Abendt. Vor dem Fest versammelte sich das Kuratorium zu seiner 100. Sitzung seit 1957 und diskutierte die Arbeitsrichtung des nächsten Jahres: Unter anderem wird von der Akademie nach der Bundestagswahl wieder die klassische Wahlanalyse zu hören sein, die Akademiegespräche im Landtag werden fortgesetzt, Themen wie Medienethik, ethische Fragen in der Politik, Amtverständnis und Rekrutierung von Politikern, menschenwürdige Wirtschaftspolitik sollen Schwerpunkte im



Gäste und Gastgeber: (von links) Karl-Heinz Eisfeld, Hans Maier, Heinrich Oberreuter, Zvonko Plačas, Friedrich Wilhelm Rothenpieler und Gernot Abendt.
Foto: Treybal

nächsten Akademiejahr bilden. „Wir wollen weiterhin die große Chance des Akademie-Gedankens im Medienzeitalter nutzen und dem Talkshow-Rezeptionsverhalten hohe wissenschaftliche Kompetenz entgegensetzen“ sagte Oberreuter.

„Mehrere kritische Situationen“ habe er in seiner zwölfjährigen Amtszeit schon erlebt, im Frühjahr 2004 ging der „Donnerschlag“ der geplanten Mittelkürzung um 30 Prozent einigermaßen glimpflich an dem renommierten Haus vorüber. Dank des Einsatzes einzelner Politiker und auch des Förderkreises zogen diese schwarzen und existenzbedrohenden Wolken damals ab, die Akademie muss seither mit einer Kürzung ihrer Mittel um 7,5 Prozent leben. „Große finanzielle Sorgen haben wir zwar nicht, stehen aber andererseits auch weiterhin in reger Bautätigkeit“, sagte der Akademiechef.

Vorstand bleibt im Amt

Der Förderkreis der Akademie für Politische Bildung wählte auf seiner Mitgliederversammlung am Samstag turnusgemäß seinen neuen Vorstand für die nächsten zwei Jahre. Per Akklamation wurde der komplette Vorstand im Amt bestätigt: Erster Vorsitzender bleibt Gernot Abendt, der dieses Amt nun seit zehn Jahren bekleidet, zweite Vorsitzende ist Sabine Wernet, Schatzmeister Rainer Schraff, Schriftführer Ralph Kröcker, Rechnungsprüfer Gebhard Diemer und Rudolf Kohlert. Weitere Vorstandsmitglieder sind Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Egon Gniwotta und Elke Leisching.

Akademie für Politische Bildung
Postfach 1162, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in den Wissenschaftlichen Beirat für das NS-Dokumentationszentrum München berufen und in Berlin erneut zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt. Für den DAAD evaluierte er das Zentrum für Deutschland- und Europastudien in Sofia. In Gelsenkirchen referierte er über die Reformfähigkeit Deutschlands, am Deutschlandzentrum der Universität Amsterdam über „Umbrüche in Deutschland“. In Passau sprach er anlässlich der zentralen Gedenkveranstaltung der Stadt zum 60. Jahrestag der Kapitulation sowie anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Instituts für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung.

KOLLEGIUM

PD Dr. Michael Piazolo nahm an einer offenen Diskussion auf dem Münchener Marienplatz zum Thema „Europäische Verfassung - Meilenstein für Europa“ teil. Auf der Landesdelegiertenversammlung der Jungen Europa referierte er über Perspektiven der EU. Anlässlich des diesjährigen internationalen AEGEE-Kongresses nahm er am Forum „Institutional Reforms and the European Constitution“ als Diskutant teil.

Dr. Michael Schröder referierte vor Stipendiaten des Goethe-Instituts aus 20 Ländern in Freiburg über „Deutschland vor der Wahl“ und sprach in München und im Kloster Wennigsen bei Hannover über „Erfolgreiche Strategien der Pressearbeit in der Mediengesellschaft“.

BEIRAT

Neu im Beirat sind:

Georg Fahrenschon MdB (CSU), Heiner Olmer (Israelitische Kultusgemeinden), Anton Huber (Lehrerverbände), K. Heinz Eisfeld (Bayer. Volkshochschulverband), Martina Kobringer (Bayerischer Jugendring), Manfred Weber MdEP (Ring politischer Jugend), Wolfgang Hartmann (Vertriebenenverbände), Günter Franzen (Bayerischer Landessportverband), Josef Kammermeier (Verband der Freien Berufe). Der Vertreter der IHK ist noch nicht ernannt.

Ausgeschieden sind:

Karl Hemberger, Siegfried Kett, Dr. Manfred Schuhmann, Bernhard Buckenleib, Marion Fendt, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Sehling MdB, Dr. Ludwig Spaenle MdL, Dr. Jörg D. Stiebner und Dr. Hans-Peter Uhl MdB.

Siehe auch Bericht Seite 7

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme: (aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing